RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

06 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Erwerbstätigkeit 2021
Wohnungsnotfälle
Weinbau

Fotonachweis

T i t e l f o t o : @ Kadmy – stock.adobe.com

Die Lage am Arbeitsmarkt zeigte sich 2021 verbessert, allerdings wurde das Vorkrisenniveau bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit noch nicht wieder erreicht. Beschäftigungseinbußen gab es im vergangenen Jahr vor allem im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation". Die Erwerbstätigenzahl insgesamt blieb gegenüber dem Vorjahr konstant.

B e i l a g e : Faltblatt „Landwirtschaft und Weinbau 2022"

06 2022

STATISTISCHE MONATSHEFTE

75. Jahrgang

kurz + aktuell 357

Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit Kfz-Handel ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Gesundheitswesen ■ Kultur ■ Umwelt ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik 375

Verbraucherpreise 378

Rheinland-Pfalz in Karten: Beschäftigtenquote 2021 379

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021 – Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt 380

Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz – Teil II: Soziodemografisches Profil von Wohnungsnotfällen 2020 391

Rheinland-Pfalz: Weinland Nummer eins – In zehn Jahren deutlicher Zuwachs der betrieblichen Rebfläche 405

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 415

Neuerscheinungen 431

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion im März nahezu unverändert

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion blieb im März 2022 nahezu unverändert. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der Produktionsindex preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Der Güterausstoß der Vorleistungsgüterhersteller nahm im März um 3,7 Prozent ab. In der Investitionsgüterindustrie stieg der Output dagegen um 3,5 Prozent. Ein noch größeres Plus von 4,5 Prozent verzeichneten die Konsumgüterproduzenten.

Die drei umsatzstärksten Industriebranchen entwickelten sich unterschiedlich: Die Ausbringung der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie gehört und die größte Branche ist, schrumpfte im März um sieben Prozent. Auch der Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und die drittgrößte Branche ist, produzierte deutlich weniger als im Februar (–5,2 Prozent). In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls Investitionsgüter herstellt und die zweitgrößte Industriebranche ist, stieg der Output nach einem schwachen Vormonat um kräftige 22 Prozent.

Die Industrieproduktion lag in Rheinland-Pfalz im März 2022 um 3,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Zunahme ist auf eine deutliche Produktionssteigerung der Konsumgüterhersteller zurückzuführen (+31 Prozent). Die Ausbringung der Investitionsgüterproduzenten nahm derweil um 7,7 Prozent ab, wobei der Güterausstoß sowohl in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie als auch im Maschinenbau geringer ausfiel als im Vorjahresmonat (–9,4 bzw. –6,1 Prozent). In der Vorleistungsgüterindustrie sank der Output leicht um 0,5 Prozent. Hierzu

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

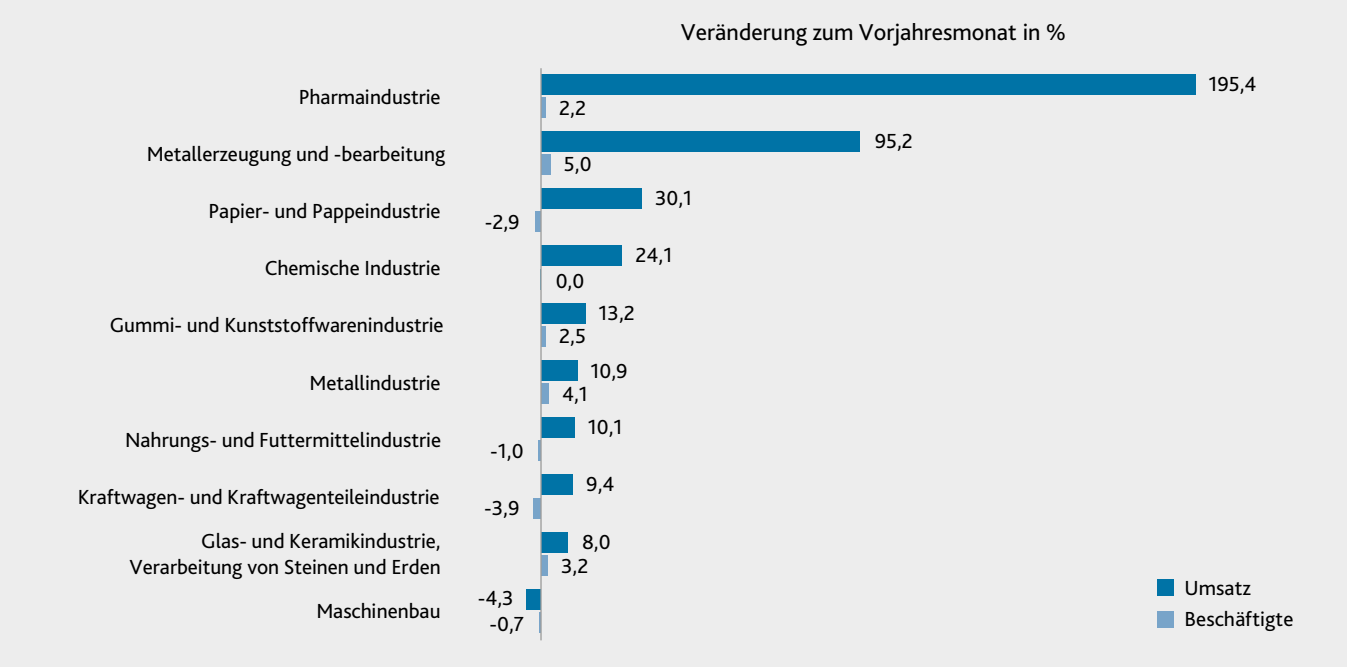
Gütergruppe / Branche	Mrz 2022		Jan bis Mrz 2022
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Feb 2022	Mrz 2021	Jan bis Mrz 2021
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-0,1 %	3,6 %	3,5 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-3,7 %	-0,5 %	0,8 %
Investitionsgüterproduzenten	3,5 %	-7,7 %	-8,7 %
Konsumgüterproduzenten	4,5 %	31,2 %	28,4 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-7,0 %	-0,9 %	0,5 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	22,4 %	-9,4 %	-19,5 %
Maschinenbau	-5,2 %	-6,1 %	-1,2 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-5,7 %	-0,2 %	8,8 %
Inland	-11,6 %	11,5 %	23,6 %
Ausland	-1,1 %	-7,1 %	0,2 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-7,0 %	-14,5 %	-9,0 %
Investitionsgüterproduzenten	-13,3 %	-12,2 %	6,6 %
Konsumgüterproduzenten	17,7 %	139,1 %	102,1 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-10,6 %	-20,3 %	-13,7 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-26,8 %	-25,7 %	6,9 %
Maschinenbau	7,0 %	1,2 %	3,7 %

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im März 2022 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



trug die Chemieindustrie mit einem Minus von 0,9 Prozent bei.

Auftragseingänge in der Industrie sinken im März

Die Nachfrage nach rheinland-pfälzischen Industrieprodukten schwächte sich im März 2022 deutlich ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 5,7 Prozent unter dem Niveau des Vormonats. Vor allem aus dem Inland gingen weniger Bestellungen ein als im Februar (–12 Prozent). Aber auch das Ordervolumen aus dem Ausland war rückläufig (–1,1 Prozent).

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen gab es Einbußen. Die Nachfrage nach Investitionsgütern schrumpfte im März deutlich um 13 Prozent und die Hersteller von Vorleistungsgütern nahmen sieben Prozent weniger Bestellungen entgegen als im Vormonat. In der Konsumgüterindustrie, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte, stiegen die bereinigten Auftragseingänge hingegen kräftig um 18 Prozent.

Der Nachfragerückgang in der Investitionsgüterindustrie ist auf die schwache Entwicklung der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie zurückzuführen. In der Branche brachen die Bestellungen im März um 27 Prozent ein. Im Maschinenbau erhöhte sich das Ordervolumen hingegen um sieben Prozent. Die Chemiebranche musste deutliche Einbußen hinnehmen (–11 Prozent).

Trotz des Rückgangs gegenüber dem Vormonat waren die Auftragseingänge im März 2022 fast genauso hoch wie im Vorjahresmonat (–0,2 Prozent). Während aus dem Inland deutlich mehr Bestellungen eingingen als im März 2021, lief das Auslandsgeschäft schlechter als ein Jahr zuvor. In der Vorleistungs- und in der Investitionsgüterindustrie sank das Ordervolumen mit zweistelliger Rate; die Konsumgüterindustrie verbuchte dagegen eine kräftige Steigerung. In zwei der drei umsatzstärksten Industriebranchen lagen die bereinigten Auftragseingänge deutlich unter dem Vorjahresniveau. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie schrumpften sie um 26 Prozent und in der Chemieindustrie um 20 Prozent. Nur im Maschinenbau gingen etwas mehr Bestellungen ein als im März 2021 (+1,2 Prozent).

Industrie verzeichnet im März deutliches Umsatzplus

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe verbuchten im März 2022 einen deutlichen Umsatzzuwachs. Die Umsätze stiegen gegenüber dem Vorjahreswert um 23 Prozent (Deutschland: +6,8 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten wies einen leichten Zuwachs von 0,9 Prozent auf (Deutschland: +0,6 Prozent).

Im März 2022 setzten die Industriebetriebe Waren im Wert von 10,9 Milliarden Euro um. Die Inlandsumsätze entwickelten sich mit einem Plus von 26 Prozent dynamischer als die aus dem Ausland (+20 Prozent). Zum Vergleich: In Deutschland stieg der Umsatz aus dem Ausland nur um 3,2 Prozent, aus dem Inland um elf Prozent. Die rheinland-pfälzische Exportquote sank um 1,2 Prozentpunkte auf 55,1 Prozent.

Neun der zehn umsatzstärksten Branchen steigerten ihre Umsätze im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Pharmaindustrie verdreifachte aufgrund der hohen Inlandsnachfrage nach einzelnen pharmazeutischen Erzeugnissen ihre Erlöse nahezu (+195 Prozent). In etwa doppelt so viele Umsätze erwirtschaftete die Metallerzeugung und -bearbeitung (+95 Prozent). Die weiteren Zuwächse bewegten sich in einem Korridor von 30 Prozent bei den Herstellern von Papier und Pappe bis acht Prozent in der Glas- und Keramikindustrie. Der Maschinenbau setzte 4,3 Prozent weniger um.

Insgesamt waren im März 2022 rund 257 400 Beschäftigte in den Betrieben des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes tätig; das waren rund 2 100 bzw. 0,9 Prozent mehr als im Vorjahresmonat. In fünf der zehn umsatzstärksten Branchen wurde mehr Personal eingestellt: Die meisten Neuzugänge verbuchte die Metallerzeugung und -bearbeitung (+5 Prozent). Die weiteren Zunahmen lagen zwischen 4,1 Prozent bei den Herstellern von Metallerzeugnissen und 2,2 Prozent in der Pharmaindustrie. Die höchsten Beschäftigungsrückgänge gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–3,9 Prozent).

Im ersten Quartal 2022 erwirtschaftete die rheinland-pfälzische Industrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum 30 Prozent mehr Umsatz. Auslands- und Inlandsumsätze nahmen jeweils deutlich zu (+27 bzw. +33 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen im März

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte im März 2022 einen Anstieg der Auftragseingänge. Das Ordervolumen lag kalender- und saisonbereinigt um 13 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die baugewerblichen Umsätze sanken hingegen leicht um 0,7 Prozent. Zugleich waren die Auftragseingänge um 3,6 Prozent und die Umsätze 8,4 Prozent höher als im März 2021.

Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau gingen im März mehr Bestellungen ein als im Monat zuvor. Im Hochbau stieg das Ordervolumen um 13 Prozent. Dazu trug insbesondere ein kräftiger Zuwachs im gewerblichen Hochbau bei (+24 Prozent). Aber auch im Wohnungsbau erhöhte sich die Nachfrage (+3 Prozent). Der öffentliche Hochbau nahm etwas weniger Aufträge entgegen als im Februar (–0,3 Prozent). Im Tiefbau wuchs das Ordervolumen um 13 Prozent, was auf eine kräftige Nachfragesteigerung im sonstigen öffentlichen Tiefbau zurückzuführen ist (+89 Prozent). Im gewerblichen Tiefbau blieben die Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat unverändert; im Straßenbau nahmen die Bestellungen um 1,3 Prozent ab.

Im Tiefbau fiel das Ordervolumen um acht Prozent höher aus als im März 2021. Im Hochbau gingen hingegen etwas weniger Aufträge ein als im Vorjahresmonat (–0,9 Prozent).

Der Hochbau erzielte im März 2022 höhere baugewerbliche Umsätze als im Vormonat. Kalender- und saisonbereinigt stiegen die Erlöse um 3,4 Prozent. Während die Umsätze im gewerblichen und im öffentlichen Hochbau über den jeweiligen Februarwerten lagen (+14 bzw. +5,5 Prozent), musste der Wohnungsbau Einbußen hinnehmen (–7 Prozent). Im Tiefbau sanken die Umsätze um 4,5 Prozent, da die Erlöse in allen drei Teilbereichen rückläufig waren. Die Umsätze im sonstigen öffentlichen Tiefbau schrumpften um 5,1 Prozent.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Mrz 2022		Jan bis Mrz 2022
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Feb 2022	Mrz 2021	Jan bis Mrz 2021
Auftragseingang	**13,3 %**	**3,6 %**	**10,5 %**
Hochbau insgesamt	13,2 %	-0,9 %	6,6 %
Wohnungsbau	3,0 %	-20,6 %	-12,0 %
gewerblicher Hochbau	23,7 %	25,3 %	24,1 %
öffentlicher Hochbau	-0,3 %	-24,3 %	4,4 %
Tiefbau insgesamt	13,5 %	8,0 %	14,4 %
gewerblicher Tiefbau	0 %	-15,6 %	13,2 %
Straßenbau	-1,3 %	21,5 %	24,2 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	89,1 %	18,9 %	0,5 %
Baugewerblicher Umsatz	**-0,7 %**	**8,4 %**	**6,8 %**
Hochbau insgesamt	3,4 %	5,1 %	3,4 %
Wohnungsbau	-7,0 %	18,0 %	26,0 %
gewerblicher Hochbau	14,3 %	-6,0 %	-13,4 %
öffentlicher Hochbau	5,5 %	11,0 %	9,5 %
Tiefbau insgesamt	-4,5 %	11,6 %	10,3 %
gewerblicher Tiefbau	-3,4 %	3,2 %	2,4 %
Straßenbau	-4,6 %	7,4 %	8,4 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-5,1 %	27,7 %	20,9 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Im Straßenbau fielen die Erlöse um 4,6 Prozent niedriger aus als im Vormonat. Der gewerbliche Tiefbau verzeichnete ein Minus von 3,4 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel die Bilanz im Hoch- und im Tiefbau positiv aus: Im Hochbau lagen die baugewerblichen Umsätze um 5,1 Prozent über dem Niveau von März 2021. Im Tiefbau belief sich der Zuwachs auf zwölf Prozent.

Außenhandel im März weiterhin im Aufwind

Der rheinland-pfälzische Außenhandel legte im März 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Nach vorläufigen Angaben stiegen die Importe und Exporte jeweils um elf Prozent.

Der Warenwert der ins Ausland exportierten Güter betrug 5,6 Milliarden Euro, der der Importe 4,2 Milliarden Euro. Deutschlandweit nahmen die Exporte um 8,5 Prozent und die Importe um 23 Prozent zu.

Mit einem Anteil von 58 Prozent flossen knapp drei Fünftel aller Exporte in die EU-Staaten (+13 Prozent). Die Ausfuhren in die Länder der Eurozone stiegen um 14 Prozent, in die Nicht-Euroländer um elf Prozent. Unter Einfluss der deutlichen Exportrückgänge nach Russland (–66 Prozent) nahmen die Ausfuhren in das übrige Europa nur um 2,7 Prozent zu.

Die Exporte nach Amerika stiegen um 22 Prozent, darunter in die USA um 30 Prozent. Rückläufige Ausfuhren nach China und Japan (–12 bzw. 35 Prozent) führten zu einem Exportrückgang nach Asien (–1,9 Prozent).

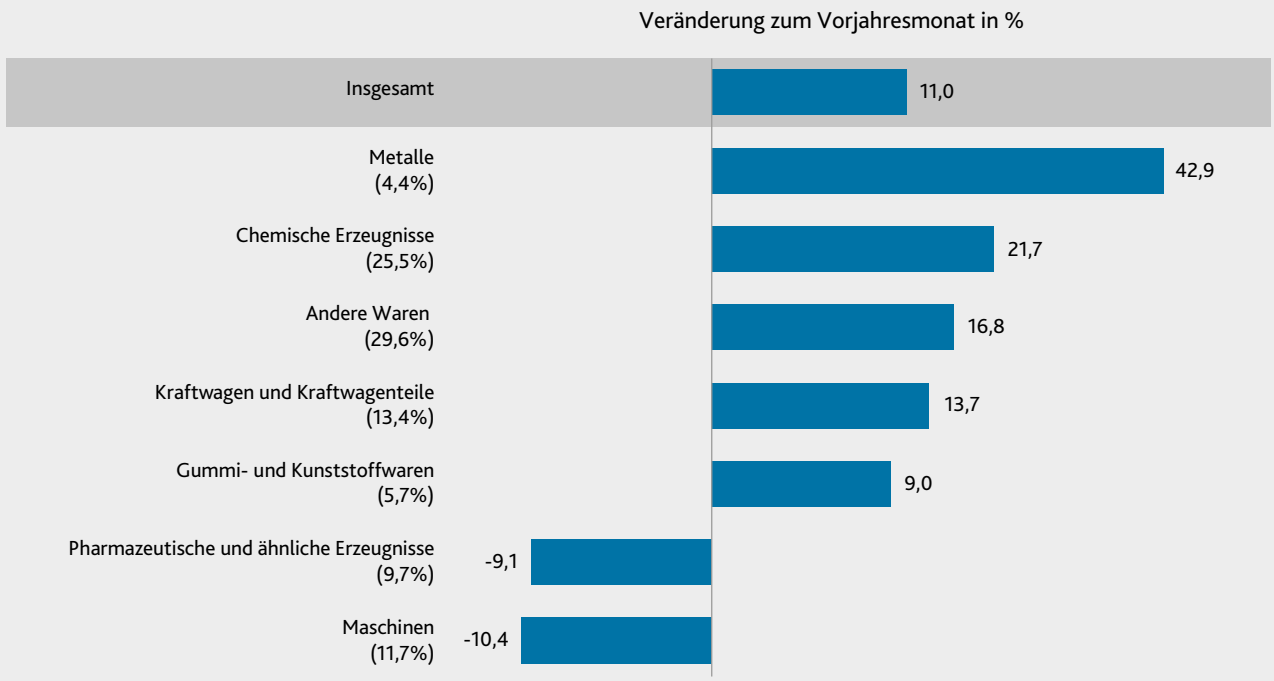
In vier der sechs umsatzstärksten Güterabteilungen nahmen die Exporte zu. Deutlich stärker nachgefragt als vor einem Jahr wurden chemische Erzeugnisse (+22 Prozent). Es wurde merklich mehr Metall exportiert (+43 Prozent). Auch die Ausfuhren von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lagen im März um 14 Prozent über den Vorjahresergebnissen. Exportrückgänge gab es bei Maschinen sowie pharmazeutischen Erzeugnissen (–10 bzw. –9 Prozent).

Das Importvolumen stieg im März 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um elf Prozent auf 4,2 Milliarden Euro. Aus der EU kamen 4,4 Prozent mehr Waren; aus den Ländern der Eurozone waren es 1,9 Prozent. Die Importe aus der Nicht-Eurozone sowie aus dem übrigen Europa nahmen deutlich zu (+13 bzw. +12 Prozent).

Aufgrund hoher Einfuhren aus Indien (+153 Prozent) nahmen die Importe aus dem asiatischen Raum um 33 Prozent zu. Aus den USA wurden 20 Prozent weniger Waren importiert. Dies zog nahezu stagnierende Importe aus Amerika nach sich (+1 Prozent).

Die Maßnahmen, die als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine ergriffen wurden, schlagen sich in den Außenhandelszahlen nieder. Die Europäische Gemeinschaft vereinbarte mit ihren Partnerländern ein Exportverbot nach Russland für bestimmte Güter

Ausfuhren im März 2022[1] nach Güterabteilungen



( ) Anteil an den Ausfuhren insgesamt
1 Vorläufiges Ergebnis.

und Technologien zur Erdölraffination. Der Export in die russische Föderation nahm gegenüber den Ergebnissen des Vorjahresmonates um 66 Prozent auf 27,8 Millionen Euro ab. Die Einfuhren beliefen sich auf 23,7 Millionen Euro (+15 Prozent). Hierbei handelte es sich überwiegend um Aluminium in Rohform (+124 Prozent). Die Ausfuhren in die Ukraine brachen im gleichen Zeitraum deutlich um 88 Prozent auf 2,3 Millionen Euro ein; die Einfuhren nahmen um elf Prozent auf 2,6 Millionen ab.

Im ersten Quartal des Jahres stiegen die Werte der aus- und eingeführten Waren gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14 bzw. 17 Prozent. Das Plus bei den Ausfuhren in die Länder der EU lag bei 14 Prozent, das der Importe bei zwölf Prozent.

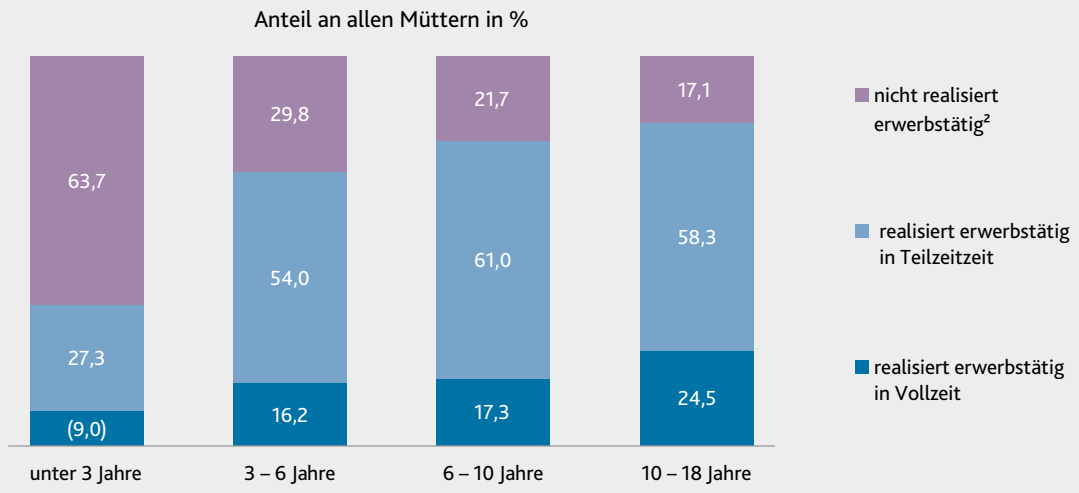
Erwerbstätige Mütter überwiegend in Teilzeit beschäftigt

Im vergangenen Jahr gab es in Rheinland-Pfalz rund 397 800 Mütter mit mindestens einem minderjährigen Kind im gemeinsamen Haushalt. Die überwiegende Mehrheit von ihnen lebte in einer Partnerschaft (Ehepaare: 74 Prozent; Lebensgemeinschaften: elf Prozent). Knapp 15 Prozent der Mütter waren alleinerziehend.

Mehr als zwei Drittel der Mütter (67 Prozent) gingen einer sogenannten realisierten Erwerbstätigkeit nach, d. h. sie waren erwerbstätig, ohne sich in Mutterschutz oder Elternzeit zu befinden. Der Anteil der erwerbstätigen Mütter lag bei den Alleinerziehenden (71 Prozent) etwas höher als bei den Paarfamilien (67 Prozent). Das Gros der erwerbstätigen Mütter arbeitete in Teilzeit (74 Prozent), wobei die Quote bei den in Partnerschaft lebenden erwerbstätigen Müttern mit 77 Prozent deutlich höher ausfiel als bei den Alleinerziehenden (60 Prozent). Somit waren Alleinerziehende nicht nur häufiger realisiert erwerbstätig, sondern gingen auch öfter einer Vollzeittätigkeit nach.

Neben der Familienform beeinflusst auch das Alter des jüngsten Kindes die Erwerbsbeteiligung von Müttern. Hatte das jüngste Kind in der Fami-

Mütter mit mindestens einem minderjährigen Kind im Haushalt 2021 nach realisierter Erwerbsbeteiligung[1]



( ) Aussagewert eingeschränkt, da Zahlenwert relativ unsicher
1 Zu den Personen mit realisierter Erwerbstätigkeit zählen alle Erwerbstätigen nach dem ILO-Konzept, die sich nicht in Mutterschutz oder Elternzeit befinden. –
2 Einschließlich Erwerbslose und Nichterwerbspersonen.

lie sein drittes Lebensjahr noch nicht vollendet, waren etwas mehr als ein Drittel der Mütter (36 Prozent) realisiert erwerbstätig. Mit jüngstem Kind im klassischen Kindergartenalter (drei bis unter sechs Jahre) waren bereits 70 Prozent der Mütter wieder erwerbstätig. Der Anteil der Mütter, die ins Erwerbsleben zurückgekehrt waren, stieg mit zunehmenden Alter des jüngsten Kindes weiter auf 78 Prozent (jüngstes Kind sechs bis unter zehn Jahre) bzw. 83 Prozent (zehn bis unter 18 Jahre). In allen Altersgruppen des jüngsten Kindes arbeiteten die Mütter mehrheitlich in Teilzeit.

Gut 60 Prozent der Mütter mit minderjährigen Kindern in der Familie bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit. Die Einkünfte von Angehörigen (z. B. der Partnerin oder dem Partner) waren für fast ein Viertel (24 Prozent) die Haupteinkommensquelle. Von öffentlichen Leistungen – zu denen auch das Elterngeld zählt – finanzierten sich mehr als 14 Prozent der rheinland-pfälzischen Mütter hauptsächlich ihren Lebensunterhalt.

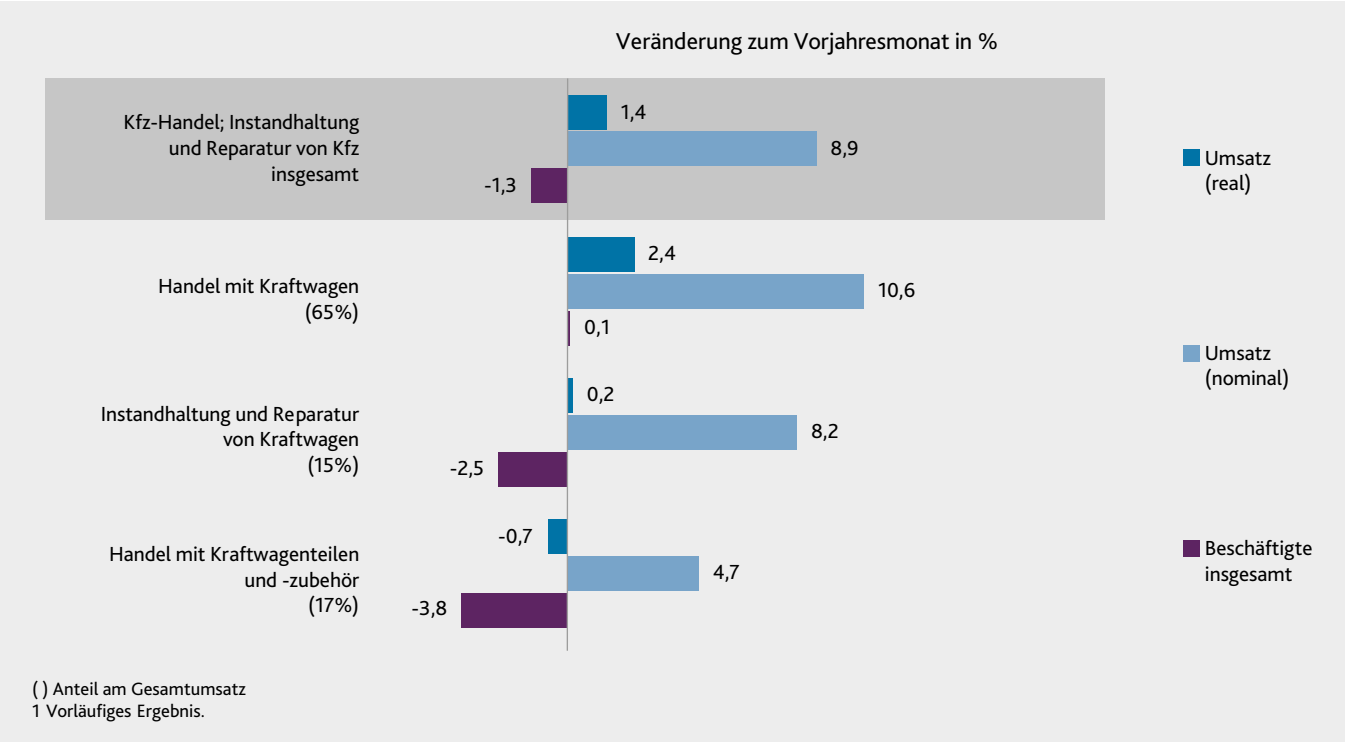
In den vergangenen zehn Jahren hat sich an der Erwerbsbeteiligung der Mütter mit mindestens einem minderjährigen Kind insgesamt nur wenig verändert; verglichen mit 2011 wuchs die Quote der realisiert erwerbstätigen Mütter lediglich um 1,1 Prozentpunkte (Quote 2011: 66 Prozent). Der Anteil der vollzeiterwerbstätigen Mütter an allen erwerbstätigen Müttern legte mit +1,7 Prozentpunkten etwas stärker zu (Vollzeitquote 2021: 26 Prozent; 2011: 24 Prozent).

Damit einhergehend lebten – relativ betrachtet – 2021 kaum mehr Mütter von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit als zehn Jahre zuvor (+1,3 Prozentpunkte; Anteil 2011: 59 Prozent). Gleichwohl sank die finanzielle Abhängigkeit von Angehörigen im gleichen Zeitraum (–5,2 Prozentpunkte; Anteil 2011: 29 Prozent). Im Gegenzug finanzierten mehr Mütter mit minderjährigen Kindern ihren Lebensunterhalt durch öffentliche Leistungen (+3,8 Prozentpunkte; Anteil 2011: elf Prozent), wobei diese Zunahme in erster Linie auf das Elterngeld zurückzuführen war (+3 Prozentpunkte).

Kfz-Handel im Februar mit Umsatzplus – Beschäftigung im Minus

Der rheinland-pfälzische Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) erwirtschaftete im Februar 2022 gegenüber dem von der Corona-Krise betroffenen Vorjahr ein geringfügiges Umsatzplus. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisver-

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels[1] im Februar 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

änderungen bereinigt, um 1,4 Prozent über denen von Februar 2021 (Deutschland: +7,9 Prozent). Nominal bzw. einschließlich Preisänderungen stiegen die Umsätze um 8,9 Prozent (Deutschland: +16 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag um 1,3 Prozent niedriger als im Februar 2021 (Deutschland: –0,2 Prozent).

Verglichen mit dem Vor-Corona-Niveau im Februar 2020 lagen die realen Umsätze im Vergleichsmonat 2022 um 7,2 Prozent niedriger. Aufgrund der aktuellen Preissteigerungen liegt die nominale Abweichung der Umsätze zwischen Februar 2020 und 2022 mit einem moderaten Plus von 0,7 Prozent etwa auf gleichem Niveau.

Die Umsätze stiegen im Februar 2022 in allen Handelsbereichen nur geringfügig. Der Handel mit Kraftwagen, der knapp zwei Drittel der Umsätze generiert, erwirtschaftete gegenüber dem Vorjahresmonat real 2,4 Prozent mehr Erlöse. Auf dem Niveau des Vorjahres bewegten sich die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen sowie der Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör (+0,2 bzw. –0,7 Prozent).

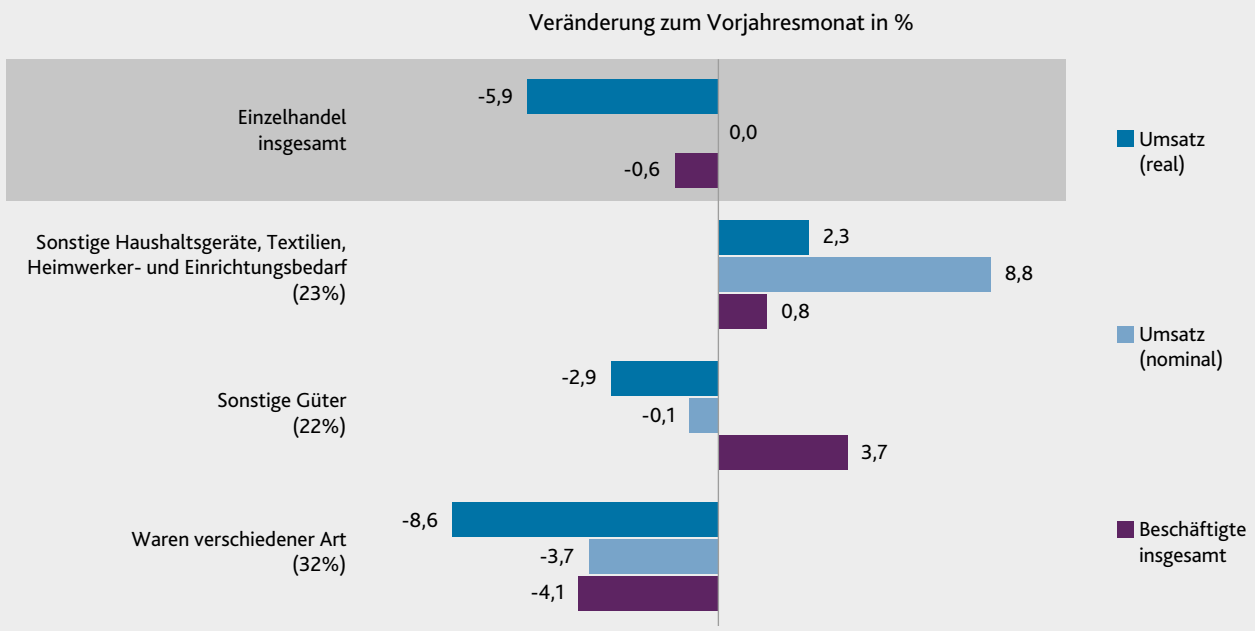
In den beiden ersten Monaten des Jahres stiegen die realen Umsätze des rheinland-pfälzischen Kfz-Handels gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 2021 um zehn Prozent (nominal: +17 Prozent). Die Beschäftigung sank um 1,6 Prozent.

Inflation sorgt im März für reale Umsatzverluste im Einzelhandel

Die Preissteigerungen im März 2022 führten zu realen Umsatzverlusten im Einzelhandel. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 5,9 Prozent unter denen des Vorjahresmonats (Deutschland: –4,4 Prozent). Nominal bzw. gemessen in jeweiligen Preisen stagnierten die Umsätze auf dem Niveau vom März 2021 (Deutschland: +1,4 Prozent).

Gegenüber den Vor-Corona-Ergebnissen im März 2019 erzielte der Einzelhandel real zehn Prozent mehr Umsatz. Nominal lagen die Zuwächse aufgrund der aktuellen Preissteigerungen bei 21 Prozent.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels[1] im März 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Vorläufiges Ergebnis.

Im Einzelhandel mit Lebensmitteln fielen die realen Umsatzrückgänge im Vergleich zum Vorjahresmonat mit –8,9 Prozent höher aus als im Handel mit Nicht-Lebensmitteln (–3,6 Prozent). Nominal setzten die Lebensmittel-Einzelhändler vier Prozent weniger um; der Handel mit Nicht-Lebensmitteln verbuchte ein Plus von 3,3 Prozent.

Unter den umsatzstarken Wirtschaftszweigen realisierte nur der Handel mit sonstigen Geräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf real mehr Umsatz gegenüber dem Vorjahresmonat (+2,3 Prozent). Der Handel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen mit dem Schwerpunkt im Lebensmittelhandel verbuchte Einbußen in Höhe von 8,6 Prozent. Knapp drei Prozent weniger setzten die Händler von sonstigen Gütern um, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen.

Im Vergleich zum März 2021 lag die Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit 0,6 Prozent im Minus (Deutschland: +1 Prozent). Gegenüber dem Vor-Corona-Niveau im März 2019 waren es dagegen 1,4 Prozent mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

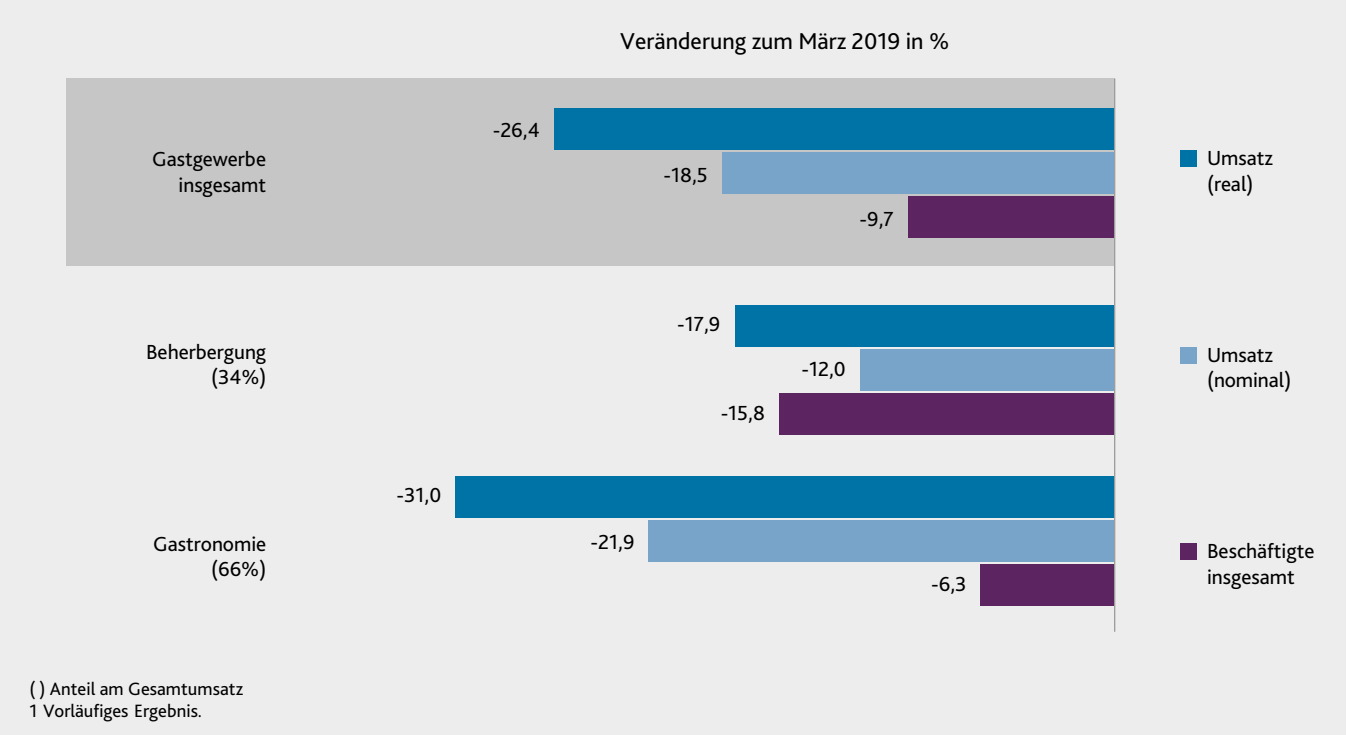
Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe im März weiterhin unter Vor-Corona-Niveau

Die Umsatz- und Beschäftigungszahlen des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes lagen im März 2022 immer noch unter dem Vorkrisenniveau. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, im März 2022 um 26 Prozent niedriger als im Vergleichsmonat 2019 (Deutschland: –30 Prozent).

Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen betrug das Minus 19 Prozent (Deutschland: –22 Prozent). Die sonst üblichen Vergleiche mit dem Vorjahresmonat sind aufgrund des Lockdowns im März 2021 nicht sinnvoll.

Das Beherbergungsgewerbe erzielte im Vergleich zum März 2019 rund 18 Prozent weniger reale Umsätze (nominal: –12 Prozent). In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, waren es –31 Prozent (nominal: –22 Prozent). Die realen Rückgänge in den Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbiss-

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe[1] im März 2022



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

stuben sowie bei den Caterern und Erbringern von sonstigen Verpflegungsleistungen betrugen jeweils 31 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten lag um zehn Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau im März 2019 (Deutschland: –16 Prozent).

Trotz Lockerungen weiterhin vergleichweise wenige Gäste und Übernachtungen

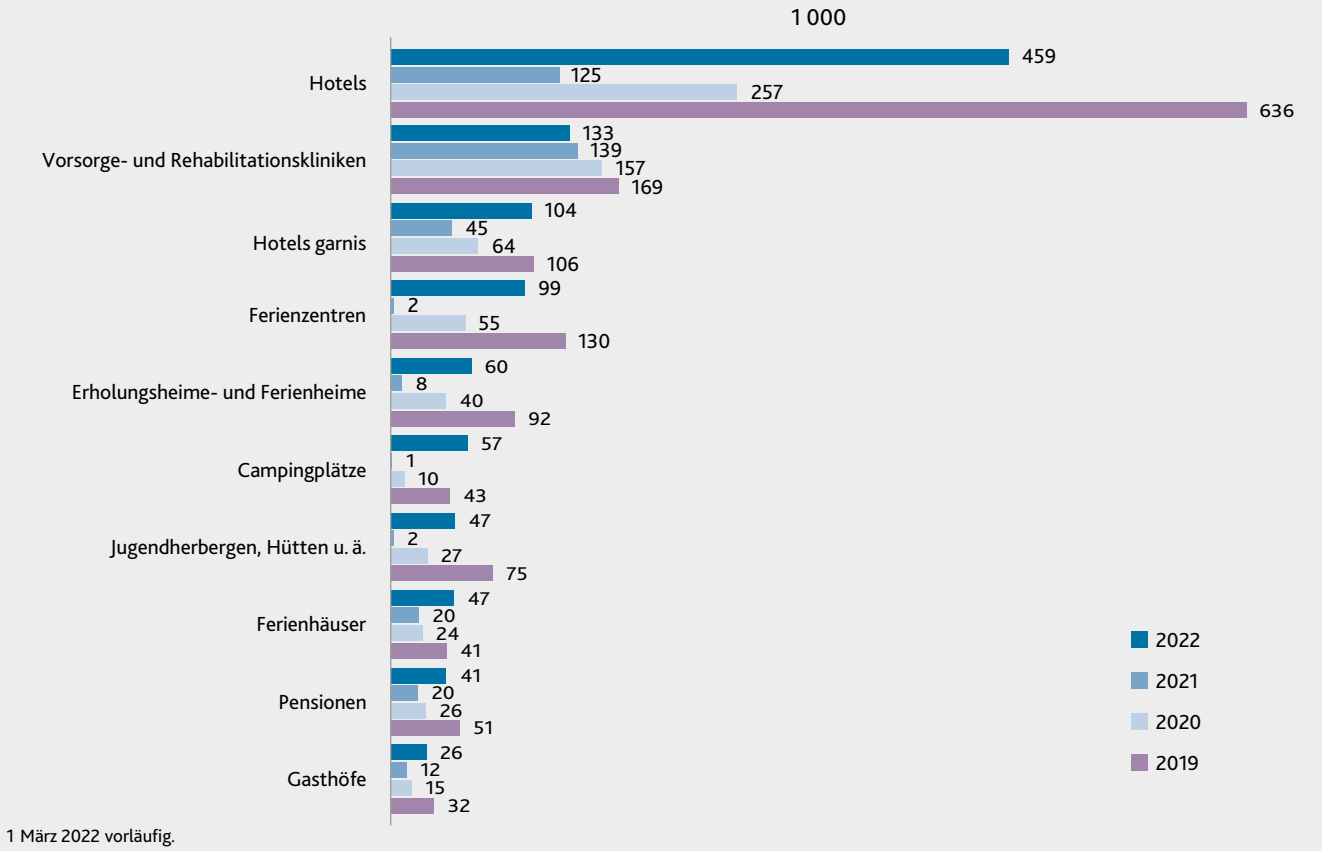
Von Januar bis März 2022 besuchten – trotz umfangreicher Lockerungen – weniger Touristinnen und Touristen Rheinland-Pfalz als im Vergleichsquartal 2020. Im ersten Quartal 2022 kamen annähernd 884 000 Gäste nach Rheinland-Pfalz, die knapp 2,5 Millionen Übernachtungen buchten. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020 waren das 17 bzw. zehn Prozent weniger. Ein Vergleich mit dem Jahr 2021 ist wegen des damals geltenden Beherbergungsverbots für Privatreisende nicht sinnvoll.

Im März 2022 besuchten rund 410 000 Gäste Rheinland-Pfalz; diese nahmen knapp 1,1 Millionen Übernachtungen in Anspruch. Das waren 77 bzw. 59 Prozent mehr als zu Krisenbeginn im März 2020. Gegenüber dem Vorkrisenniveau im März 2019 lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen aber immer noch deutlich niedriger (Gäste: –29 Prozent; Übernachtungen: –22 Prozent).

In den Tourismusregionen fiel das Gäste- und Übernachtungsaufkommen von Januar bis März 2022 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020 unterschiedlich aus. Die Region Mosel-Saar hielt ihr Gästeniveau (+0,4 Prozent), verbuchte aber ein Minus von 1,7 Prozent bei den Übernachtungen. In der Westerwald-Lahn-Region gingen die Gäste- und Übernachtungszahlen am deutlichsten um 23 bzw. 19 Prozent zurück. Weniger Besucherinnen und Besucher, aber mehr Übernachtungen wurden im Rheintal (–6,5 bzw. +2,4 Prozent) und im Hunsrück (–9,8 bzw. +3,3 Prozent) gezählt.

Über die Hälfte der Betriebsarten wiesen in den ersten drei Monaten 2022 rückläufige Übernachtungszahlen gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020 aus. Der Camping-

Übernachtungen im März 2019–2022[1] nach Betriebsarten



1 März 2022 vorläufig.

tourismus verzeichnete hingegen eine dreistellige Zuwachsrate bei den Übernachtungen (+124 Prozent). In Ferienhäusern und Ferienwohnungen übernachteten 22 Prozent mehr Gäste. Deutliche Rückgänge mussten die Jugendherbergen und Hütten sowie die Erholungs-, Ferien-, und Schulungsheime hinnehmen (–38 bzw. –36 Prozent).

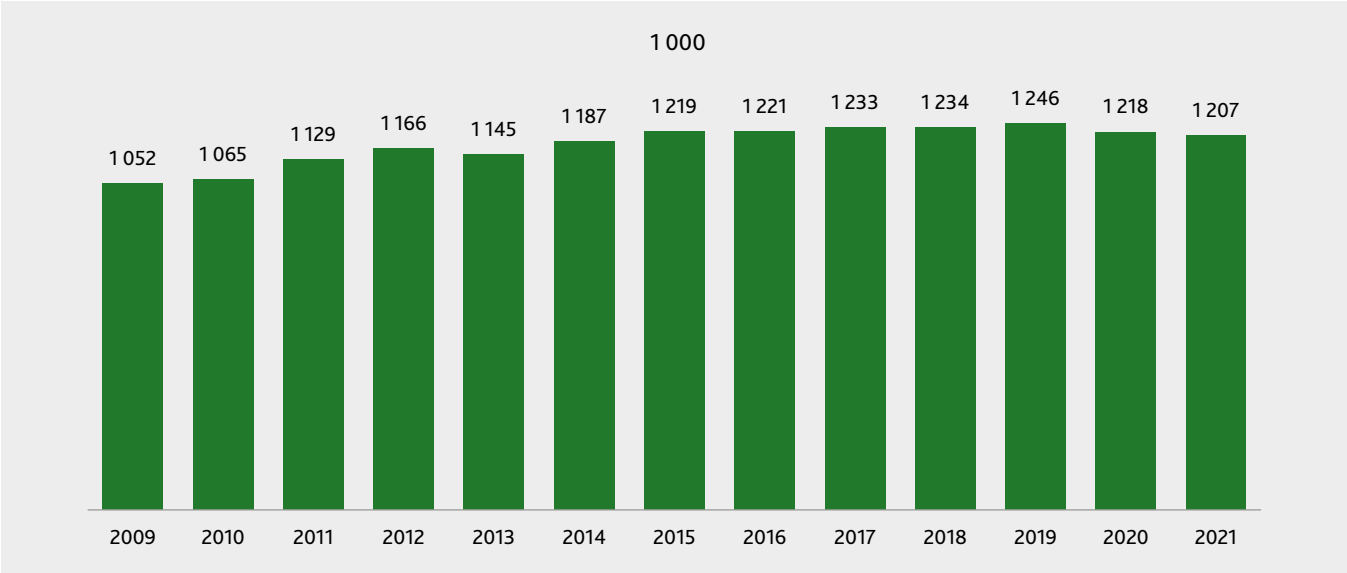
Der Großteil der Gäste kam im ersten Quartal 2022 mit einem Anteil von 86 Prozent aus dem Inland. Die gut 763 300 Gäste aus Deutschland (–15 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020) buchten rund 2,1 Millionen Übernachtungen (–8 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2020). Die Zahlen der Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland sowie deren Übernachtungen lagen um 31 bzw. 22 Prozent unter denen des ersten Quartals 2020.

Fleischerzeugung rückläufig: 1,2 Millionen Schweine und 52 000 Rinder geschlachtet

An den Schlachtstätten in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2021 rund 1,2 Millionen Schweine (–0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und etwa 52 000 Rinder (–16 Prozent) geschlachtet. Das waren 2,3 Prozent der bundesweit geschlachteten 51,9 Millionen Schweine und 1,6 Prozent der 3,3 Millionen geschlachteten Rinder. Die Schlachtmenge der Schweine und Rinder lag mit 132 000 Tonnen drei Prozent unter dem Vorjahresniveau, wobei 87 Prozent auf Schweine entfielen.

Im Jahr 2021 wurden weniger Schweine ausländischer Herkunft gewerblich geschlachtet. Der Anteil sank von 24 Prozent 2020 auf zwölf Prozent 2021. Ein ähnlich ausgeprägter Rückgang ist auch bei den gewerblichen Schlachtungen insgesamt festzustellen: Im Jahr 2020 lag der Anteil

Schlachtungen von Schweinen 2009–2021



geschlachteter Tiere ausländischer Herkunft bei 22 Prozent, 2021 waren es noch zwölf Prozent.

Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 1,4 Prozent der Schafe in Deutschland – überwiegend als Lämmer – und 2,9 Prozent der Ziegen geschlachtet. Mit 630 ist die Zahl der Hausschlachtungen bei Schweinen weiter rückläufig (–3,4 Prozent). Bei Rindern ist ein Rückgang um 19 Prozent auf knapp 570 Hausschlachtungen zu verzeichnen. Bei Schafen gab es einen Rückgang von 25 Prozent auf 760 Hausschlachtungen.

Die Zahl der geschlachteten und für den menschlichen Verzehr als tauglich frei gegebenen Pferde sank im Jahr 2021 auf knapp 330 (–37 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Rheinland-Pfalz hat damit einen Anteil von 9,3 Prozent der in Deutschland geschlachteten Pferde.

Eine sehr geringe Bedeutung haben in Rheinland-Pfalz Geflügelschlachtungen. Hier gibt es nur sechs von bundesweit 188 Betrieben; 2021 entfielen rund 44 000 der gut 703 Millionen deutschlandweiten Geflügelschlachtungen auf Rheinland-Pfalz.

Deutlich mehr Einbürgerungen als in den Vorjahren

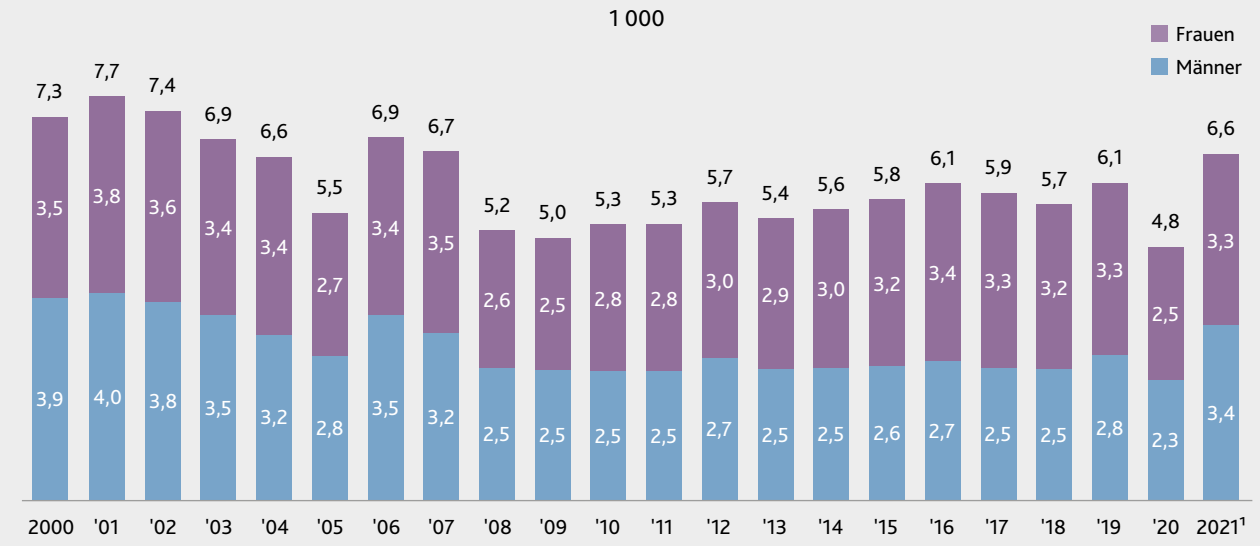
Im Jahr 2021 wurden deutlich mehr in Rheinland-Pfalz lebende Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert als in den Jahren zuvor. Die bei den Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise ansässigen Einbürgerungsbehörden haben Daten zu insgesamt 6 620 Einbürgerungen übermittelt. Darunter waren auch 134 Nachmeldungen zu Einbürgerungen, die bereits im Jahr 2020 erfolgt sind. Demnach wurde im vergangenen Jahr 6 486 Personen die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Dies ist die höchste Zahl seit 2007.

Von den insgesamt 3 267 Frauen und den 3 353 Männern, zu denen 2021 Angaben übermittelt wurden, lebte deutlich mehr als ein Drittel (36 Prozent) über zehn Jahre und von diesen wiederum etwa die Hälfte (52 Prozent) seit mehr als 20 Jahren in Deutschland. Im Durchschnitt waren die Eingebürgerten 32 Jahre alt.

Wird nur die erste bisherige Staatsbürgerschaft betrachtet, führen mit deutlichem Abstand Syrerinnen und Syrer die Liste der am häufigsten eingebürgerten Nationalitäten an (1 534). Es folgen Türkinnen und Türken (453) sowie bisherige Staatsbürgerinnen und -bürger von Rumänien (361), Italien (318), Polen (316) und der Islamischen Republik Iran (199).

Bezogen auf die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer und dabei beschränkt auf Nationalitäten, die Ende des Jahres 2021 landesweit mit mindestens 500 Personen vertre-

Eingebürgerte Personen 2000–2021 nach Geschlecht



1 Einschließlich 134 Nachmeldungen aus dem Jahr 2020.
Quelle: Einbürgerungsstatistik

ten waren, ergibt sich die höchste Einbürgerungsneigung – gemessen an der ersten bisherigen Staatsbürgerschaft – bei Staatenlosen (fünf Prozent) sowie Personen aus Ägypten (4,8 Prozent), Marokko und Kamerun (jeweils 4,4 Prozent). Syrerinnen und Syrer belegen – bezogen auf die jeweilige Zahl hier lebender Landsleute – mit 3,3 Prozent Rang 9, Türkinnen und Türken sowie Rumäninnen und Rumänen mit jeweils 0,8 Prozent die Ränge 42 bzw. 41.

Wie bereits in den Jahren zuvor wurde die mit Abstand höchste Zahl von Einbürgerungsurkunden in den kreisfreien Städten Mainz (549) und Ludwigshafen (518) ausgehändigt. Die wenigsten Einbürgerungen erfolgten in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (16). Die höchste Einbürgerungsneigung hatten Ausländerinnen und Ausländer in der kreisfreien Stadt Koblenz (2,6 Prozent aller Ausländerinnen und Ausländer laut Ausländerzentralregister) sowie im Landkreis Ahrweiler (2,4 Prozent). Die geringste Neigung gab es in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (0,4 Prozent), dem Eifelkreis Bitburg-Prüm und im Rhein-Hunsrück-Kreis (beide 0,5 Prozent).

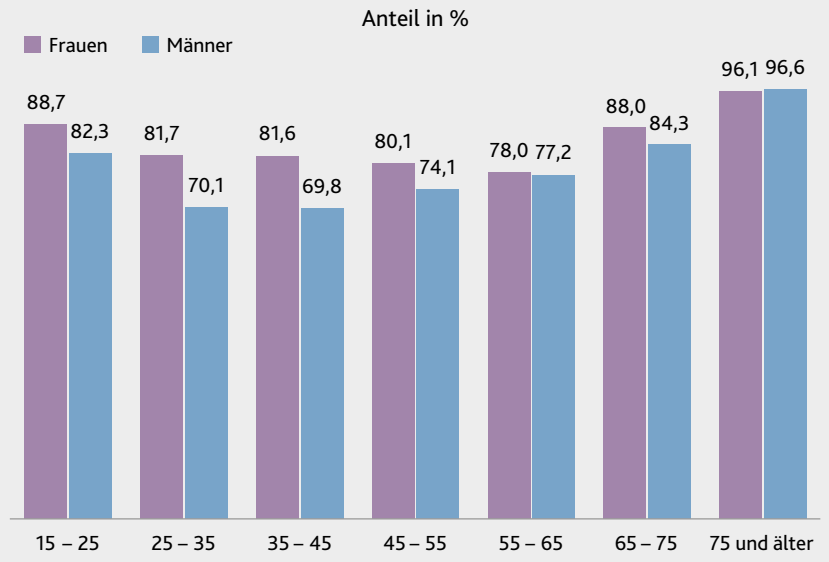
Vier von fünf Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern sind Nichtraucher

Im Jahr 2021 waren mehr als vier Fünftel (82 Prozent) der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ab 15 Jahren Nichtraucher. Der Anteil der Nichtraucher war damit gut drei Prozentpunkte höher als bei der vorherigen Erhebung im Jahr 2017.

Von allen Personen, die im Rahmen der Mikrozensus-Erhebung 2021 Angaben zu ihren Rauchgewohnheiten machten, gaben 60 Prozent an, noch nie geraucht zu haben, 22 Prozent waren nach eigenen Angaben ehemalige Raucher. Etwa 4,7 Prozent der auskunftsbereiten Bevölkerung rauchte gelegentlich, knapp 14 Prozent bezeichneten sich als regelmäßige Raucher. Das durchschnittliche Alter bei Rauchbeginn betrug im vergangenen Jahr 18,1 Jahre und lag damit 0,4 Jahre über dem „Einstiegsalter“ von 2017.

Mit 84 Prozent war insgesamt für die Frauen ein höherer Nichtraucheranteil zu konstatieren als für die Männer (78 Prozent). Während Männer in den jüngeren Altersjahrgängen den niedrigsten Nichtraucheranteil aufwiesen (jeweils 70 Prozent bei den 25- bis 35-Jährigen bzw. den 35- bis 45-Jährigen), verzeichneten Frauen in der Altersgruppe von 55

Nichtraucherinnen und Nichtraucher 2021 nach Altersgruppen[1]



1 Nur Personen mit Angabe zu Rauchgewohnheiten.

bis 65 Jahren die niedrigste Quote (78 Prozent). Im Alter ab 75 Jahren gab es kaum noch Raucherinnen und Raucher: Der Nichtraucheranteil belief sich in dieser Altersgruppe auf 96 (Frauen) bzw. 97 Prozent (Männer).

Kulturindikatoren kompakt: Zahl der Kinobesuche bricht ein

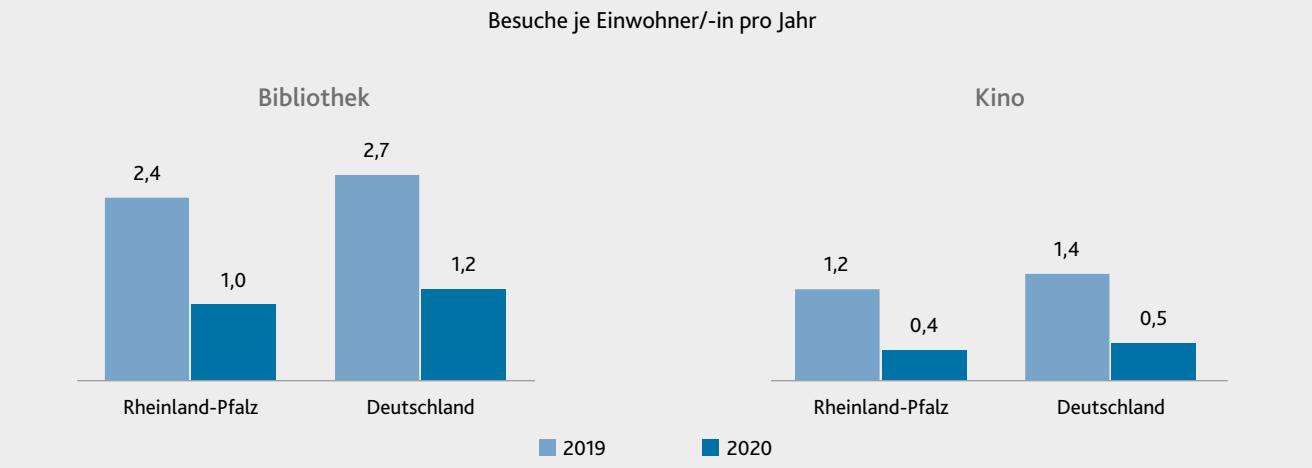
Mit rund 0,4 Besuchen je Einwohnerin bzw. Einwohner waren die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im Jahr 2020 nur noch selten im Kino. Im Jahr zuvor waren es noch 1,2 Besuche. Dies ist eines der Ergebnisse der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebenen Veröffentlichung „Kulturindikatoren kompakt".

Ursächlich für die vergleichsweise wenigen Kinobesuche sind die Schließungen und Einschränkungen durch Hygieneauflagen im Kontext der Bekämpfung der Corona-Pandemie und die konkurrierenden Medienangebote wie Streamingdienste. Neben den sinkenden Zahlen der Kinobesuche (–67 Prozent) wurden auch Rückgänge in anderen rheinland-pfälzischen Kulturbereichen verzeichnet, beispielsweise in den Bibliotheksbesuchen (–58 Prozent).

Weniger Bau- und Abbruchabfälle – Rückgang auch beim Verpackungsmüll

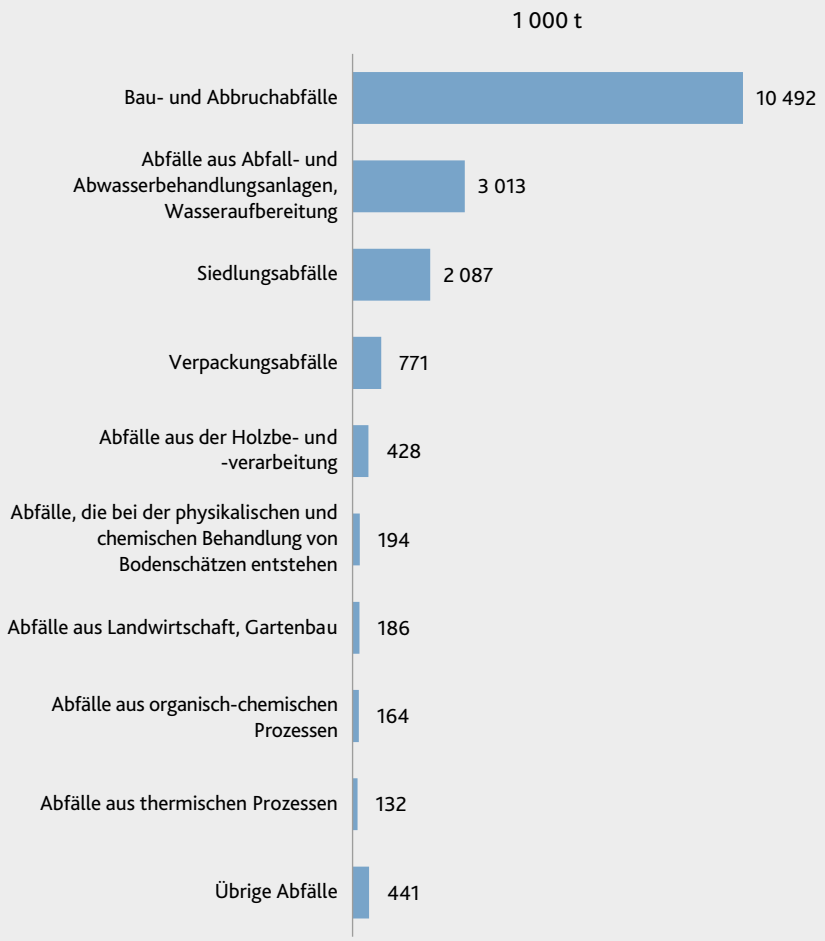
Im Jahr 2020 nahmen die 720 Abfallentsorgungsanlagen in Rheinland-

Bibliotheks- und Kinobesuche in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2019 und 2020



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kulturstatistiken, Kulturindikatoren kompakt 2022

An Abfallentsorgungsanlagen angelieferte Abfallmengen 2020



1 Die genaue Bezeichnung der Abfallkapitel samt detaillierter Beschreibung enthält der Abfallkatalog auf Basis des Europäischen Abfallverzeichnisses.

Pfalz 17,9 Millionen Tonnen Abfälle entgegen. Das waren fünf Prozent (945 304 Tonnen) weniger als im Vorjahr 2019.

Bau- und Abbruchabfälle stellen mit 10,5 Millionen Tonnen nach wie vor den größten Anteil (59 Prozent) der in den rheinland-pfälzischen Entsorgungsanlagen angenommenen Abfälle dar. Gegenüber 2019 ergab sich hier eine Abnahme um sieben Prozent (–742 759 Tonnen).

Mit drei Millionen Tonnen (17 Prozent) folgen die Abfälle aus Abfall- und Abwasserbehandlungsanlagen sowie Wasseraufbereitung (+0,7 Prozent). Auf Siedlungsabfälle entfällt mit 2,1 Millionen Tonnen bzw. zwölf Prozent am Gesamtaufkommen die drittgrößte Abfallkategorie. Darin enthalten sind Haushaltsabfälle sowie vergleichbare gewerbliche und industrielle Abfälle.

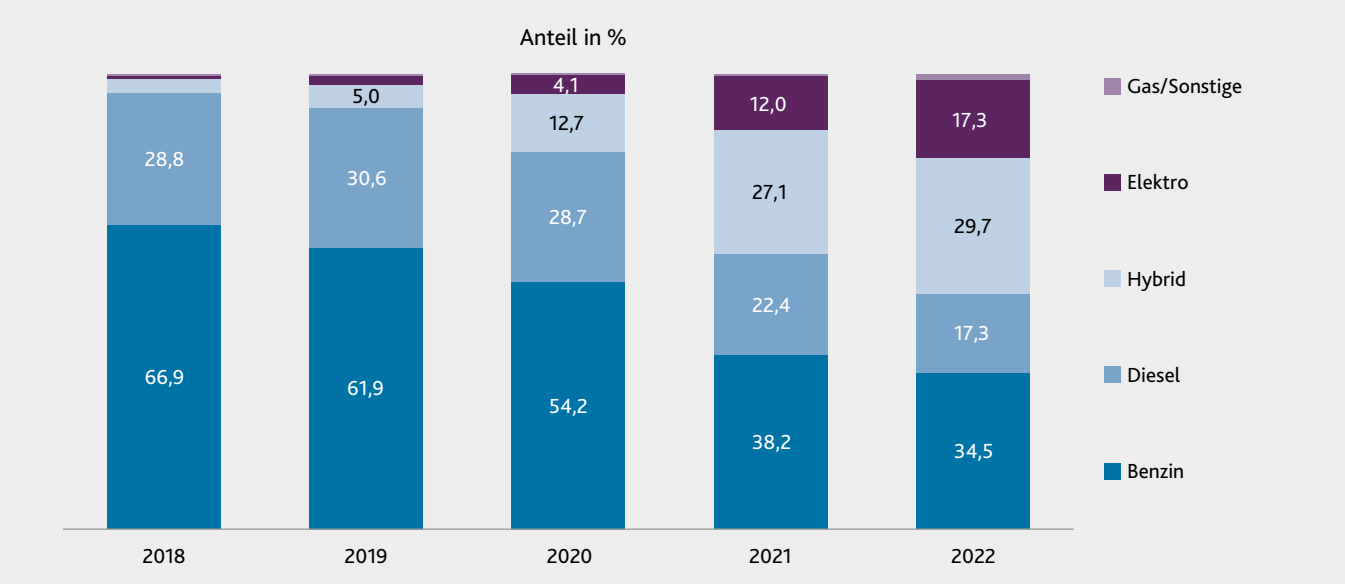
Verpackungsmüll stellt mit 771 000 Tonnen 4,3 Prozent des entsorgten Abfalls. Im Vergleich zu 2019 wurde ein Rückgang um rund 8 100 Tonnen (–5,9 Prozent) festgestellt. Seit 2016 ist der an rheinland-pfälzische Anlagen angelieferte Verpackungsmüll stetig um insgesamt 20 Prozent gesunken. Die vier genannten Abfallkategorien machen in Summe 91 Prozent des entgegengenommenen Abfalls bei den Entsorgungsanlagen aus.

Mit 4,5 Millionen Tonnen (25 Prozent) nahmen die Anlagen zur Verfüllung bergbaufremder Abfälle in übertägigen Abbaustätten die größte Abfallmenge an. In Bauschuttaufbereitungsanlagen wurde mit gut 15 Prozent (2,8 Millionen Tonnen) die zweitgrößte Abfallmenge prozessiert. Deponiert wurden 1,6 Millionen Tonnen (neun Prozent) des Abfalls. In Abfallverbrennungsanlagen (thermische Abfallbehandlungsanlagen sowie Feuerungsanlagen mit energetischer Verwertung von Abfällen) wurden 2,3 Millionen Tonnen (13 Prozent) verfeuert. Sieben Prozent des Abfalls wurde in Sortieranlagen weiterverarbeitet (1,3 Millionen Tonnen).

Fast die Hälfte aller Neuzulassungen sind Hybrid- oder Elektroautos

Der seit einiger Zeit zu beobachtende Anstieg der Zulassungszahlen bei Hybrid- und Elektroautos setzt sich weiter fort. Im ersten Quartal dieses Jahres hatten rund 12 400 der in Rheinland-Pfalz neu zugelassenen Personenkraftwagen alternative Antriebe. Der Anteil dieser Fahrzeuge – hierbei handelt es

Neuzulassungen von Personenkraftwagen von Januar bis März 2018–2022 nach Kraftstoffarten



sich vor allem um Pkw mit Elektro- oder Hybridantrieb – an allen Neuzulassungen stieg damit auf über 48 Prozent (Deutschland: 44,5 Prozent).

Einen reinen Elektroantrieb hatten über 4 400 neu zugelassene Pkw, 45 Prozent mehr als im ersten Quartal 2021. Die Zahl der Pkw mit Hybridantrieb stieg um zehn Prozent auf rund 7 600. Die Zahl der Pkw, die ausschließlich über einen Benzinmotor verfügten, sank im Vergleich zum ersten Quartal 2021 um mehr als neun Prozent auf rund 8 900. Bei den Pkw mit Dieselmotor war ein Rückgang um gut 22 Prozent auf rund 4 500 festzustellen.

Insgesamt wurden von Januar bis März 2022 knapp 25 700 Personenkraftwagen neu zugelassen; das entspricht in etwa dem Vorjahreswert (Deutschland: –4,6 Prozent).

Die Gesamtzahl der neu zugelassenen Kraftfahrzeuge (d. h. Personenkraftwagen und alle übrigen Fahrzeugarten) lag mit rund 32 500 in etwa auf dem Vorjahresniveau (Deutschland: –4,4 Prozent). Während bei den Krafträdern ein Anstieg auf fast 2 500 (+16 Prozent) zu verzeichnen war, verringerte sich die Zahl der neu zugelassenen Lkw auf rund 2 700 (–18 Prozent). Zudem wurden gut 1 300 Zugmaschinen neu zugelassen; das waren 4,6 Prozent weniger als in den ersten drei Monaten des Vorjahres.

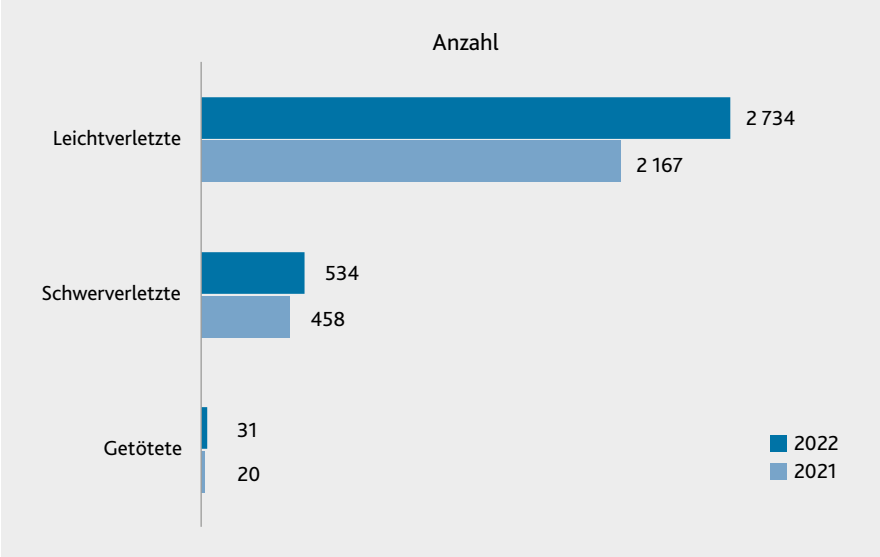
Die Zahl der Besitzumschreibungen von Personenkraftwagen reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahresquartal um 8,7 Prozent auf rund 82 400. Auch die Zahl der Umschreibungen von Lkw (–8,3 Prozent), Krafträdern (–7,6 Prozent) und Zugmaschinen (–8,4 Prozent) ging zurück. Insgesamt wechselten rund 97 200 Kraftfahrzeuge den Besitzer; das waren 8,7 Prozent weniger als von Januar bis März 2021.

Mehr Straßenverkehrsunfälle als im Vorjahr

Wie in den Monaten zuvor lagen auch im März 2022 die Unfallzahlen in Rheinland-Pfalz über den Vorjahreswerten. Die Zahl der Getöteten stieg um zwei auf 13 Personen bei 10 484 registrierten Unfällen (+7,9 Prozent gegenüber März 2021).

Insgesamt verloren im ersten Quartal 2022 bei Verkehrsunfällen in Rheinland-Pfalz 31 Menschen ihr Leben. Dies sind 11 Personen mehr als im Vorjahresquartal. Die Polizei registrierte in den ersten drei Monaten des Jahres insgesamt 29 630 Unfälle und damit 14,5 Prozent mehr als im Jahr 2021. Schwer verletzt wurden 534 Unfallbeteiligte, 76 (+17 Prozent) mehr als im Vergleichszeitraum 2021. Die Zahl der Leichtverletzten stieg ebenfalls um 567 (+26 Prozent) auf 2 734.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis März 2021 und 2022



Hebesatz der Grundsteuer B mit historischen Steigerungswerten

Die durchschnittlichen Hebesätze für die Realsteuern in Rheinland-Pfalz werden sich 2022 unterschiedlich entwickeln. Auf Basis von Vorabmeldungen der Gemeinden errechnet sich für 2022 ein durchschnittlicher Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 369 Prozent. Im Vorjahresvergleich sinkt er um 26 Prozentpunkte. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A steigt um drei Prozentpunkte auf 330 Prozent, der für die Grundsteuer B legt voraussichtlich um 15 Prozentpunkte auf 427 Prozent zu.

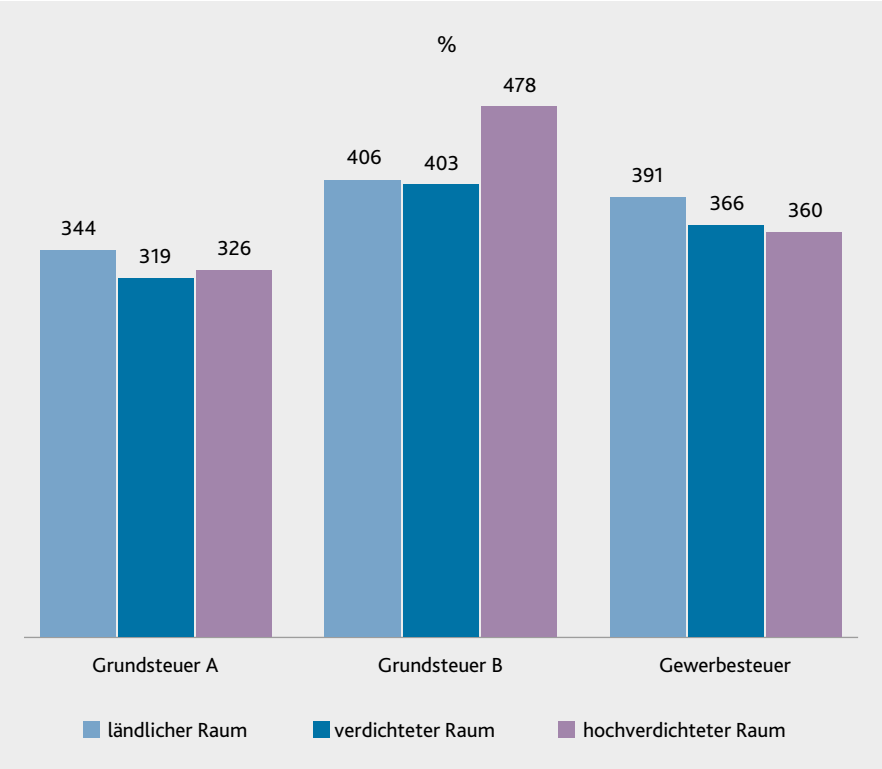
Die Grundsteuer A erheben die Kommunen auf land- und forstwirtschaftliche Flächen, die Grundsteuer B auf bebaute bzw. bebaubare Grundstücke. Rund zwölf Prozent der 2 301 rheinland-pfälzischen Kommunen steigern die Hebesätze der Grundsteuer B. Fast acht Prozent erhöhen bei der Grundsteuer A, rund sieben Prozent bei der Gewerbesteuer den jeweiligen Hebesatz. Eine Senkung gibt es dagegen selten: Lediglich zwölf Gemeinden (0,5 Prozent) verringern 2022 zumindest einen ihrer Hebesätze.

Normalerweise veranschlagen die kreisfreien Städte sowohl bei der Grundsteuer B als auch bei der Gewerbesteuer im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisangehörigen Gemeinden. Während die Grundsteuer B in den kreisfreien Städten mit einem Hebesatz von 494 Prozent tatsächlich wieder deutlich über den Hebesätzen in den kreisangehörigen Gemeinden mit 397 Prozent liegt, sinkt der durchschnittliche Hebesatz bei der Gewerbesteuer in den kreisfreien Städten auf 364 Prozent und liegt damit erstmals unter dem Niveau in den kreisangehörigen Gemeinden (372 Prozent).

Ein Blick in die Details erklärt diesen außergewöhnlichen Effekt. Zehn kreisfreie Städte belassen 2022 ihre Hebesätze auf dem Vorjahresniveau, eine Stadt hebt den Satz an und nur eine Stadt senkt den Hebesatz. Der starke Rückgang des durchschnittlichen Hebesatzes bei der Gewerbesteuer in der Gruppe der kreisfreien Städte ist auf die Landeshauptstadt Mainz zurückzuführen: Mainz senkt den Hebesatz von ursprünglich 440 Prozent um 130 Prozentpunkte auf nunmehr 310 Prozent. Er liegt damit deutlich unter den Hebesätzen der anderen kreisfreien Städte. Aufgrund der herausragenden Einnahmesituation von Mainz wirkt sich diese Reduzierung spürbar auf den Durchschnitt aller kreisfreien Städte und sogar auf den landesweiten Durchschnitt aus. Ohne diesen Sondereffekt würde der Hebesatz in der Gewerbesteuer sowohl in der Gruppe der kreisfreien Städte als auch bezogen auf alle rheinland-pfälzischen Kommunen im Vorjahresvergleich nahezu unverändert bleiben (430 bzw. 395 Prozent).

Ein ähnlicher Effekt ergibt sich, wenn die Raumstrukturtypen der rheinland-pfälzischen Landesplanung betrachtet werden. Die hoch verdichteten Siedlungsräume weisen bei der Gewerbesteuer im Durchschnitt einen auf 360 Prozent gesunkenen Hebesatz aus, der nun erstmals unter den Hebesätzen in den verdichteten und den ländlichen Siedlungsräumen liegt. Dieser Effekt ist ebenfalls ausschließlich auf Mainz zurückzuführen.

Realsteuerhebesätze 2022 nach Raumstrukturtypen



Der landesdurchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer B stieg seit Beginn der rheinland-pfälzischen Aufzeichnungen im Jahr 1949 jährlich durchschnittlich um rund drei Prozentpunkte an. Im Jahr 2022 erhöht sich der Hebesatz hingegen voraussichtlich um 15 Prozentpunkte. Ein stärkerer absoluter Anstieg wurde in Rheinland-Pfalz zuvor noch nicht gemessen. Die bisherigen Spitzenwerte stammten aus den Jahren 1972 (+14 Prozentpunkte) und 2012 (+13 Prozentpunkte).

Die durchschnittlichen Hebesätze der Grundsteuer B in Rheinland-Pfalz liegen seit vielen Jahrzehnten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. In den vergangenen Jahren nahm der Unterschied noch zu. Während der rheinland-pfälzische Hebesatz beispielsweise im Jahr 2000 noch 39 Prozentpunkte unter dem bundesdurchschnittlichen Wert lag, wuchs die Differenz kontinuierlich bis 2020 auf 71 Prozentpunkte an. Für 2021 und 2022 liegen noch keine bundesweiten Vergleichswerte vor.

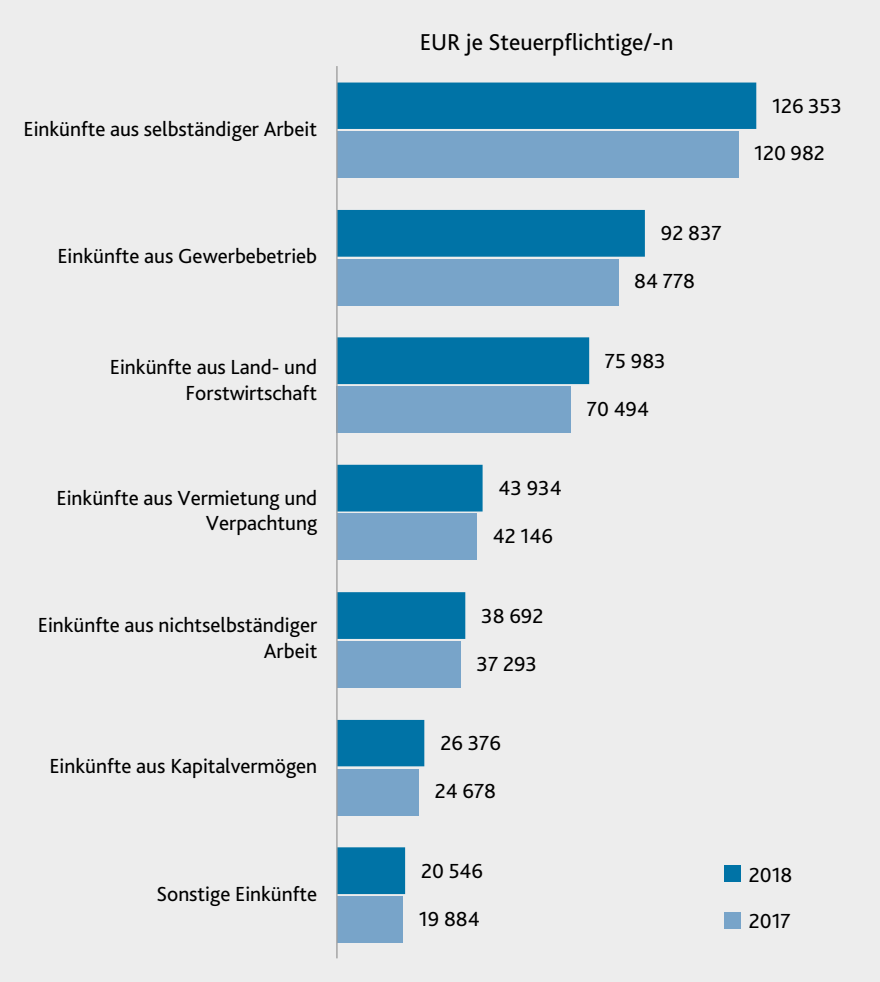
Gut sechs Prozent der Steuerpflichtigen tragen 46 Prozent der Einkommensteuer

Die rund zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten im Jahr 2018 im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 41 097 Euro. Dies entspricht einem Plus von 3,8 Prozent bzw. 1 516 Euro gegenüber dem Jahr 2017. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 7 084 Euro je Steuerpflichtigen und legte damit um 4,7 Prozent zu.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte weist eine Ungleichverteilung auf. Etwa 65 Prozent der Steuerpflichtigen lagen unter dem Durchschnittswert von 41 097 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte aber in der Summe nur etwa 14 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 100 000 Euro und mehr hatten gut sechs Prozent der Steuerpflichtigen; sie trugen 46 Prozent zur festgesetzten Steuer bei. Unter ihnen sorgten die 928 Einkommensmillionäre – Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr – für 6,6 Prozent der festgesetzten Steuer, obwohl sie nur 0,05 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren.

Der Großteil der Steuerpflichtigen (84 Prozent) hatte überwiegende Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Steuerpflichtigen bei durchschnittlich knapp 38 700 Euro je Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienten zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflichtige bzw. Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbstständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von rund

Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkunfte 2017 und 2018



126 400 Euro je Steuerpflichtigen. Die im Durchschnitt höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigen wurden in den im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erzielt. Spitzenreiter war – wie in den Jahren zuvor – der Landkreis Mainz-Bingen mit fast 50 700 Euro, gefolgt vom Landkreis Bad Dürkheim mit rund 46 900 Euro und der kreisfreien Stadt Speyer mit knapp 45 700 Euro. Die Schlusslichter waren die kreisfreien Städte Pirmasens mit 31 000 Euro und Zweibrücken mit rund 34 700 Euro sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit gut 34 800 Euro. Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 5,2 Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

Aus der amtlichen Statistik

Zensus 2022 startet Mitte Mai

Mitte Mai startete die Erhebungsphase des Zensus 2022. Der Zensus ist eine statistische Bestandsaufnahme, bei der wichtige Strukturdaten zur Bevölkerung und zu sämtlichen Wohnimmobilien erhoben werden. Die letzte derartige Großzählung fand im Jahr 2011 statt.

Die Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung dient insbesondere den Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen, aber auch einer Vielzahl von Verbänden und sonstigen Interessensvertretungen sowie der Wissenschaft als Grundlage für politische sowie wirtschaftliche Entscheidungen. So können beispielsweise Land und Gemeinden auf verlässlicher Datenbasis planen, wie viele Kindergärten, Schulen, Seniorenwohnheime und Sozialwohnungen künftig benötigt werden. Darüber hinaus sind Bevölkerungszahlen auch eine zentrale Schlüsselgröße für die Bemessung von Finanzzuweisungen durch die EU bzw. im Länderfinanzausgleich. „Der Zensus 2022 ist insoweit dringend notwendig für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft", so der Präsident des Statistischen Landesamtes, Marcel Hürter.

Beim Zensus 2022 werden – wie schon 2011 – in erster Linie Daten aus Verwaltungsregistern genutzt. Zu bestimmten zensusrelevanten Themenbereichen sind allerdings keine Verwaltungsdaten vorhanden oder sie sind für die Zwecke des Zensus zu ungenau. Daher ist es erforderlich, einen Teil der Bevölkerung direkt zu befragen.

Im Rahmen des Zensus 2022 werden ab Mitte Mai bei einer Haushaltebefragung an landesweit rund 105 000 repräsentativ ausgewählten Anschriften Angaben zu rund 390 000 Bürgerinnen und Bürgern erhoben. Volljährige Personen, die an den ausgewählten Anschriften leben, sind grundsätzlich zur Teilnahme an der Haushaltebefragung gesetzlich verpflichtet. „Die Ergebnisse sind nur dann verlässlich, wenn alle Befragten wahrheitsgemäß antworten", so Hürter. Zuständig für die Haushaltebefragung sind die Erhebungsstellen der Stadt- bzw. Kreisverwaltungen. Diese haben geeignete Interviewerinnen und Interviewer (sogenannte Erhebungsbeauftragte) angeworben und für die Erhebungstätigkeit ausgebildet.

Auch landesweit rund 260 Wohnheime (z. B. Studierenden- und Mitarbeiterwohnheime) sowie rund 2 200 Gemeinschaftsunterkünfte (z. B. Alten- und Pflegeheime, Justizvollzugsanstalten und Gemeinschaftsunterkünfte für ausländische Schutzsuchende) werden in die Zensus-Befragungen einbezogen. Dort erfolgt eine Vollerhebung. Dies bedeutet, dass an allen Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften Daten zu sämtlichen dort lebenden Personen erhoben werden. In Wohnheimen erfolgt die Befragung ebenfalls durch Erhebungsbeauftragte. Für Gemeinschaftsunterkünfte übermitteln hingegen die jeweiligen Einrichtungsleitungen stellvertretend für die dort wohnenden Personen die erforderlichen Basisdaten.

Hürter betont die wichtige Rolle der Kommunen bei der Durchführung des Zensus. In den 24 Kreisverwaltungen sowie zwölf Verwaltungen der kreisfreien Städte organisieren für den Zensus eingerichtete Erhebungsstellen die Haushaltebefragung sowie die Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften. „Ohne den Einsatz ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer ist eine solche Großzählung nicht denkbar", so Hürter. Rund 4 000 ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte werden landesweit im Einsatz sein. „Diesen Frauen und Männern danke ich für ihre Bereitschaft zur Mitwirkung und bitte alle Bürgerinnen und Bürger, die Interviewerinnen und Interviewer bei ihrer Arbeit zu unterstützen", so Hürter.

Zweiter großer Bestandteil des Zensus 2022 ist die Gebäude- und Wohnungszählung. Weil es zu Wohnimmobilien keine geeigneten Verwaltungsregister gibt, ist es erforderlich, alle rund 1,3 Millionen Eigentümerinnen und -eigentümer bzw. Immobilienverwaltungen zu befragen. Sie werden direkt vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz angeschrieben; auch hier besteht eine gesetzliche Auskunftspflicht.

Die Erhebungsbeauftragten haben frühestens eine Woche vor dem Stichtag 15. Mai 2022 an den für die Haushaltebe-

fragung zufällig ausgewählten Anschriften sowie an Wohnheimen ein Anschreiben mit einem Terminvorschlag in die Briefkästen eingeworfen. Zum vorgesehenen Befragungstermin besucht eine Interviewerin bzw. ein Interviewer die Haushalte unter Beachtung der Corona-Hygiene- und Schutzmaßnahmen. Alle Erhebungsbeauftragten können sich mit einem Zensusausweis in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis als Mitarbeitende der örtlichen Erhebungsstelle ausweisen.

Die Befragung besteht aus zwei Teilen: In einem fünf- bis zehnminütigen Gespräch werden allgemeine Fragen zu den Haushaltsmitgliedern gestellt. Diese sogenannte „Existenzfeststellung" dient der Ermittlung der Bevölkerungszahl. Darüber hinaus erhalten die Haushaltsmitglieder Zugangsdaten für die Online-Übermittlung weiterer Angaben, etwa zum Bildungsstand und zur Erwerbstätigkeit. Für jedes Haushaltsmitglied gibt es separate Zugangsdaten für die Online-Erhebung, die etwa zehn Minuten dauert. Wer die Angaben nicht online übermitteln kann, erhält auf Nachfrage einen Papierfragebogen.

Die Erhebung an Gemeinschaftsunterkünften erfolgt ausschließlich per Online-Fragebogen; die Interviewerinnen bzw. Interviewer stehen den Einrichtungsleitungen für Rückfragen zur Verfügung.

Für die Gebäude- und Wohnungszählung erhielten die Eigentümerinnen und -eigentümer bzw. Verwaltungen von Wohnimmobilien im Laufe des Monats Mai 2022 vom Statistischen Landesamt einen Brief mit den Zugangsdaten zur Online-Meldung. Anzugeben sind beispielsweise Baujahr, Größe, Heizungsart und Miethöhe. Um die Befragung möglichst ressourcenschonend durchzuführen, wird dem Anschreiben kein Papierfragebogen beigelegt. Sollte den Befragten eine Online-Meldung nicht möglich sein, erhalten sie einen Papierfragebogen standardmäßig mit einem Erinnerungsschreiben wenige Wochen später. Eine gesonderte Anforderung eines Papierfragebogens beim Statistischen Landesamt ist daher nicht erforderlich.

Der Datenschutz ist beim Zensus das oberste Gebot. „Durch die am Zensus beteiligten Stellen sind alle hierzu erforderlichen Maßnahmen in rechtlicher, organisatorischer, personeller und technischer Hinsicht getroffen worden", versichert Hürter. Alle mit der Durchführung der Erhebung beauftragten Personen sind zur Wahrung der Geheimhaltung gesetzlich verpflichtet. Personenbezogene Daten, wie z. B. der Name der bzw. des Befragten, werden ausschließlich als sogenannte Hilfsmerkmale zur Durchführung und Steuerung der Erhebung abgefragt. Sie werden nicht ausgewertet und frühestmöglich von den weiteren Angaben getrennt und gelöscht, sodass keine Rückschlüsse auf die befragten Personen möglich sind. Die Online-Datenübermittlung erfolgt verschlüsselt und die erhobenen Daten werden nicht an Dritte weitergegeben, auch nicht an andere Verwaltungen. Die Veröffentlichung von Ergebnissen erfolgt ausschließlich in anonymisierter Form.

Bei Fragen können sich die Auskunftspflichtigen gerne an die in den Anschreiben für die jeweilige Befragung genannte Rufnummer – Hotline für die Gebäude- und Wohnungszählung bzw. Rufnummer der jeweils zuständigen Erhebungsstelle – wenden.

Viele Fragen zum Zensus 2022

Das Statistische Landesamt hat in den vergangenen beiden Wochen rund 1,3 Millionen Eigentümerinnen und Eigentümer bzw. Immobilienverwaltungen zur laufenden Gebäude- und Wohnungszählung angeschrieben. Diese wurden darum gebeten, einige wenige Informationen zu ihrem Wohngebäude und bzw. oder ihrer Wohnung per Internetmeldung abzugeben. Davon haben schon etliche Bürgerinnen und Bürger Gebrauch gemacht.

Allerdings gehen auch eine Vielzahl von Anfragen beim Statistischen Landesamt ein. In den meisten Fällen melden sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, weil

- zwischenzeitlich ein Eigentumswechsel stattgefunden hat,
- die angeschriebene Person zwischenzeitlich verstorben ist
- oder ein Papierfragebogen gewünscht wird.

Telefonische oder schriftliche Anfragen zu diesen Themen sind – wie den Anschreiben zu entnehmen ist – nicht erforderlich.

- Eigentumswechsel sind unter Angabe des Namens und der Anschrift eines Neueigentümers standardmäßig

über den Online-Fragebogen mitzuteilen. Die Angaben zu Eigentumswechseln sind direkt am Anfang des Bogens einzutragen. Wer diese wenigen Angaben online übermittelt, hat seine Auskunftspflicht erfüllt.

- Bei Ableben der vormaligen Eigentümer können über den Online-Fragebogen ersatzweise Erben die erbetenen Angaben machen oder dort Name und Anschrift eines Erben bzw. Neueigentümers eingetragen werden, der die Auskünfte erteilen kann.
- Sämtliche Auskunftspflichtige, die keine Möglichkeit haben, online zu antworten, die die Auskünfte lieber per Papierfragebogen erteilen möchten oder ihr Erstanschreiben verloren haben, erhalten voraussichtlich Ende Juni automatisch ein Erinnerungsschreiben, dem neben den individuellen Online-Zugangsdaten auch ein Papierfragebogen beiliegt.

Informationen zum Zensus bietet das Internetangebot der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder:
www.zensus2022.de
Informationen zu den häufigsten Fragen finden Sie auch hier:
www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/zensus-2022

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Mai 2022

Im Mai 2022 erreichte die Teuerungsrate in Rheinland-Pfalz einen neuen Höchststand. Der Verbraucherpreisindex lag um 7,6 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Im April betrug die Inflationsrate +7 Prozent.

Ein Teil des Preisanstiegs ist auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen. Binnen Jahresfrist verteuerte sich Energie um 33 Prozent. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte erhöhten sich im Vergleich zu Mai 2021 (+51 Prozent). Dazu trugen insbesondere die Heizölpreise (einschließlich Umlage) bei, die um 77 Prozent zulegten. Aber auch für Kraftstoffe musste deutlich mehr bezahlt werden (+42 Prozent). Die Preise für Strom zogen ebenfalls merklich an (+13 Prozent). Ohne Energie läge die Teuerungsrate bei +4,8 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel stiegen innerhalb eines Jahres um elf Prozent. Besonders kräftig fielen die Preissteigerungen bei Speisefetten und Speiseölen aus (+39 Prozent). Die Preise für Fleisch und Fleischwaren erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 18 Prozent. Preisrückgänge gab es bei Obst (–0,7 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag im Mai 2022 bei + 4,1 Prozent.

Preissteigerungen waren in fast allen zwölf Abteilungen zu beobachten. Die größten Zuwächse gab es im Bereich „Verkehr" (+17 Prozent). Die Preise für Produkte aus dem Bereich „Post und Telekommunikation" blieben im Durchschnitt konstant.

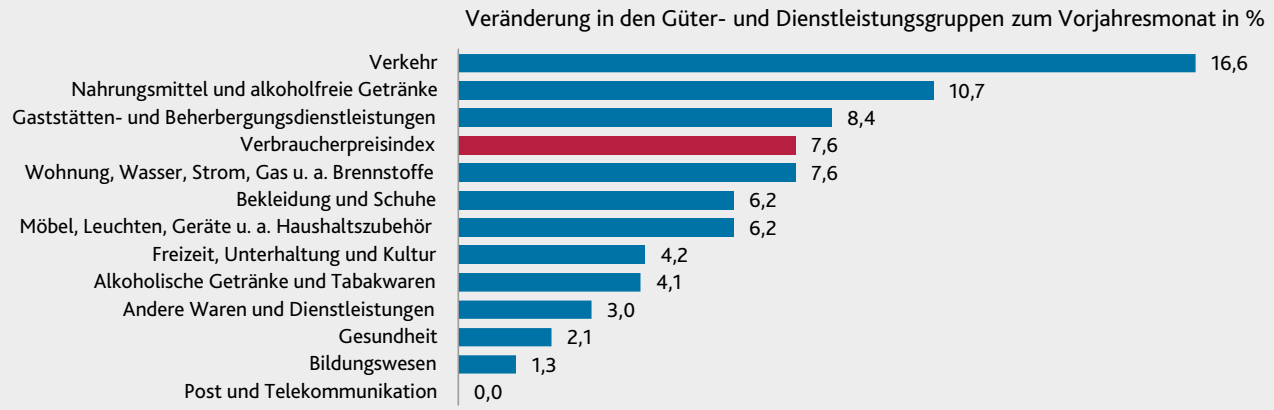
Der Verbraucherpreisindex lag im Mai 2022 im Vergleich zum April 2022 um ein Prozent höher. Teurer wurden gegenüber dem Vormonat insbesondere Waren und Dienstleistungen aus dem Bereich „Verkehr" (+1,7 Prozent). Tiefer in die Tasche greifen mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher auch bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken (+1,5 Prozent). In den Bereichen „Bildungswesen" und „Post und Telekommunikation" blieben die Preise gegenüber dem Vormonat unverändert.

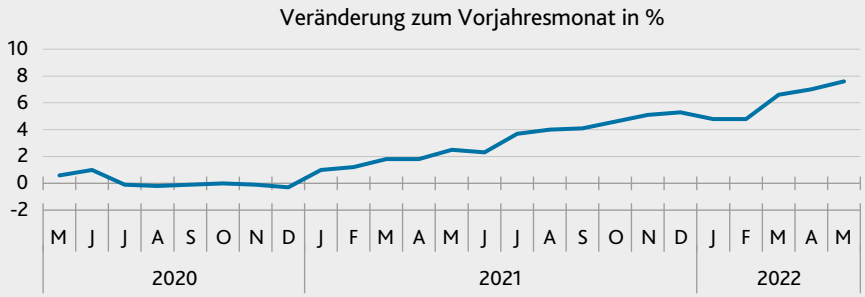
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Mai 2022





Mai 2022

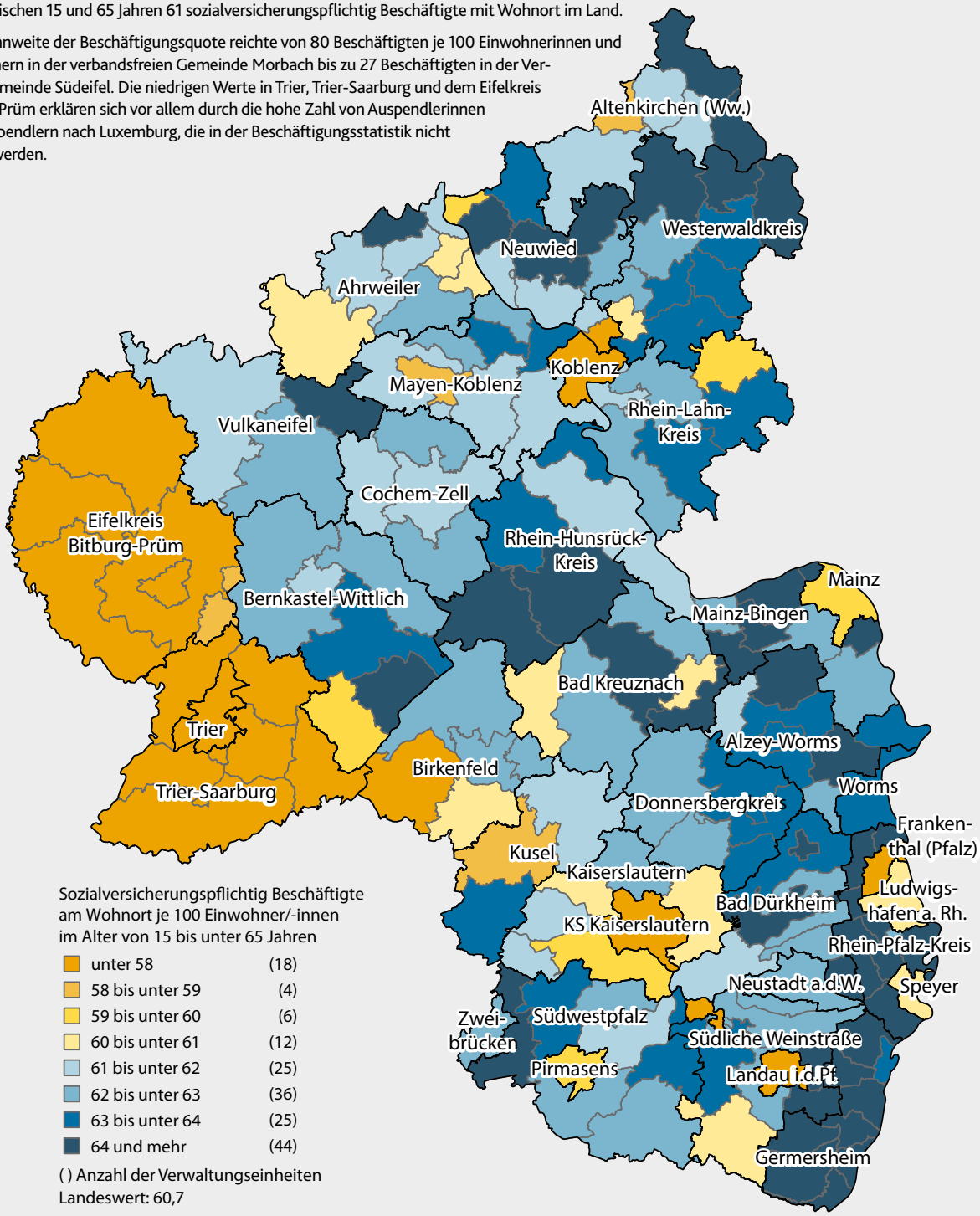
- Verbraucherpreisindex: +7,6%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
  - Margarine: +39,7%
  - Weintrauben: –5,3%

Beschäftigtenquote 2021

Hohe Schwankungsbreite

Mitte des Jahres 2021[1] kamen auf 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren 61 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort im Land.

Die Spannweite der Beschäftigungsquote reichte von 80 Beschäftigten je 100 Einwohnerinnen und Einwohnern in der verbandsfreien Gemeinde Morbach bis zu 27 Beschäftigten in der Verbandsgemeinde Südeifel. Die niedrigen Werte in Trier, Trier-Saarburg und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm erklären sich vor allem durch die hohe Zahl von Auspendlerinnen und Auspendlern nach Luxemburg, die in der Beschäftigungsstatistik nicht erfasst werden.



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohner/-innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

unter 58	(18)
58 bis unter 59	(4)
59 bis unter 60	(6)
60 bis unter 61	(12)
61 bis unter 62	(25)
62 bis unter 63	(36)
63 bis unter 64	(25)
64 und mehr	(44)

( ) Anzahl der Verwaltungseinheiten
Landeswert: 60,7

1 Stand 30.6.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt

Von Moritz Hohlstein

In der Statistischen Analyse N° 60 „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021" wird die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres detailliert dargestellt. Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse des Themenbereichs „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt" vorgestellt.

Die Lage am Arbeitsmarkt zeigte sich 2021 verbessert. Die Erwerbstätigenzahl blieb gegenüber dem Vorjahr konstant. Die Arbeitslosigkeit ging zurück. Im Ländervergleich weist Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Arbeitslosenquote auf. Allerdings wurde das Vorkrisenniveau bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit noch nicht wieder erreicht. Dass die Corona-Pandemie weiterhin den Arbeitsmarkt beeinträchtigt, zeigt sich auch beim Thema Kurzarbeit. Zwar verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr deutlich, dennoch kam dieses arbeitsmarktpolitische Instrument auch 2021 in nicht unerheblichem Umfang zum Einsatz.

Erwerbstätigenzahl bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert

Gut zwei Millionen Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der Erwerbstätigen lag in Rheinland-Pfalz 2021 wie im Vorjahr jahresdurchschnittlich bei 2,02 Millionen. Bundesweit blieb die Erwerbstätigenzahl ebenfalls unverändert.

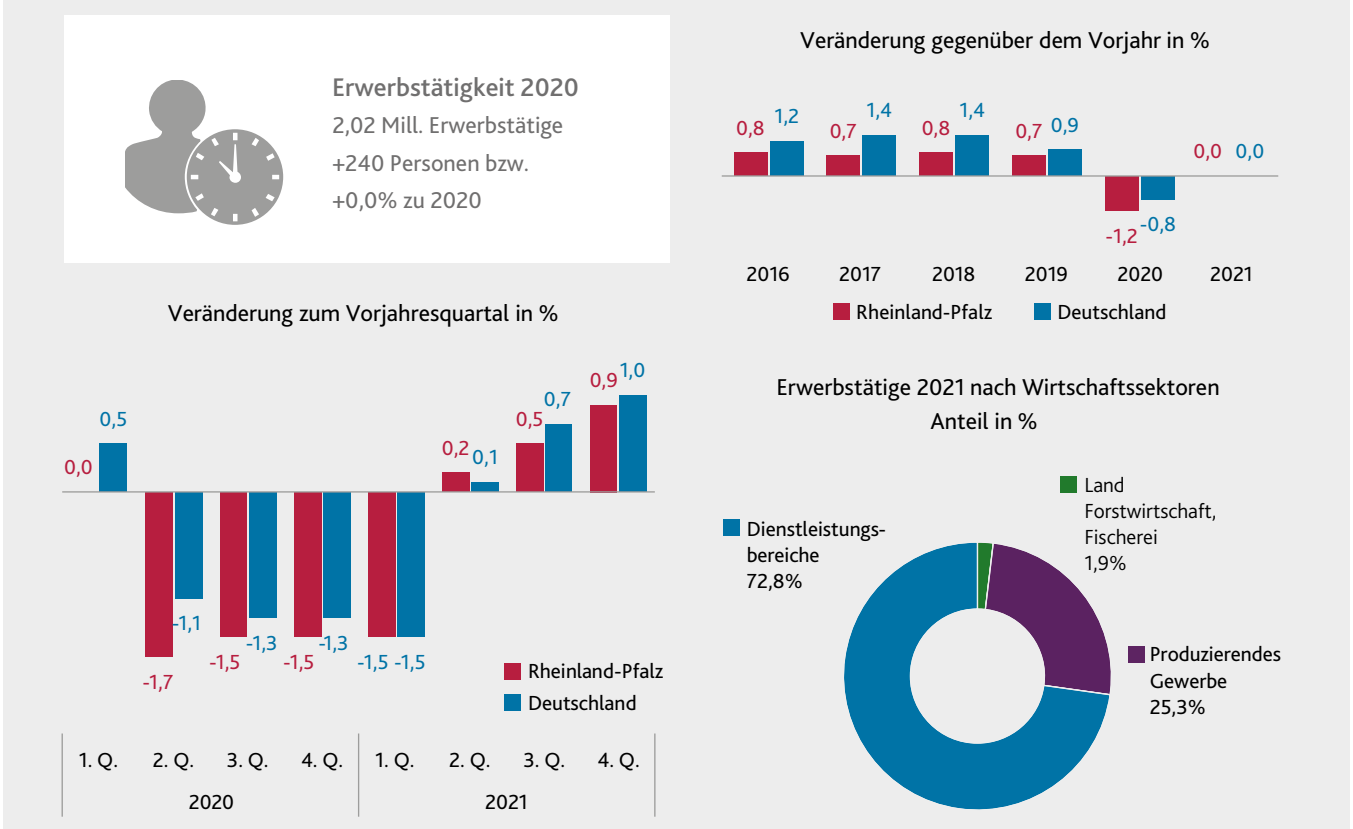
Die Erwerbstätigenzahl hat sich noch nicht von den Auswirkungen der Corona-Pandemie erholt, die 2020 zum ersten Rückgang der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz seit 2009 geführt hatte. Im Jahr 2021 waren 23 700 bzw. 1,2 Prozent weniger Menschen erwerbstätig als 2019 (Deutschland: –0,8 Prozent).

Im ersten Quartal 2021 lag die Erwerbstätigenzahl um 1,5 Prozent unter dem Niveau des – von der Pandemie noch kaum beeinflussten – Vorjahreszeitraums. In den drei Folgequartalen war die Erwerbstätigenzahl höher als im jeweiligen Vorjahresquartal. Nach einem leichten Zuwachs von 0,2 Prozent im zweiten Quartal legte sie im dritten und vierten Quartal gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum um 0,5 bzw. 0,9 Prozent zu.

Knapp drei Viertel der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor

Die meisten Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungsbereich, der auch als tertiärer Sektor bezeichnet wird (73 Prozent). Auf das Produzierende Gewerbe, den sekundären Sektor, entfallen 25 Prozent aller Erwerbstä-

G1 Erwerbstätigkeit 2021



tigen. Hinzu kommt der primäre Sektor, der die Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei umfasst, mit einem Anteil von lediglich 1,9 Prozent an allen Erwerbstätigen.

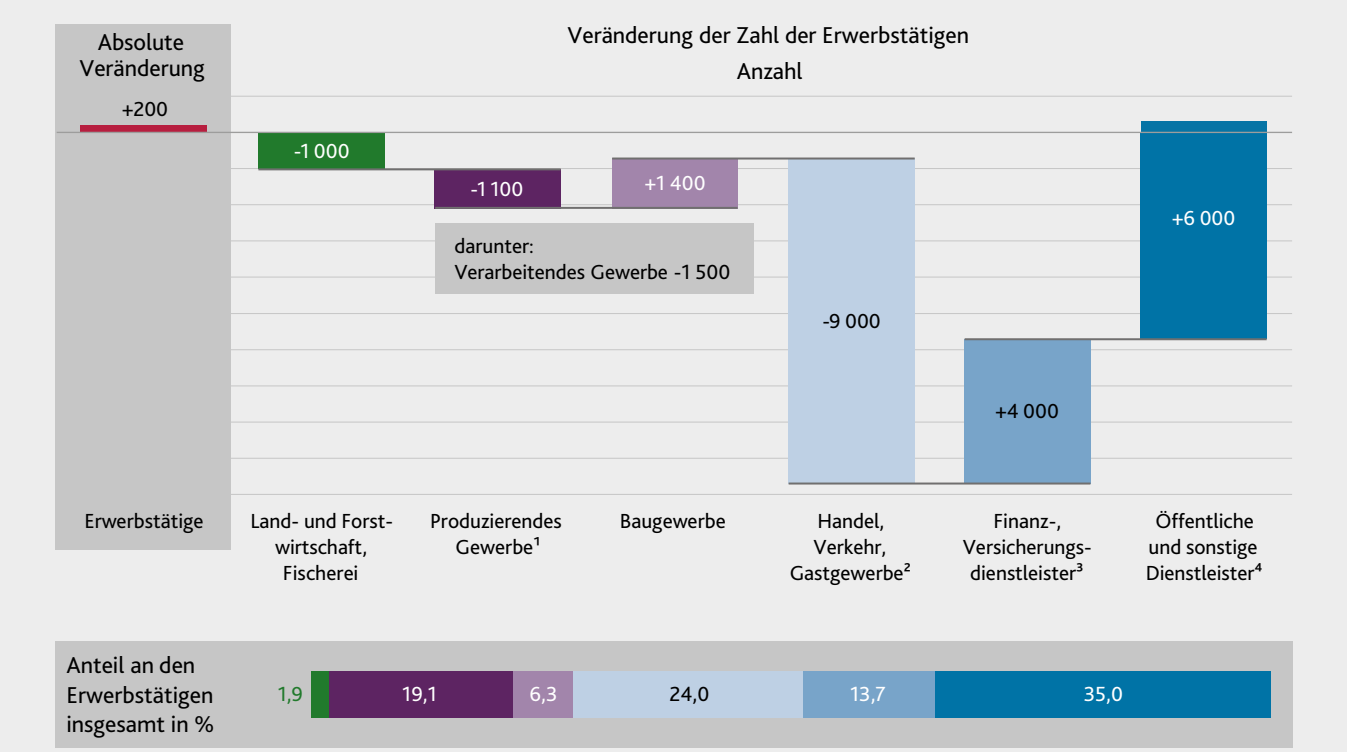
Erwerbstätigenzahl im Produzierenden Gewerbe sinkt um 1,8 Prozent

Im Produzierenden Gewerbe nahm die Beschäftigung ebenfalls ab. Im Berichtsjahr arbeiteten 511 400 Erwerbstätige im sekundären Sektor. Das sind 9 500 Personen bzw. 1,8 Prozent weniger als 2019. Betrachtet man nur das Verarbeitende Gewerbe, fällt der Rückgang mit –9 700 Erwerbstätigen bzw. –2,6 Prozent sogar noch größer aus. Im Baugewerbe legte die Beschäftigung hingegen um 300 Personen bzw. 0,3 Prozent zu.

Im Dienstleistungssektor hatten 2021 rund 1,47 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen geringfügigen Anstieg um 1 000 Personen bzw. 0,1 Prozent. Allerdings sind die Teilbereiche weiterhin unterschiedlich stark von der Corona-Pandemie und den zu ihrer Bekämpfung getroffenen Maßnahmen beeinträchtigt. Dies spiegelt sich in den Erwerbstätigenzahlen wider. Beschäftigungseinbußen gab es im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe; Information und Kommunikation“. Im Jahr 2021 waren dort 9 000 Personen weniger erwerbstätig als im Vorjahr, was einem Rückgang um 1,8 Prozent entspricht. Dagegen wuchs die Zahl der Erwerbstätigen im „Bereich Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ um 3 900 Personen bzw. 1,4 Prozent. Mehr Erwerbstätige gab

Dienstleistungsbereiche entwickeln sich unterschiedlich

G2 Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen 2021



1 Ohne Baugewerbe; Wirtschaftsabschnitte B bis E. – 2 Einschließlich Information und Kommunikation; Wirtschaftsabschnitte G bis J. – 3 Einschließlich Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen; Wirtschaftsabschnitte K bis N. – 4 Einschließlich Erziehung, Gesundheit; Wirtschaftsabschnitte O bis T.

es auch im größten Dienstleistungsbereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit" (+6 000 Personen bzw. +0,9 Prozent).

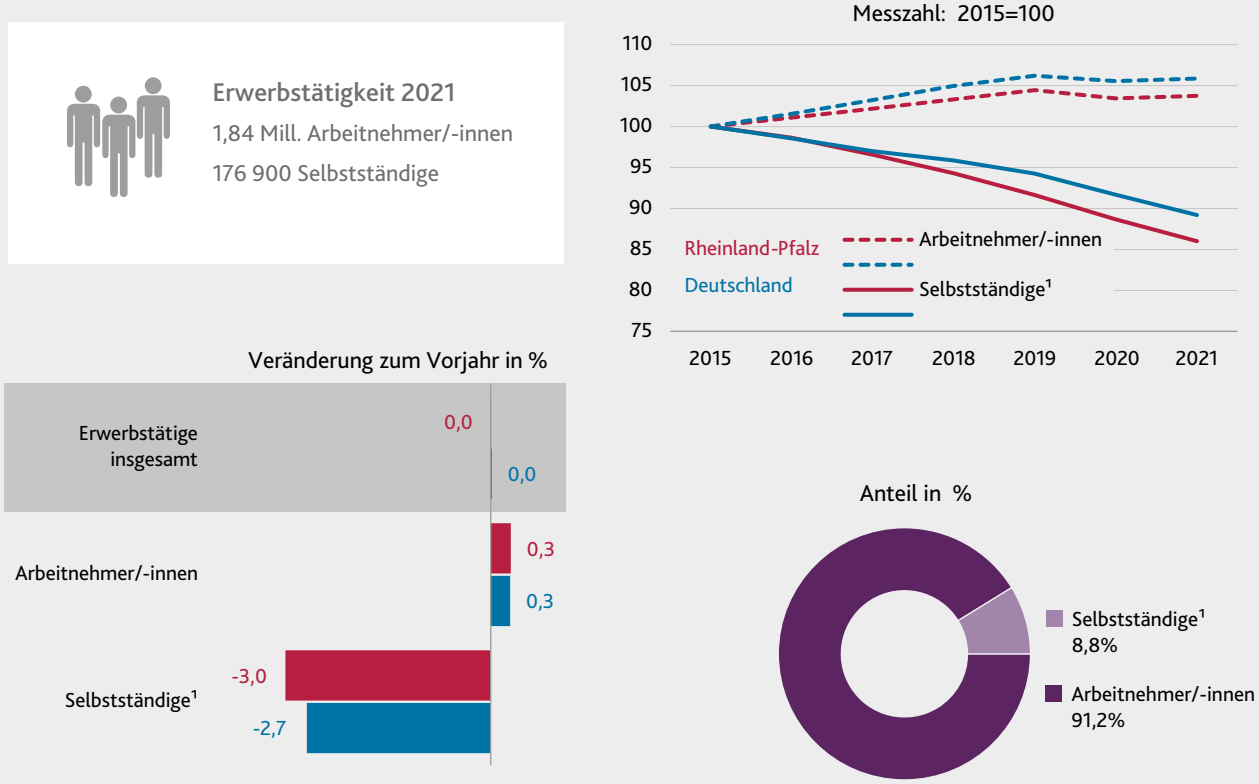
Mehr Erwerbstätige im Baugewerbe

Im Produzierenden Gewerbe blieb die Beschäftigung nahezu unverändert. Im Berichtsjahr arbeiteten 512 200 Erwerbstätige im sekundären Sektor. Das sind knapp 300 Personen bzw. 0,1 Prozent mehr als 2020. Betrachtet man nur das Verarbeitende Gewerbe, ergibt sich ein Rückgang von 1 500 Erwerbstätigen bzw. 0,4 Prozent. Im Baugewerbe legte die Beschäftigung hingegen um 1 400 Personen bzw. 1,1 Prozent zu.

Die Erwerbstätigen setzen sich aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte sowie marginal Beschäftigte) und Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger zusammen. Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl wird maßgeblich durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestimmt, da sie mit 91 Prozent sowohl hierzulande als auch bundesweit die mit Abstand größte Gruppe der Erwerbstätigen sind. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 0,3 Prozent (Deutschland: ebenfalls +0,3 Prozent). Die Zahl der Selbstständigen sank dagegen um drei Prozent (Deutschland: –2,7 Prozent). Damit setzt sich der langfristige Trend rückläufiger Selbstständigenzahlen fort.

Zahl der Selbstständigen weiter rückläufig

G3 Erwerbstätige 2021 nach Stellung im Beruf



1 Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt zu

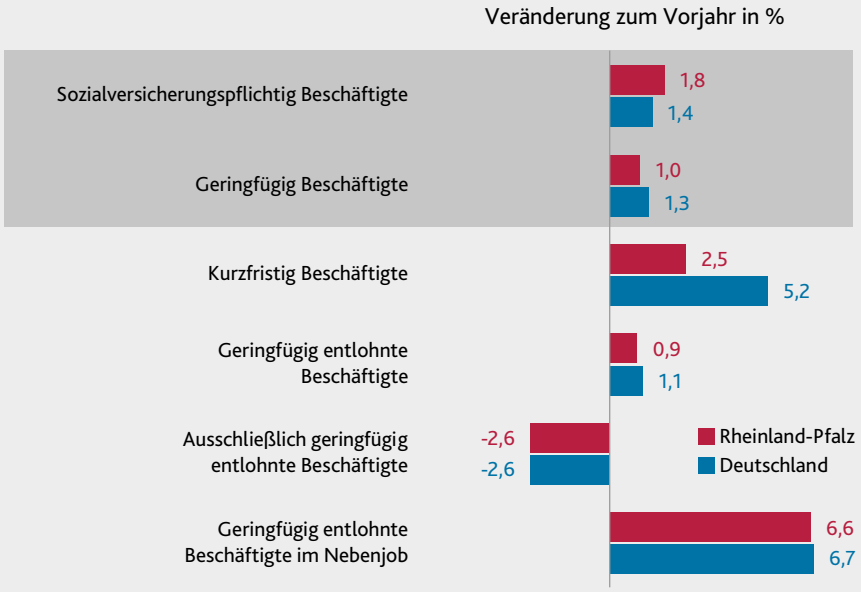
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt um 1,8 Prozent

Am 30. Juni 2021 hatten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 1,45 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Die Beschäftigtenzahl lag um 25 200 Personen bzw. 1,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahres (Deutschland: +1,4 Prozent) und 1,3 Prozent über dem Vorkrisenniveau von 2019 (Deutschland: +1,2 Prozent). Es befinden sich somit nicht nur mehr Personen in Beschäftigung als vor Beginn der Corona-Pandemie, sondern die Beschäftigung in Rheinland-Pfalz bewegt sich wieder auf ihrem langfristigen Wachstumspfad. Von 2009 bis 2019 stieg die Beschäftigung in Rheinland-Pfalz mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 1,7 Prozent. Im Jahr 2020 führten die Auswirkungen der Corona-Pandemie zum ersten Beschäftigungsrückgang seit zehn Jahren.

Die meisten Teilzeitbeschäftigten sind Frauen

Während sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,4 Prozent erhöhte, nahm die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,6 Prozent zu. Dadurch erhöhte sich die Teilzeitquote leicht um 0,3 Prozentpunkte. In der Entwicklung der Teilzeitquote spiegelt sich die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle wider: Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit ist in den letzten Jahren durchgehend gestiegen. Im Jahr 2021 lag die Teilzeitquote in Rheinland-Pfalz bei 30 Prozent und somit

G4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2021 nach Beschäftigungsarten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

etwas höher als in Deutschland (29 Prozent). Mit 81 Prozent sind mehr als vier Fünftel der Beschäftigten in Teilzeit Frauen (Deutschland: 78 Prozent). Von den Vollzeitbeschäftigten waren 32 Prozent weiblich (Deutschland: 33 Prozent).

Zahl der „Minijobber" steigt um ein Prozent

Nach dem deutlichen Rückgang 2020 hat sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten 2021 wieder leicht erhöht. Im Jahr 2021 gab es in Rheinland-Pfalz 395 300 sogenannte „Minijobber". Das entspricht einer Zunahme um 3 900 bzw. ein Prozent gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: +1,3 Prozent). Die Zahl der geringfügig Beschäftigten lag aber immer noch um 5,9 Prozent unter dem Niveau von 2019 (Deutschland: –6,1 Prozent).

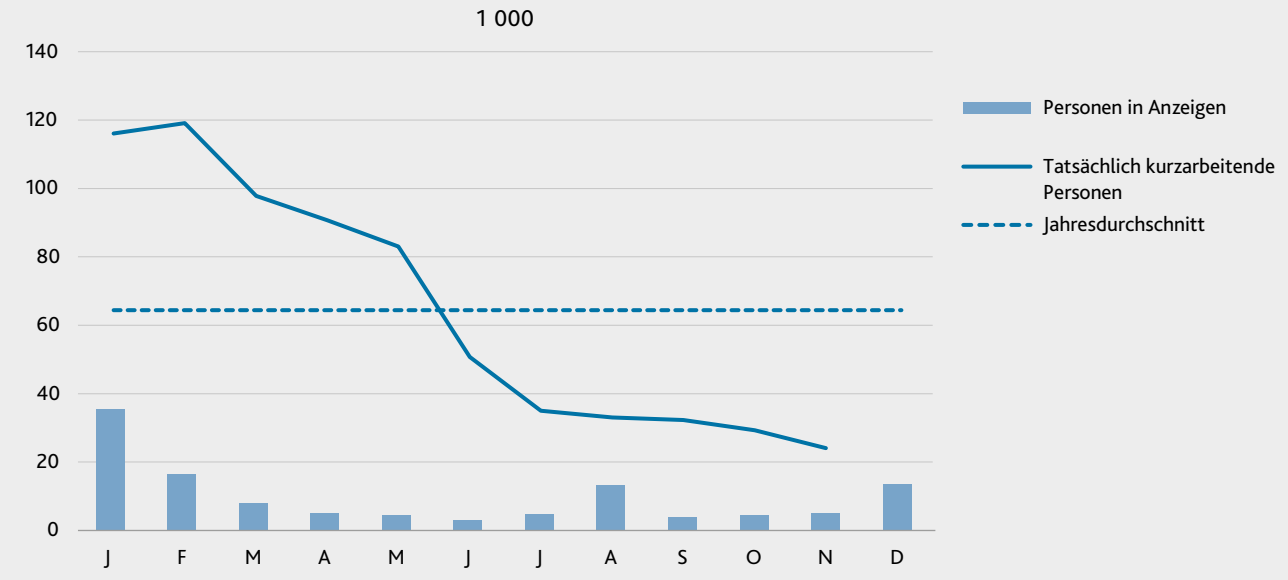
Mehr geringfügig Entlohnte im Nebenjob

Bei den geringfügig Beschäftigten handelt es sich in erster Linie um geringfügig Entlohnte, d. h. um Personen, bei denen sich das Arbeitsentgelt auf höchstens 450 Euro im Monat beläuft. Im Jahr 2021 wurden in Rheinland-Pfalz 376 600 geringfügig entlohnte Beschäftigte gezählt. Mit 60 Prozent geht die Mehrheit dieser geringfügig Entlohnten ausschließlich einer solchen Beschäftigung auf 450-Euro-Basis nach, die übrigen 40 Prozent bessern ihr Einkommen durch eine Nebentätigkeit auf. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Entlohnten sank 2021 um 2,6 Prozent (Deutschland: ebenfalls –2,6 Prozent). Bei den geringfügig Entlohnten im Nebenjob gab es hingegen einen Anstieg um 6,6 Prozent (Deutschland: +6,7 Prozent). Zu den geringfügig Beschäftigten zählen neben den geringfügig Entlohnten rund 18 700 kurzfristig Beschäftigte; ihre Zahl nahm 2021 um 2,5 Prozent zu (Deutschland: +5,2 Prozent).

Hoher Frauenanteil bei Minijobs

Im Jahr 2021 hatten 231 200 Frauen einen Minijob. Damit belief sich der Frauenanteil bei den geringfügig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz ebenso wie in Deutschland auf 58 Prozent. Unter den ausschließlich

G5 Konjunkturelle Kurzarbeit 2021 nach Monaten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

geringfügig entlohnten Beschäftigten ist der Frauenanteil sogar noch etwas höher (62 Prozent). Bei den geringfügig Entlohnten im Nebenjob beträgt der Anteil 55 Prozent. Von allen kurzfristig Beschäftigten machen Frauen 48 Prozent aus.

Kurzarbeit geht zurück

Vor der Pandemie war Kurzarbeit kaum verbreitet

Dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vorjahr trotz des massiven Einbruchs der Wirtschaftsleistung relativ stabil blieb, war auch auf das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit zurückzuführen. Mit der Erholung der Wirtschaft von dem durch die Corona-Pandemie ausgelösten Einbruch sank die Zahl der Beschäftigten in Kurzarbeit. Sie liegt aber weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau. In Rheinland-Pfalz befanden sich von Januar bis November 2021 im Durchschnitt 64 600 Personen aus konjunkturellen Gründen in Kurzarbeit.[1] Dies sind 36 000 Personen bzw. 36 Prozent weniger als im Jahresdurchschnitt 2020. Im Jahr 2019, vor Beginn der Corona-Pandemie, waren im Jahresdurchschnitt nur 1 600 Personen von Kurzarbeit betroffen.

Kurzarbeit geht im Jahresverlauf zurück

Die unterjährige Entwicklung 2021 zeigt, dass sich zu Jahresbeginn noch viele Personen in Kurzarbeit befanden. Nach den Wintermonaten nahm ihre Zahl jedoch kontinuierlich ab. Im Januar wurden 116 100 Personen gezählt, die aus konjunkturellen Gründen in Kurzarbeit waren. Der Höchststand war im Februar erreicht, als 119 100 Beschäftigte Kurzarbeitergeld empfingen. Anschließend sank die Zahl stetig; im November befanden sich noch 24 100 Personen in Kurzarbeit.

1 Bislang liegen zur konjunkturellen Kurzarbeit in Rheinland-Pfalz nur Monatszahlen bis November 2021 vor. Bei den Daten für September, Oktober und November handelt es sich um Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit.

Kurzarbeit

Als Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter gelten beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden Arbeitsausfalles mehr als zehn Prozent der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Kurzarbeitergeld wird als Lohnersatzleistung nach dem SGB III gewährt. Betriebe müssen der zuständigen Agentur für Arbeit die Kurzarbeit vor Beginn schriftlich anzeigen.

In der Statistik über Kurzarbeit wird unterschieden nach angezeigter Kurzarbeit und realisierter Kurzarbeit. Die Anzeigen zur Kurzarbeit signalisieren, wie viele Betriebe für wie viele ihrer Beschäftigten in welchem Zeitraum kurzarbeiten lassen wollen. Da sich die Auftragslage der Betriebe ändern kann, handelt es sich um eine reine Absichtserklärung, d. h. die Kurzarbeit kann für weniger Beschäftigte oder/und einen kürzeren Zeitraum oder sogar gar nicht erfolgen. Die Statistik über den Bestand an kurzarbeitenden Betrieben und deren Personen in Kurzarbeit gibt den tatsächlich realisierten Arbeitsausfall an.

Arbeitsvolumen weiter unter Vorkrisenniveau

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit trug dazu bei, dass die jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf – trotz eines Anstiegs im Vergleich zum Vorjahr – noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 2019 liegen. Im Jahr 2021 entfielen auf jeden Erwerbstätigen 1319 Arbeitsstunden (Deutschland: 1349 Arbeitsstunden). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 20 Stunden bzw. um 1,5 Prozent (Deutschland: +25 Stunden bzw. +1,9 Prozent). Gegenüber dem Vorkrisenniveau ergibt sich ein Minus von 2,3 Prozent (Deutschland: –2,4 Prozent). Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – also die Zahl der von allen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden – stieg 2021 um 1,5 Prozent auf 2,67 Milliarden Stunden und lag um 3,5 Prozent unter dem Niveau von 2019 (Deutschland: +1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und –3,1 Prozent gegenüber 2019).

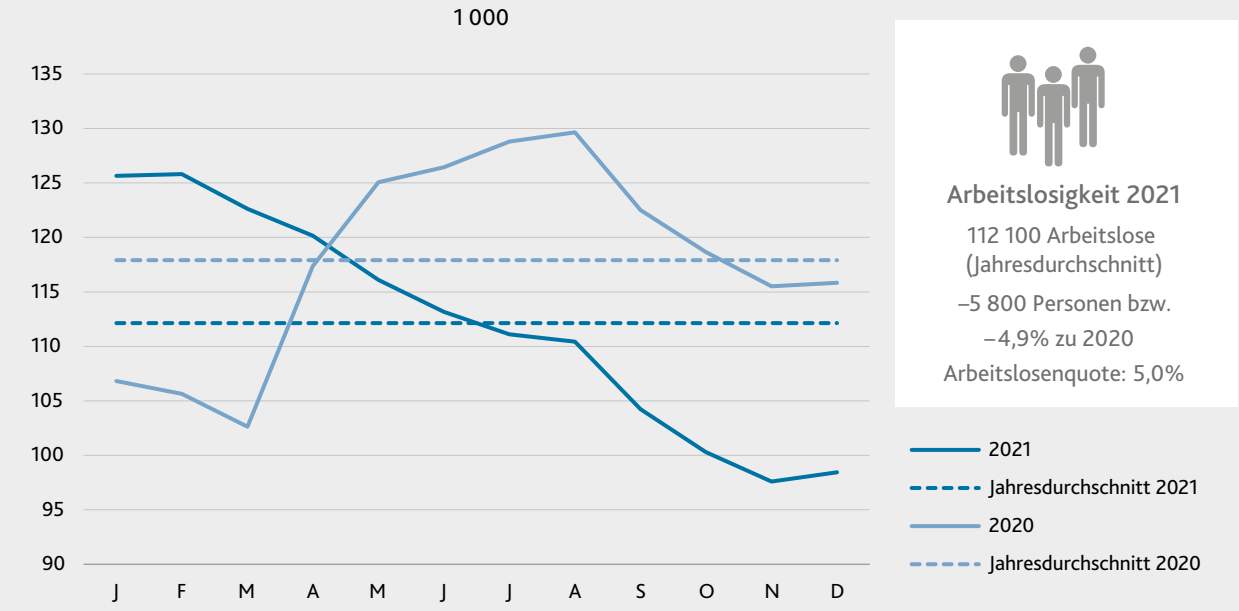
Arbeitslosigkeit sinkt

Arbeitslosenzahl sinkt im Jahresverlauf

Im Jahresdurchschnitt waren 2021 rund 112 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer arbeitslos gemeldet. Die Zahl der Arbeitslosen ging im Vergleich zum Vorjahr um 5 800 Personen bzw. 4,9 Prozent zurück. Deutschlandweit nahm die Zahl der Arbeitslosen um drei Prozent ab. Mit der fortschreitenden konjunkturellen Erholung sank die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf fast kontinuierlich. Im Januar waren 125 700 Personen arbeitslos gemeldet; das waren 18 800 mehr als ein Jahr zuvor. Im Februar wurde mit 125 800 Arbeitslosen der Höchstwert erreicht (+20 200 gegenüber Vorjahresmonat). Im Mai waren 8 900 Personen weniger arbeitslos gemeldet als ein Jahr zuvor, damit lag die Arbeitslosenzahl erstmals seit Dezember 2019 unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Im November sank sie sogar wieder unter die Marke von 100 000 Personen (–17 900 zum Vorjahresmonat). Trotz dieses Rückgangs sind weiterhin deutlich mehr Menschen arbeitslos als vor Beginn der Corona-Pandemie.

Im Jahr 2019 befand sich die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz mit 97 700 gemeldeten Personen auf einem Tiefststand; das waren 15 Prozent weniger als im Jahresdurchschnitt 2021 (Deutschland: ebenfalls –15 Prozent).

G6 Arbeitslose 2020 und 2021 nach Monaten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote beträgt fünf Prozent

Die Arbeitslosenquote sank 2021 um 0,2 Prozentpunkte auf fünf Prozent. Bundesweit verringerte sich die Quote ebenso um 0,2 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent. Trotz des Rückgangs war die Arbeitslosenquote höher als vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie; in Rheinland-Pfalz belief sie sich 2019 auf 4,3 Prozent und in Deutschland auf fünf Prozent. Im Ländervergleich bewegt sich die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz weiterhin auf relativ niedrigem Niveau. Das Land belegt seit 2003 durchgehend den dritten Rang hinter Bayern (2021: 3,5 Prozent) und Baden-Württemberg (2021: 3,9 Prozent).

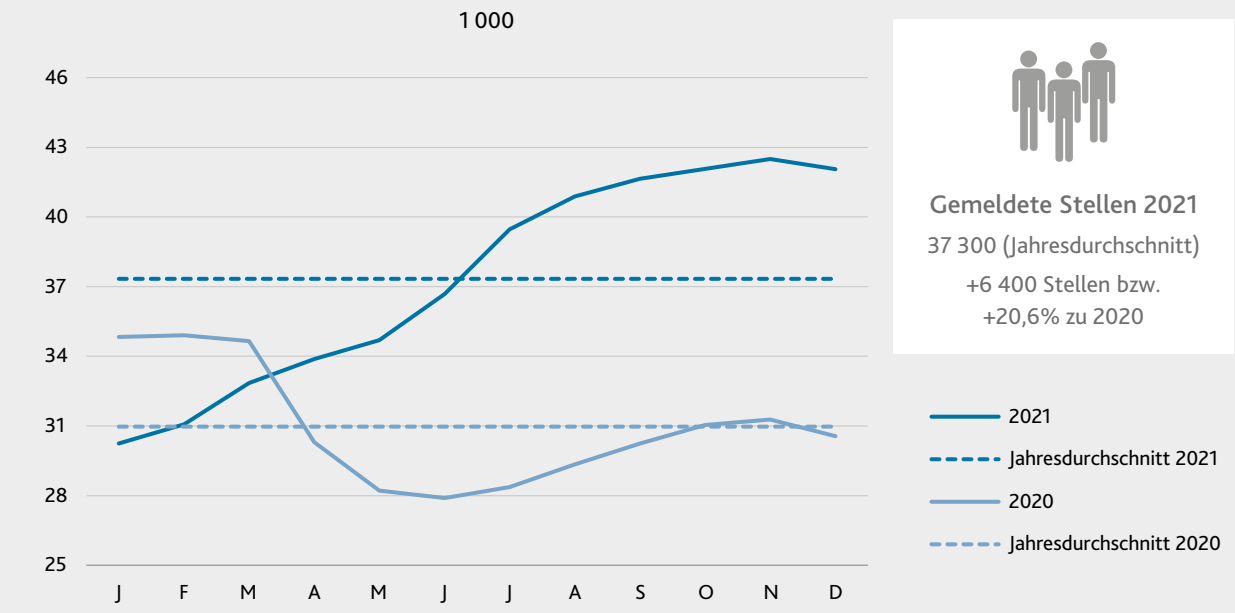
Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos

Trotz der insgesamt verbesserten Arbeitsmarktlage hat sich die Situation in einem Teilbereich weiter verschärft. Im Jahr 2021 wurden rund 40 900 Personen als langzeitarbeitslos eingestuft. Hierzu zählen Arbeitslose, die mindestens ein Jahr ohne Arbeit sind. Ihre Zahl nahm das zweite Jahr in Folge deutlich zu; 2021 erhöhte sie sich um 26 Prozent. Die Langzeitarbeitslosen machten mit 36 Prozent mehr als ein Drittel der gesamten Arbeitslosen aus. Bundesweit war ihr Anteil mit 39 Prozent noch etwas höher und ihre Zahl stieg ebenfalls um 26 Prozent.

57 Prozent haben nur Anspruch auf Grundsicherung

Von den Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz erhielten rund 48 600 Personen bzw. 43 Prozent Arbeitslosengeld über die Arbeitslosenversicherung (ALG I). In Deutschland beträgt der Anteil 38 Prozent. Der größere Teil der Arbeitslosen (63 500 Personen bzw. 57 Prozent) hatte nur einen Anspruch auf Grundsicherung und bezog Arbeitslosengeld II (ALG II bzw. „Hartz IV“). In Deutschland lag der Anteil bei 62 Prozent. Während die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher von ALG II in Rheinland-Pfalz um 2,3 Prozent zunahm, sank die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von ALG I um 13 Prozent.

G7 Gemeldete Stellen 2020 und 2021 nach Monaten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote bei Ausländerinnen und Ausländern dreimal höher

Im Berichtsjahr waren 32 100 Ausländerinnen und Ausländer arbeitslos gemeldet.[2] Das waren 29 Prozent aller Arbeitslosen (Deutschland: 30 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Arbeitslosen in dieser Personengruppe um 4,1 Prozent (Deutschland: –1,6 Prozent). Die Arbeitslosenquote bei Ausländerinnen und Ausländern nahm um 1,2 Prozentpunkte auf zwölf Prozent ab. Die Quote ist dreimal so hoch wie bei Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft (vier Prozent).

Weniger Unterbeschäftigung als im Vorjahr

Ein umfassenderes Bild von fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten in einer Volkswirtschaft zeigt das Konzept der Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus besitzen (u. a. kurzfristig erkrankte Personen). Im Berichtsjahr traf das nach vorläufigen Berechnungen auf rund 31 800 Personen zu, sodass insgesamt 143 900 Personen unterbeschäftigt waren. Der Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) bleibt mit 78 Prozent auf einem hohen Niveau. Die Zahl der Unterbeschäftigten nahm im Vergleich zum Vorjahr um 7 800 Personen bzw. 5,1 Prozent ab (Deutschland: –3,4 Prozent).

Zahl der gemeldeten Stellen steigt um 21 Prozent

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein Indikator für die Ausschöpfung des Arbeitsangebotes. Demgegenüber ist die Zahl der zur Vermittlung gemeldeten freien Arbeitsstellen ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeit. Es ist zu beachten, dass der Bundesagentur für Arbeit nicht alle offenen Stellen gemeldet werden. Daher bilden die gemeldeten Arbeits-

2 Die Zählweise von Ausländerinnen und Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe", sondern zu den Ausländerinnen und Ausländern gezählt.

stellen nur einen Teil der freien Stellen ab, für die Arbeitskräfte nachgefragt werden. Im Berichtsjahr wurden im Jahresdurchschnitt 37 300 offene Arbeitsstellen gemeldet. Das sind 6 400 Stellen bzw. 21 Prozent mehr als im Vorjahr (Deutschland: +15 Prozent). Dabei nahm die Zahl der gemeldeten Stellen im Jahresverlauf zu. Waren es im Januar nur 30 200, so erhöhte sich die Zahl in den folgenden Monaten stetig. Der Höchst-

Erwerbstätigenrechnung, Beschäftigungs- und Arbeitslosenstatistik

Zur Darstellung der Erwerbstätigkeit stehen verschiedene Datenquellen zur Verfügung: Bei der Erwerbstätigenrechnung handelt es sich um ein Rechenwerk des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder", in das alle verfügbaren erwerbsstatistischen Datenquellen für die laufende Berechnung von Erwerbstätigenzahlen auf Länder- und Kreisebene einfließen. Die Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung sind Quartals- bzw. Jahresdurchschnittsangaben für Erwerbstätige am Arbeitsort (Inlandskonzept).

Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik über sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte werden von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt. Auf der Basis der Meldungen zur Sozialversicherung wird vierteljährlich mit sechs Monaten Wartezeit die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ermittelt. In diesem Bericht sind die Stichtagsergebnisse der sozialversicherungspflichtig gemeldeten Beschäftigten am Arbeitsort am 30. Juni 2021 dargestellt.

Ebenfalls von der Bundesagentur für Arbeit wird die Statistik über Kurzarbeit, Arbeitslosenstatistik und die Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen erstellt. Bei den Daten zur Kurzarbeit handelt es sich um Monatszahlen, bei den Daten zur Arbeitslosigkeit um Monatszahlen und Jahresdurchschnittswerte.

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2021 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2021", die am 30. März 2022 erschienen ist. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse aus der Analyse vorgestellt.

Titelfoto: © Mongkolchon – stock.adobe.com

stand wurde mit 42 500 gemeldeten Stellen im November erreicht. Trotz des starken Anstiegs war die Nachfrage geringer als vor der Pandemie. Im Jahresdurchschnitt wurden 5,5 Prozent weniger offene Stellen gemeldet als 2019. Dabei könnte auch eine Rolle spielen, dass während einer unsicheren Arbeitsmarktlage weniger Menschen ihren Arbeitsplatz wechseln und infolge der geringeren Fluktuation auch weniger Stellen nachzubesetzen sind.

Bei den freien Stellen handelte es sich fast ausschließlich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse (98 Prozent). Wie im Vorjahr wurden kaum Stellen für geringfügige Beschäftigung gemeldet. Die Unternehmen suchten hauptsächlich Vollzeitbeschäftigte. Der Anteil der gemeldeten Teilzeitstellen betrug nur 14 Prozent. Zudem betrafen die meisten gemeldeten Arbeitsstellen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse; im Berichtsjahr waren es 89 Prozent.

Gemeldete Stellen betreffen überwiegend unbefristete Beschäftigungsverhältnisse

Moritz Hohlstein, Volkswirt M.Sc., ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz

Teil II: Soziodemografisches Profil von Wohnungsnotfällen 2020

Von Markus Elz

Das soziodemografische Profil von Wohnungsnotfällen in Rheinland-Pfalz ist kein verkleinertes Abbild der gesamten Gesellschaft. Vielmehr lassen sich einige Risikogruppen ausmachen, deren Charakteristika in diesem Beitrag auf Grundlage der Ergebnisse der freiwilligen Wohnungsnotfallstatistik 2020 dargestellt werden. Sie können eine Grundlage für ein zielgerichtetes sozialpolitisches Handeln bilden können.

Teil I: Rückblick

Der erste Teil dieses Beitrags[1] stellte das Erhebungskonzept der freiwilligen Wohnungsnotfallstatistik Rheinland-Pfalz der Jahre 2017 bis 2020 vor. Unter anderem wurden dabei Einschränkungen hinsichtlich der Repräsentativität der Daten – insbesondere mit Blick auf die zeitliche wie regionale Vergleichbarkeit – herausgearbeitet, die bei der Interpretation zu berücksichtigen sind. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Erhebung 2020 vorgestellt und sukzessive ein Profil der Menschen mit Wohnungsnot in Rheinland-Pfalz herausgearbeitet.

Staatsangehörigkeit von Wohnungsnotfällen[2]

Wohnungsnotfälle mit deutschem Pass unterrepräsentiert

Lediglich rund 39 Prozent der 2020 gemeldeten Wohnungsnotfälle verfügten über die deutsche Staatsbürgerschaft, während der Anteil deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in der erwachsenen Gesamtbevölkerung[3] bei fast 89 Prozent lag.

Methodische Einflussfaktoren

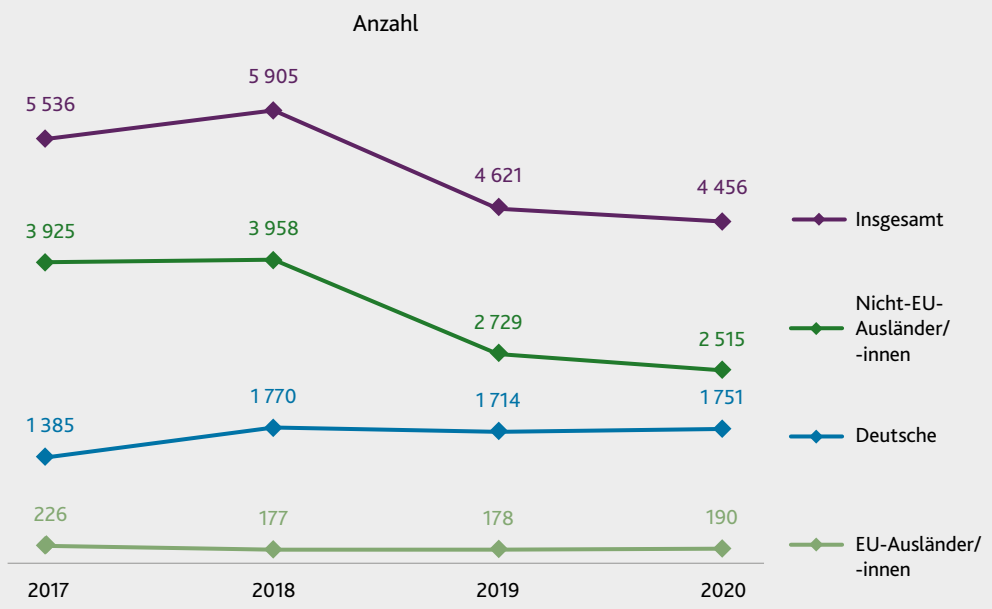
Die Betrachtung der zeitlichen Entwicklung der absoluten Anzahl der Personen mit deutschem Pass zeigt lediglich zwischen 2017 und 2018 einen deutlichen Anstieg von 1390 auf 1770 Personen (+28 Prozent). Neben einer tatsächlichen Zunahme der Betroffenheit von Wohnungslosigkeit unter Deutschen müssen zwei methodische Gründe als mögliche Erklärung für diese Entwicklung angeführt werden: die deutliche Steigerung der Rücklaufquote sowie die Ausweitung des Berichtskreises der freien Träger. Dieser Störfaktor muss aufgrund der (bisherigen) Freiwilligkeit der Erhebung bei der Interpretation der Ergebnisse immer berücksichtigt werden.

1 Elz, M.: Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz – Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3/2022, S. 172–185.

2 Bezüglich der Nationalität liegen nur Angaben für Personen über 18 Jahre vor. In der Auswertung wurden zudem nur gültige Angaben zur Nationalität berücksichtigt.

3 Bevölkerung zum 31.12.2019 als aktuellste zum Zeitpunkt der Berichtserstellung vorliegende Angabe der Nationalität.

G1 Wohnungsnotfälle[1] 2017–2020 nach Nationalität



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

56 Prozent der Wohnungsnotfälle mit Nicht-EU-Staatsbürgerschaft

Mehr als die Hälfte der gemeldeten erwachsenen Wohnungsnotfälle (56 Prozent) besaßen die Staatsbürgerschaft eines Landes außerhalb der EU. Weitere vier Prozent hatten einen Pass eines anderen EU-Mitgliedstaates. Hier dürften nach wie vor die starken Zuwanderungsbewegungen der vergangenen Jahre eine Rolle spielen.[4] In den Erhebungen 2017 und 2018 war dieser Sondereffekt besonders ausgeprägt und die Kommunen meldeten jeweils über 3 900 Nicht-EU-Ausländer in kommunalen Unterkünften.

Zuwanderungsbewegungen ab 2015 beeinflussen Zahlen maßgeblich

Zum Zeitpunkt der Erhebung 2019 hatten vermutlich einige anerkannte Asylbewerberinnen und Asylbewerber bereits eigenen Wohnraum gefunden, sodass sich die gemeldeten Wohnungsnotfälle in dieser Gruppe gegenüber der Vorerhebung deutlich um 1 230 Personen bzw. rund 31 Prozent reduzierten.

Zwischen den Berichtsjahren 2019 und 2020 verlor diese rückläufige Entwicklung an Dynamik und im Ergebnis konnte weiterhin eine nicht unerhebliche Anzahl der Betroffenen auf dem freien Markt keinen eigenen Wohnraum beziehen.

Relativ mehr weibliche Wohnungsnotfälle mit ausländischer Staatsangehörigkeit

Ein Blick auf die Verteilung der Staatsangehörigkeit nach Geschlecht verrät, dass der Anteil der Ausländerinnen (EU- und Nicht-EU) unter den erwachsenen wohnungslosen Frauen mit 66 Prozent etwas höher ist als der Ausländeranteil unter den erwachsenen wohnungslosen Männern (58 Prozent), wenngleich absolut betrachtet mehr Männer ohne deutschen Pass gemeldet wurden als Frauen.

4 Vgl. Elz, M.: Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz – Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3/2022, S. 172–185.

Die regionale Verteilung der Nationalitäten zeigt, dass die Überrepräsentierung nichtdeutscher Wohnungsnotfälle in den Landkreisen (Anteil 72 Prozent) deutlich ausgeprägter ist als in den – tendenziell urban geprägten – kreisfreien Städten (Anteil 42 Prozent). Dies erscheint nicht zuletzt angesichts der ungleichen Infrastrukturausstattung sowie der ungleichen sozialen Integrationschancen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten von Bedeutung. Auch die regionale Verteilung innerhalb der Gruppe der Deutschen bzw. der Ausländerinnen und Ausländer belegt, dass sich wohnungslose Ausländerinnen und Ausländer etwas stärker auf die Landkreise konzentrieren, während Wohnungsnotfälle mit deutschem Pass häufiger in einer der kreisfreien Städte zu finden sind.

Ausländische Wohnungsnotfälle im urbanen Raum unterrepräsentiert ...

So leben sieben von zehn wohnungslosen Ausländerinnen bzw. Ausländern (73 Prozent) in einem der rheinland-pfälzischen Landkreise, drei von zehn (27 Prozent) hingegen in einer kreisfreien Stadt. Von allen in Rheinland-Pfalz lebenden erwachsenen Ausländerinnen und Ausländern sind hingegen nur etwa sechs von zehn Personen (59 Prozent) in einem Landkreis und vier von zehn Personen (41 Prozent) in einer kreisfreien Stadt beheimatet.[5]

... Wohnungsnotfälle mit deutschem Pass hingegen vergleichsweise häufig in Städten

Ein gegenteiliges Bild stellt sich den deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Sie verteilen sich in ganz Rheinland-Pfalz in einem Verhältnis von etwa eins zu drei zwischen den kreisfreien Städten (25 Prozent) und den Landkreisen (75 Prozent). Die wohnungslosen Deutschen konzentrieren sich hingegen stärker in den Städten (57 Prozent) als in den Landkreisen (43 Prozent).

5 Bevölkerungstand 31.12.2019.

Anerkannte Flüchtlingsfamilien mit (jungen) Kindern in kommunaler Unterbringung prägen die Datenlage

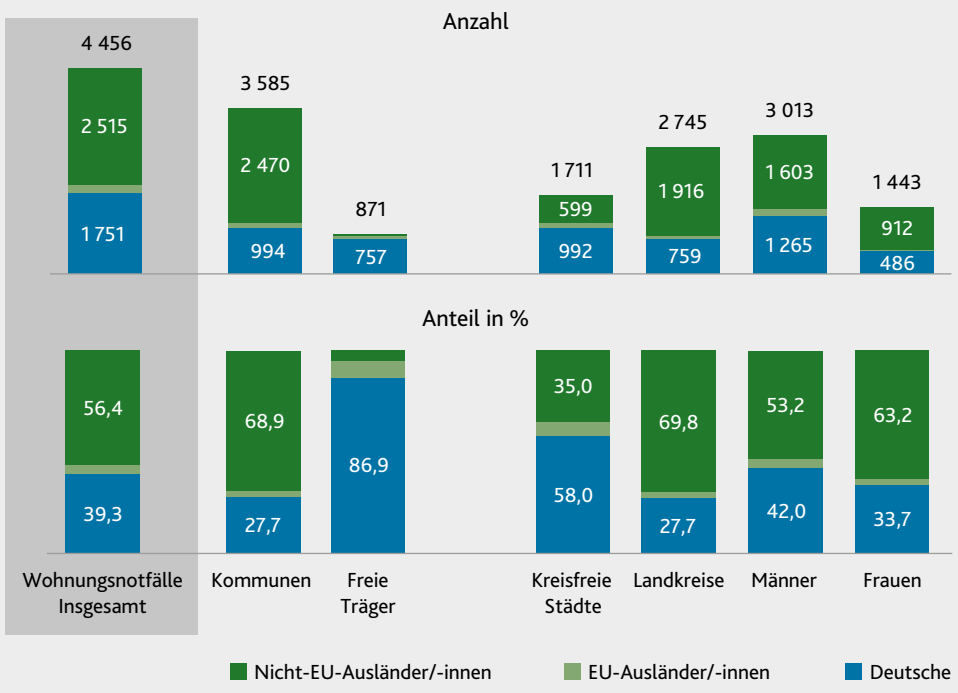
Wenn gleich die als Summendaten erhobenen Informationen keine vertieften Auswertungen zulassen, stützen die Zahlen zur regionalen sowie geschlechtsspezifischen Verteilung der Staatsangehörigkeit jedoch die These, dass die ersten vier Erhebungsrunden maßgeblich durch den Sondereffekt der Flüchtlingsbewegungen geprägt wurden. Hierbei handelte es sich um eine große Anzahl nichtdeutscher Familien – sehr häufig bestehend aus Mutter, Vater sowie (jungen) Kindern – die auf alle Kommunen des Landes (gleichmäßig) verteilt wurden und nach Anerkennung des Asylstatus als Wohnungsnotfälle gezählt wurden.

Diese Überlegung wird bei Betrachtung der Staatsangehörigkeit nach Art der meldenden Stelle weiter gestärkt: Relativ gesehen wurden wohnungslose Ausländerinnen und Ausländer zum Erhebungsstichtag deutlich seltener von den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe – diese sind vor allem in urbanen Gebieten vertreten – gemeldet, stattdessen wurden sie vornehmlich aus kommunaler Unterbringung heraus erfasst. Konkret hatten fast 87 Prozent der von freien Trägern der Wohnungslosenhilfe gemeldeten Fälle einen deutschen Pass; gegenüber lediglich knapp 28 Prozent bei den Kommunen.

Korrektur des Flüchtlingseffekts über die Angaben zur meldenden Stelle

Um dem vermutlich sehr starken Einfluss der anerkannten Flüchtlinge auf das Gesamtergebnis Rechnung zu tragen, wird in den nachfolgenden Auswertungen – soweit dies die Datensatzstruktur zulässt – auch nach der Art des Trägers unterschieden. Eine direkte Differenzierung auf Basis der gemeldeten Nationalität ist nicht möglich, da dieses Merkmal nur bei erwachsenen Personen erhoben wurde und dieses zudem aufgrund der Summensatzstruktur nicht mit

G2 Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Nationalität, Art des Trägers, Verwaltungsbezirken und Geschlecht



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

jedem weiteren Merkmal verknüpfbar ist. Sämtliche Auswertungen, die ausschließlich auf Meldungen der freien Träger beruhen, könnten so dabei helfen, einen weniger stark verzerrten Eindruck über das soziodemografische Profil von Wohnungsnotfällen außerhalb von Flüchtlingsfamilien bzw. in den Jahren vor 2015 zu vermitteln. Hierbei handelt es sich um Personen, die zum Stichtag nicht polizei- bzw. ordnungsrechtlich untergebracht waren, sondern ausschließlich ein stationäres oder ambulantes Angebot der freien Träger der Wohnungslosenhilfe wahrgenommen haben.[6]

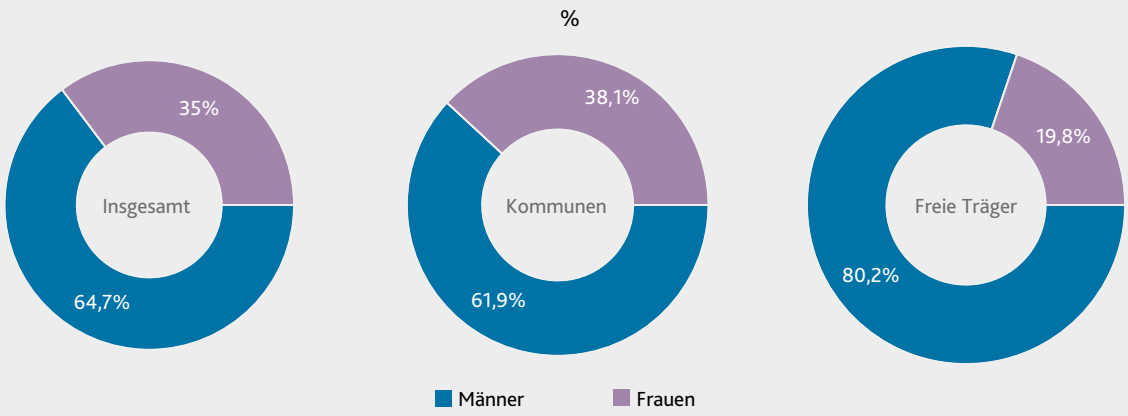
6 Elz, M.: Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz – Teil I: Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3/2022, S. 172–185. Hier finden Sie eine ausführlichere Erläuterung der erfassten Personen.

Geschlechter- und Altersstruktur: mehr Männer in Wohnungsnot

Wohnungsnotfälle sind häufiger männlich – insbesondere bei Meldungen der freien Träger

Werden die von den Kommunen und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe gemeldeten Personen insgesamt betrachtet, so sind knapp zwei Drittel (65 Prozent) Männer, nur in jedem dritten Fall (35 Prozent) handelt es sich um eine Frau. Während sich diese Geschlechterstruktur auch in den Meldungen der Kommunen widerspiegelt (62 Prozent Männer; 38 Prozent Frauen), wurden von den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe deutlich mehr Personen männlichen Geschlechts gemeldet (80 Prozent). Der höhere Männeranteil ist in allen Altersgruppen beobachtbar. Allerdings schwankt der Wert bei den Meldungen der Kommunen zwischen lediglich 56 Prozent (Personen unter 18 Jahre) und 73 Prozent (Personen

G3 Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Geschlecht und Art des Trägers



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

von 21 bis unter 25 Jahren); bei den freien Trägern fällt die Spannbreite mit den Grenzen von 59 Prozent (Personen von 18 bis unter 21 Jahren) und 88 Prozent (Personen von 40 bis unter 50 Jahren) deutlich größer aus.

Der Vergleich der Altersstrukturen von gemeldeten Wohnungsnotfällen und der Gesamtbevölkerung unterstreicht, dass im Jahr 2020 überdurchschnittlich viele Minderjährige gemeldet wurden. Eine von vier Personen hatte zum Stichtag das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet. In der Gesamtbevölkerung betrug dieser Anteil hingegen lediglich 16 Prozent. Die meisten dieser Minderjährigen leben in einer Familie. Lediglich in zwei der insgesamt 1501 Fälle bildeten die Minderjährigen einen eigenen Haushalt, d. h. sie waren nicht mit ihren Eltern untergebracht, sondern lebten und wirtschafteten für sich. Diese Zahlen werden maßgeblich von den Meldungen der Kommunen geprägt.

Altersgruppen bis 30 Jahre bei Kommunen stärker als bei freien Trägern besetzt

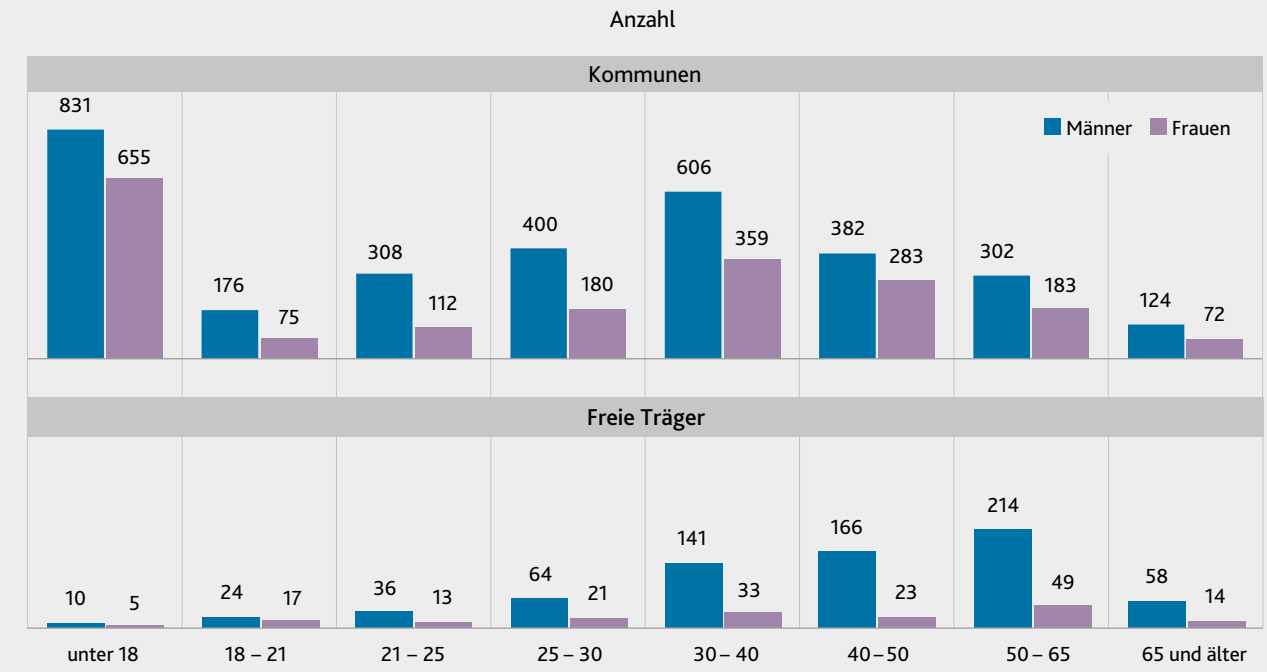
Minderjährige Personen werden fast ausschließlich von Kommunen gemeldet und machen dort rund 29 Prozent aller Fälle aus; bei freien Trägern liegt dieser Wert bei lediglich 1,7 Prozent. Aber auch die folgenden Alterskohorten bis 30 Jahre sind relativ betrachtet bei den polizei- bzw. ordnungsrechtlich untergebrachten Personen stärker besetzt. Die insgesamt deutlich jüngere Altersstruktur der kommunalen Meldungen dürfte wiederum maßgeblich von der Altersstruktur der Flüchtlingsfamilien mit jungen Kindern geprägt sein. Eine abschließende Validierung der These ist jedoch aufgrund der Summensatzstruktur wiederum nicht möglich.

Wohnungsnotfälle treten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportional häufig bis zum 50. Lebensjahr auf

Alle Altersgruppen bis zu den unter 50-jährigen sind von den Wohnungsnotfällen anteilig stärker besetzt als in der Gesamtbevölkerung. Die Altersgruppen ab 50 Jahren sind hingegen schwächer vertreten. Besonders selten sind Wohnungslose in der Gruppe der 65-jährigen und Älteren zu finden. Während lediglich 4,5 Prozent der gemeldeten Personen mit Angaben zum Lebensalter dieser Altersklasse zuzuordnen waren, lag dieser Anteil in der Gesamtbevölkerung mit 22 Prozent deutlich darüber.

Werden hingegen ausschließlich die Meldungen der freien Träger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung betrachtet, zeigt sich eine Unterrepräsentation von Minderjähri-

G4 Gemeldete Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Geschlecht, Alter und Art des Trägers



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

Mit Alter steigende Fallzahlen bei freien Trägern bis zur Gruppe der 50- bis 65-Jährigen

gen. Für die nachfolgenden Altersgruppen ist auch hier eine Überrepräsentation zu beobachten, die bis zur Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen mit steigendem Alter zunimmt. Diese Entwicklung ist maßgeblich von den mit dem Alter steigenden Fallzahlen von männlichen Wohnungsnotfällen geprägt.

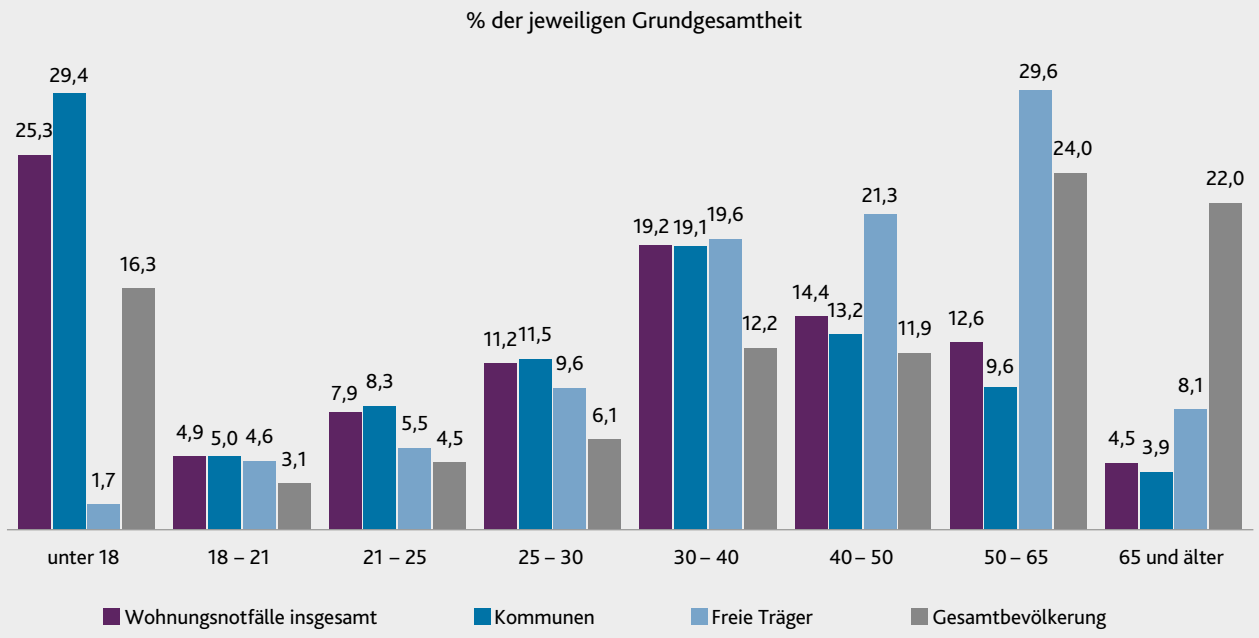
Lebens- und Haushaltsformen – häufig Alleinstehende betroffen

Über die Lebens- und Haushaltsstrukturen können nachfolgend keine zusammenfassenden Ergebnisse über alle erfassten Wohnungsnotfälle hinweg dargestellt werden, da dieser Sachverhalt von den Fragebögen für die Kommunen bzw. die freien Träger der Wohnungslosenhilfe einmal ausschließlich auf Haushaltsebene (Kommunen) und einmal ausschließlich auf Individualebene (freie Träger) erfasst wurde.

Kommunen melden zu 60 Prozent Einpersonenhaushalte

Den häufigsten Haushaltstyp der insgesamt 2 417 kommunal und ordnungsrechtlich erfassten Haushalte mit gültigen Angaben zur Haushaltsstruktur bildeten zum Stichtag 30. September 2020 Einpersonenhaushalte. In fast 60 Prozent aller Fälle handelte es sich um Alleinstehende ohne Kinder, darunter erheblich mehr Männer als Frauen. Rund ein Viertel der Haushalte (26 Prozent) bestand aus Paarbeziehungen mit oder ohne Kinder, wobei die Haushalte mit Kindern (22 Prozent) deutlich überwogen. Auch hier muss davon ausgegangen werden, dass diese Angaben eine nicht unerhebliche Anzahl anerkannter Flüchtlingsfamilien mit Kindern in kommunaler Obhut beinhalten. Eine detaillierte Analyse ist hierzu jedoch aufgrund der Beschränkung auf Summendatensätze nicht möglich. Weitere 5,3 Prozent der polizei- bzw. ordnungsrechtlich

G5 Altersstruktur der gemeldeten Wohnungsnotfälle[1] und der Gesamtbevölkerung 2020 nach Art des Trägers und Alter



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

erfassten Haushalte waren anderweitigen Lebensformen zuzuordnen (z. B. Mehrgenerationenhaushalten, Wohngemeinschaften oder zusammenlebenden Geschwistern).

Ein Drittel der kommunal gemeldeten Haushalte hat Kinder

Insgesamt lebten in fast einem Drittel (31 Prozent) der Haushalte zum Stichtag Kinder. Für die Haushalte in anderweitigen Haushaltsstrukturen können hierzu keine gesicherten Angaben gemacht werden.

Für die freien Träger können aufgrund der Fragebogengestaltung lediglich Angaben auf Personenebene ausgewiesen werden. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich dabei auf 784 Personen, bei denen zum 30. September 2020 Informationen zur Haushaltsstruktur gemeldet wurden; entsprechend wurde im Fall von 105 Personen bzw. 11,8 Prozent hierzu keine Angabe gemacht.

Neun von zehn Kontakten der freien Träger sind Alleinstehende …

Demnach stellten Alleinstehende ohne Kinder mit einem Anteil von 88 Prozent, wie schon bei den kommunal und ordnungsrechtlichen Meldungen, den am häufigsten auftretenden Haushaltstyp dar; auch hier anteilig mehr Männer als Frauen.

Fast alle von den freien Trägern gemeldeten Personen (95 Prozent) lebten ohne einen Partner entweder als alleinstehende oder als alleinerziehende Person. Paarbeziehungen lagen nur in 2,7 Prozent der Fälle vor; die restlichen Personen (zwei Prozent) lebten in einer sonstigen Haushaltsform.

… davon lediglich sieben Prozent mit Kindern

Unterschiede zu den kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachten Wohnungsnotfällen ergeben sich auch hinsichtlich der Kinder in den Haushalten. Lediglich 7,4 Prozent der gemeldeten Personen gaben an, mit Kindern in einem Haushalt zu leben.

Überwiegend Alleinstehende betroffen

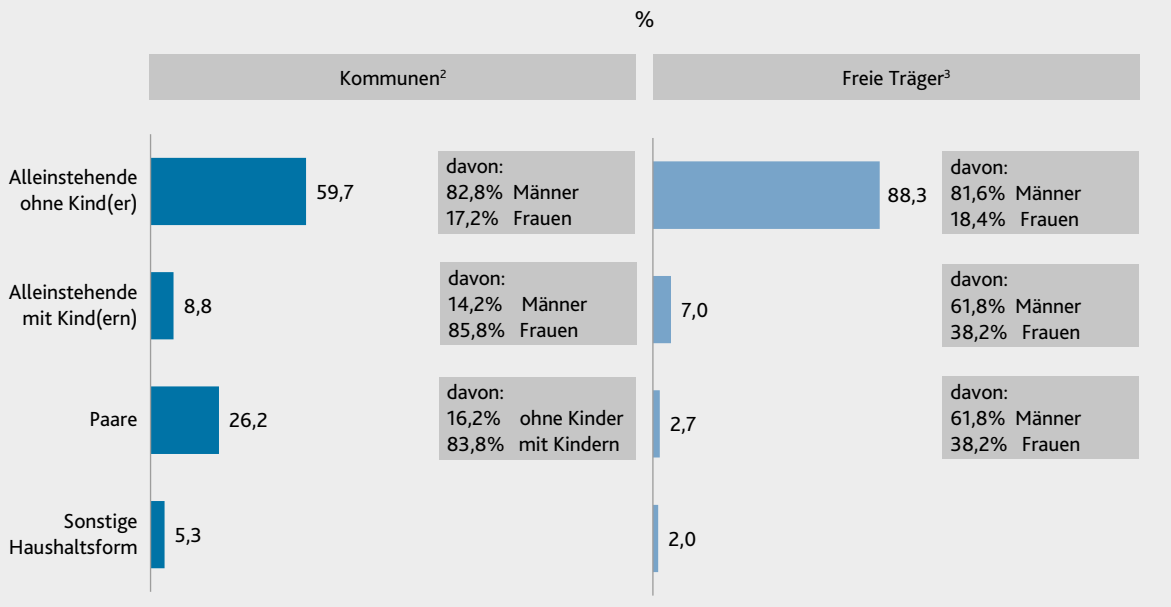
Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass nur eine Minderheit der Wohnungsnotfälle in einer Paarbeziehung bzw. mit Kindern oder in anderweitigen Haushaltsformen zusammenlebt. Überwiegend handelt es sich um Alleinstehende, die ihren Alltag ohne einen Partner bewältigen müssen, mehrheitlich männlichen Geschlechts. Besonders ausgeprägt ist dieser Sachverhalt mit Blick auf die Meldungen der freien Träger, da hier der Sondereffekt von Flüchtlingshaushalten nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfte.

Einkommens- und Erwerbssituation als wichtige Determinante für Wohnungslosigkeit

Zu den wichtigsten Ursachen von Wohnungslosigkeit zählt der dauerhafte (Teil-) Verlust des eigenen Einkommens (z. B. in Folge von Langzeitarbeitslosigkeit). Umgekehrt setzt die Möglichkeit, aus eigener Kraft einen geeigneten Wohnraum zu finden, ein geregeltes Einkommen – und in diesem Zusammenhang in der Regel auch eine entsprechende Arbeitsstelle – voraus. Die jeweilige Erwerbs- und Einkommenssituation zählt damit zu einer wichtigen Determinante sowohl für den Eintritt als auch für den Wiederaustritt aus der Wohnungslosigkeit. Besonders prekär stellt sich die materielle Lage vor diesem Hintergrund für diejenigen Wohnungslosen dar, die ihr Leben ohne jegliches Einkommen bestreiten, d. h. ihre Grundversorgung mit dem Notwendigsten allein durch Unterstützung ihrer Mitmenschen sicherstellen müssen.

Zum Stichtag traf dies auf 6,3 Prozent der gemeldeten Wohnungsnotfälle zu, zu denen eine gültige Angabe zum überwiegenden Lebensunterhalt vorlag; bei den Antworten der freien Träger fiel dieser Wert mit 7,8 Pro-

G6 Haushaltsstruktur der Wohnungsnotfälle 2020 nach Art der meldenden Stelle



1 Nur Personen mit gültigen Angaben. – 2 Kommunen: Abfrage auf Haushaltsebene. – 3 Freie Träger: Abfrage auf Personenebene.

80 Prozent der Wohnungsnotfälle beziehen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch

zent etwas höher aus. Der weitaus größte Teil der Wohnungsnotfälle (80 Prozent) bezog seinen überwiegenden Lebensunterhalt aus den sozialen Sicherungsleistungen des Sozialgesetzbuches. Im Einzelnen waren dies u. a. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (59 Prozent), Leistungen der Sozialhilfe (15 Prozent) sowie Rentenzahlungen (5,1 Prozent).

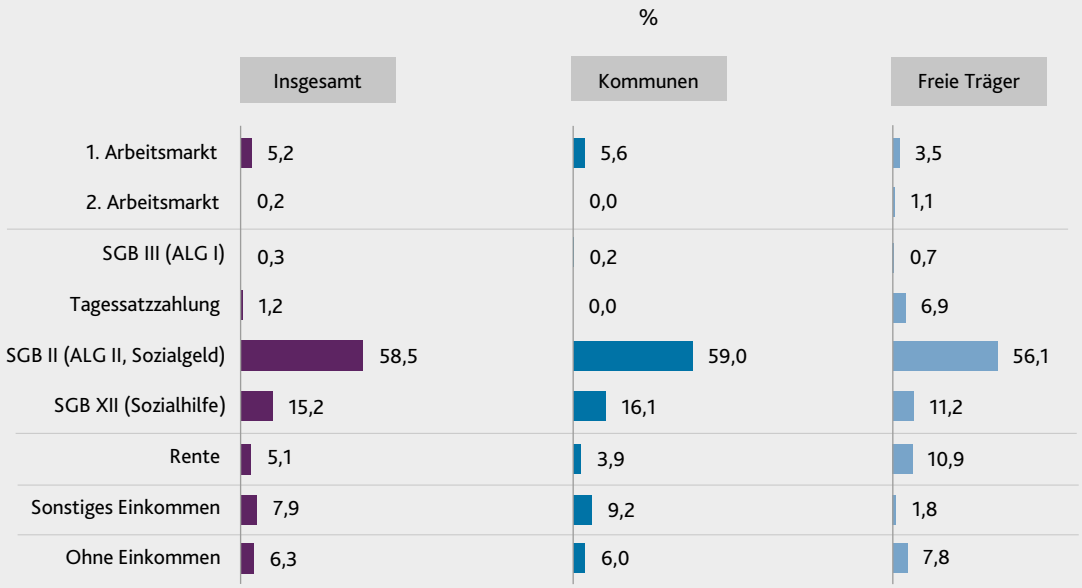
Für die von den freien Trägern gemeldeten Personen spielten zudem Tagessatzzahlungen eine Rolle. Wohnungsnotfälle weiblichen wie männlichen Geschlechts waren nahezu gleich häufig auf Leistungen aus den Sozialgesetzen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts angewiesen.

Abweichungen in der Rolle der Leistungen des Sozialgesetzes als primäre Einkommensquelle sind hingegen zwischen den kreisfreien Städten (90 Prozent) und den Landkreisen (75 Prozent) erkennbar. Hier sind es insbesondere das Arbeitslosengeld II bzw. das Sozialgeld, die in den kreisfreien Städten (75 Prozent) sehr viel häufiger beansprucht werden als in den Landkreisen (50 Prozent).

Unterschiede in den Einkommensquellen zwischen urbanem und ländlichem Raum

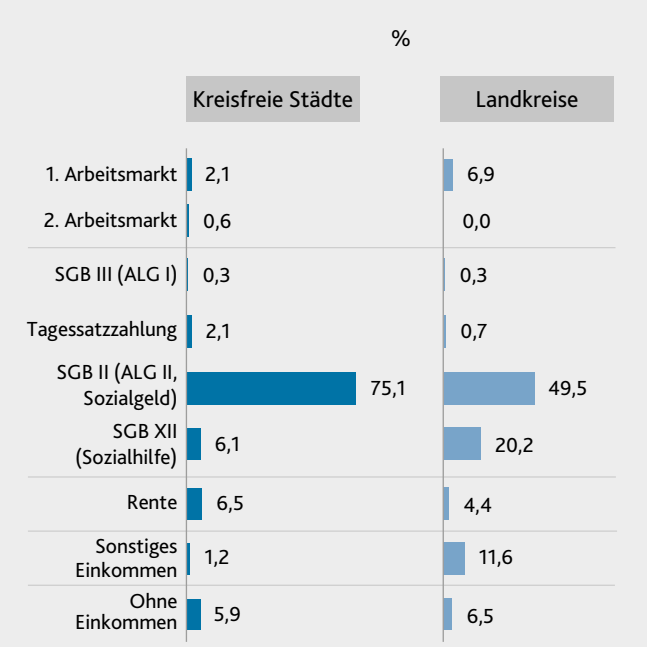
Umgekehrt verhält es sich dagegen im Fall der Sozialhilfe: Diese gaben nur 6,1 Prozent der Wohnungslosen in den kreisfreien Städten, jedoch 20 Prozent der von den Landkreisen gemeldeten Wohnungslosen als primäre Einkommensquelle an. Bei der Interpretation der – absolut wie relativ – hohen Werte beim Bezug von Leistungen des SGB II muss wiederum muss berücksichtigt werden, dass viele kommunal untergebrachte Personen mit erfolgreich abgeschlossenen Asylverfahren zunächst aus dem Anspruchskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes in den des SGB II wechseln.

G7 Primäre Einkommensquelle der Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Art des Trägers



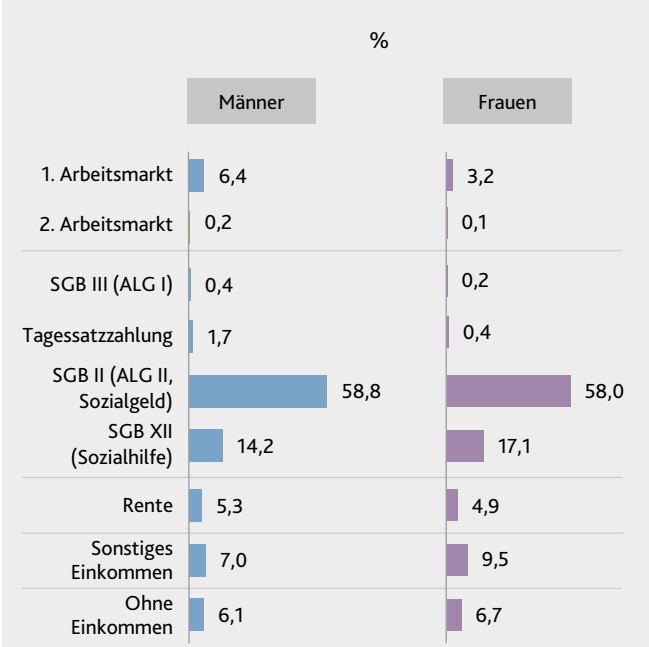
1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

G8 Primäre Einkommensquelle der Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Verwaltungsbezirken



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

G9 Primäre Einkommensquelle der Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Geschlecht



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

Arbeitsmarktintegration gelingt nur jedem zwanzigsten Wohnungsnotfall

Sein Einkommen durch eine Erwerbstätigkeit auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt zu erzielen, gelingt lediglich jedem zwanzigsten Wohnungsnotfall (5,4 Prozent). Männer kommen dabei auf eine höhere Quote (6,6 Prozent) als Frauen (3,3 Prozent). Die Integration in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt gelingt in den Landkreisen (6,9 Prozent) häufiger als in den kreisfreien Städten (2,7 Prozent). Insgesamt betrachtet zeigen die Ergebnisse jedoch sehr deutlich, dass Wohnungslose – weitestgehend unabhängig von Region und Geschlecht – von einem geregelten Erwerbsleben weitgehend exkludiert sind.

Darüber hinaus wurde für 7,9 Prozent der gemeldeten Wohnungslosen ein sonstiges primäres Einkommen angegeben. Insbesondere in den Landkreisen (11,6 Prozent) sind – anders als in kreisfreien Städten (1,2 Prozent) – weitere Bezugsquellen relevant.

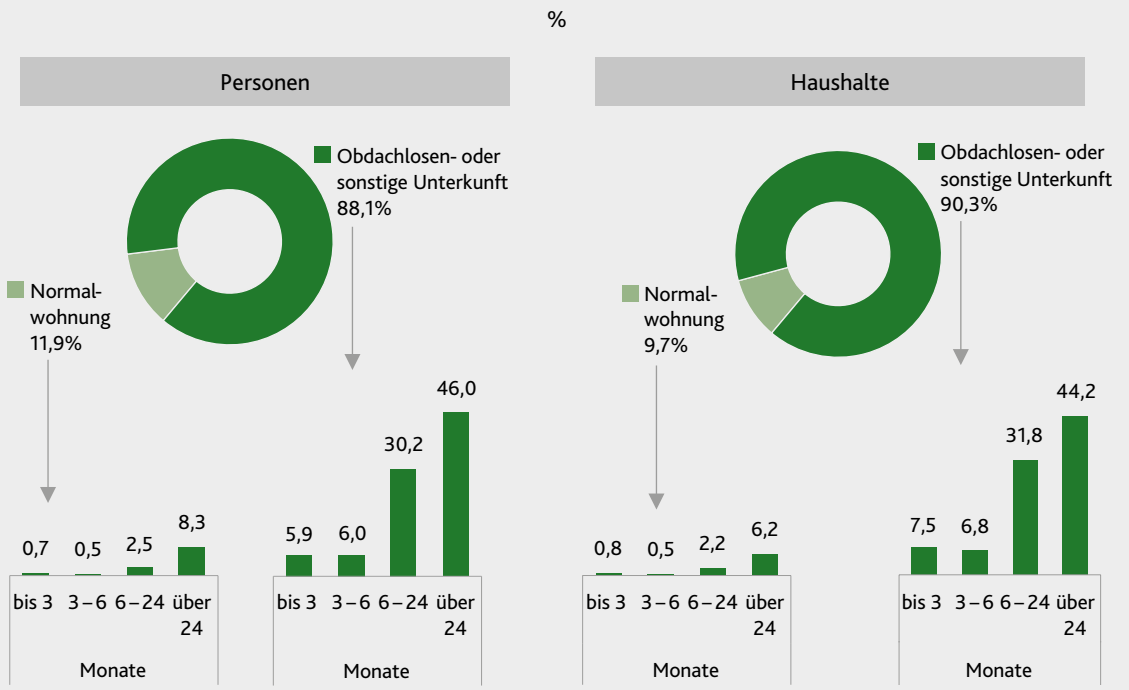
Unterbringungssituation – teilweise regionale und geschlechterspezifische Unterschiede

Unterschiede in Art der Unterkunft und Dauer

Angaben zur Unterbringungssituation der gemeldeten wohnungslosen Personen liegen für die kommunalen Berichtsstellen sowohl mit Blick auf die Art der Unterkunft als auch für die Unterbringungsdauer vor. Zudem kann zwischen der Personen- und der Haushaltsebene differenziert werden. Zur Unterkunftssituation der Meldungen durch die freien Träger können hingegen nur Aussagen zur Art der Unterkunft getroffen werden, sodass die Ergebnisse nachfolgend getrennt für die beiden Berichtsstellen ausgewiesen werden.

Von den 5 155 im Jahr 2020 kommunal und ordnungsrechtlich erfassten Personen lebten zum Stichtag 615 (zwölf Prozent) in einer Normalwohnung, 4 540 Personen (88 Pro-

G10 Unterbringung der kommunal (polizei- bzw. ordnungsrechtlich) erfassten Wohnungsnotfälle[1] sowie der betroffenen Haushalte 2020 nach Unterbringungsdauer



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

Kommunal- und ordnungsrechtliche Unterbringung überwiegend in Obdachlosen- und sonstigen Unterkünften

zent) waren dagegen in Obdachlosen- oder sonstigen Unterkünften (d. h. Baracken, Wohnheimen, Übergangswohnungen, als Unterkunft genutzte Hotels und Pensionen etc.) untergebracht. Länger als ein halbes Jahr wohnten 87 Prozent der betroffenen Personen in ihrer Unterkunft, rund 54 Prozent sogar länger als zwei Jahre.

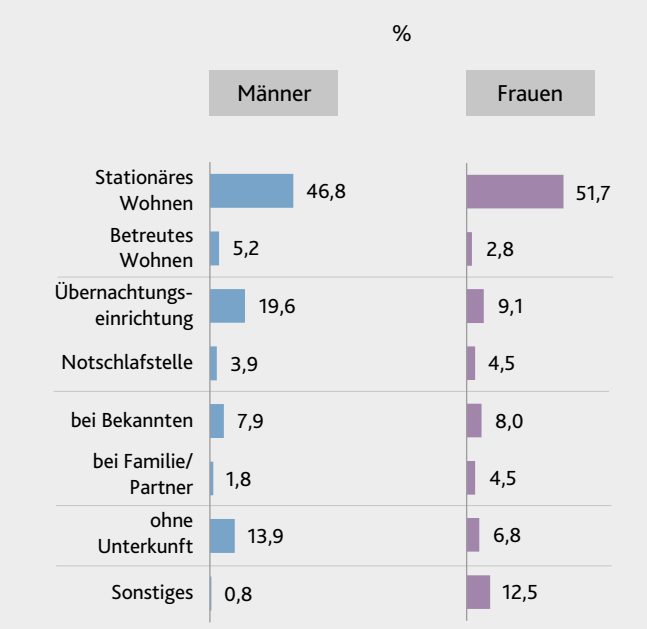
Kommunale Unterbringungsdauer oft für mehrere Jahre

Die Betrachtung der Unterbringungssituation auf Ebene der Haushalte zeigt, dass jeder zehnte der 2 418 wohnungslosen Haushalte (9,7 Prozent) in eine Normalwohnung eingewiesen werden konnte; 90 Prozent der Haushalte mussten dagegen mit einer Obdachlosen- oder sonstigen Unterkunft vorliebnehmen. Hinsichtlich der Unterbringungsdauer ergibt sich ein ähnliches Bild wie auf der Personenebene: Mehr als ein halbes Jahr verbrachten 84 Prozent der Haushalte in der ihnen zugewiesenen Unterkunft, 50 Prozent sogar länger als zwei Jahre.

Freie Träger: Unterbringung mehrheitlich in stationärem und betreutem Wohnen sowie Übernachtungseinrichtungen und Notschlafstellen

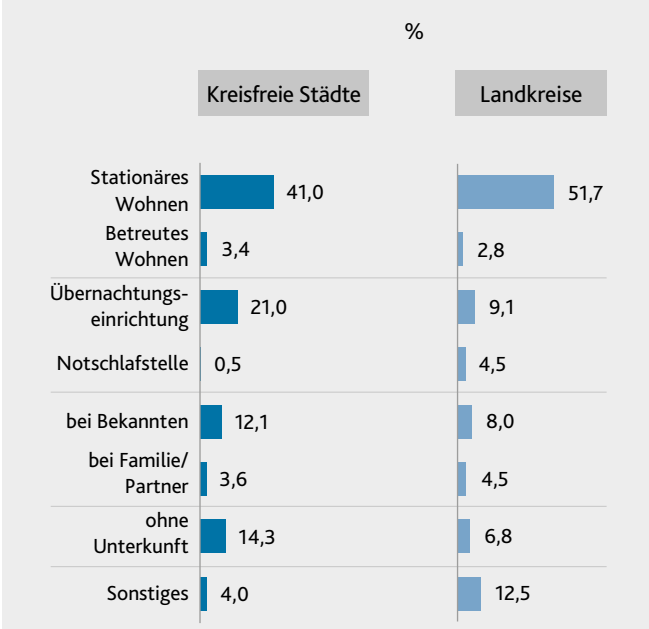
Auswertungen der Unterkunftssituation für die Meldungen der freien Träger weisen das stationäre und betreute Wohnen mit einem aggregierten Anteil von rund 53 Prozent als bedeutendste Unterkunftsart aus. Jede fünfte Person (22 Prozent) nutzt Übernachtungseinrichtungen und Notschlafstellen. Jedem zehnten Wohnungsnotfall (10,3 Prozent) gelang es, Unterstützung aus dem sozialen Umfeld (der Familie, dem Partner oder anderweitigen Bekannten) zu erhalten. Besonders prekär gestaltete sich die Wohnsituation dagegen für knapp 13 Prozent der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfälle, denen keinerlei Unterkunft zur Verfügung stand.

G11 Unterbringung der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Geschlecht



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

G12 Unterbringung der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfälle[1] 2020 nach Verwaltungsbezirken



1 Nur Personen mit gültigen Angaben.

Männer leben häufiger komplett ohne Unterkunft als Frauen

Zwischen den Geschlechtern sind Unterschiede in der Unterbringung beobachtbar: Männer nutzen öfter als Frauen Angebote von Übernachtungseinrichtungen sowie Notschlafstellen (24 Prozent gegenüber 14 Prozent). Zudem leben Männer (14 Prozent) häufiger komplett ohne Unterkunft als Frauen (6,8 Prozent).

Unterbringung bei Bekannten und Familie spielt nur in kreisfreien Städten eine Rolle

Zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen finden sich ebenfalls Unterschiede in der Art der Unterbringung der von freien Trägern gemeldeten Personen: In den Landkreisen leben diese Menschen häufiger in stationären Einrichtungen sowie betreutem Wohnen (68 Prozent gegenüber 44 Prozent in den kreisfreien Städten). Rund 14 Prozent der von freien Trägern gemeldeten Wohnungsnotfällen in kreisfreien Städten hat keine Unterkunft; in den Landkreisen liegt dieser Anteil bei lediglich 9,1 Prozent.

Darüber hinaus wurde die Unterbringung bei Bekannten oder der Familie bzw. bei der Partnerin bzw. dem Partner im Berichtsjahr 2020 ausschließlich bei Personen in den kreisfreien Städten genannt (16 Prozent).

Soziodemografisches Profil von Wohnungsnotfällen

Struktur der Wohnungsnotfälle stabil über die ersten vier Erhebungsjahre

Die hier dargestellten Ergebnisse zum Stichtag 31. September 2020 weisen – trotz Schwankungen in den Absolutwerten – gegenüber den Erhebungen 2017 bis 2019 nur geringfügige Veränderungen hinsichtlich der relativen soziodemografischen und sozioökonomischen Struktur der betroffenen Personen auf.

Kein verkleinertes Abbild der Gesellschaft

Die Zahlen machen deutlich, dass das Profil von Wohnungsnotfällen kein verkleinertes Abbild der rheinland-pfälzischen Gesellschaft ist. Vielmehr helfen die Daten

T1 Soziodemografisches Profil von Wohnungsnotfällen nach Trägerschaft 2020

Merkmal	Insgesamt		Art des Trägers				Geschlecht				Verwaltungsbezirk			
			Kommunen		Freie Träger		Männer		Frauen		Kreisfreie Städte		Landkreise	
	Anzahl	%[1]	Anzahl	%[1]	Anzahl	%[1]	Anzahl	%[1]	Anzahl	%[1]	Anzahl	%[1]	Anzahl	%[1]
Wohnungsnotfälle insgesamt	6 044	100	5 155	100	889	100	3 911	100	2 133	100	2 397	100	3 780	100
Alter in Jahren	5 936	100	5 048	100	888	100	3 842	100	2 094	100	2 389	100	3 702	100
unter 18	1 501	25,3	1 486	29,4	15	1,7	841	21,9	660	31,5	448	18,8	1 088	29,4
18 – 21	292	4,9	251	5,0	41	4,6	200	5,2	92	4,4	114	4,8	217	5,9
21 – 25	469	7,9	420	8,3	49	5,5	344	9,0	125	6,0	219	9,2	382	10,3
25 – 30	665	11,2	580	11,5	85	9,6	464	12,1	201	9,6	250	10,5	422	11,4
30 – 40	1 139	19,2	965	19,1	174	19,6	747	19,4	392	18,7	423	17,7	643	17,4
40 – 50	854	14,4	665	13,2	189	21,3	548	14,3	306	14,6	359	15,0	475	12,8
50 – 65	748	12,6	485	9,6	263	29,6	516	13,4	232	11,1	441	18,5	345	9,3
65 und älter	268	4,5	196	3,9	72	8,1	182	4,7	86	4,1	135	5,7	130	3,5
Staatsangehörigkeit[2]	4 456	100	3 585	100	871	100	3 013	100	1 443	100	1 942	100	2 679	100
Deutsche	1 751	39,3	994	27,7	757	86,9	1 265	42,0	486	33,7	1 028	52,9	686	25,6
EU-Ausländer/-in	190	4,3	121	3,4	69	7,9	145	4,8	45	3,1	100	5,1	78	2,9
Nicht-EU-Ausländer/-in	2 515	56,4	2 470	68,9	45	5,2	1 603	53,2	912	63,2	814	41,9	1 915	71,5
Primäre Einkommensquelle	5 061	100	4 177	100	884	100	3 258	100	1 803	100	1 860	100	3 141	100
Erster Arbeitsmarkt	264	5,2	233	5,6	31	3,5	207	6,4	57	3,2	84	4,5	177	5,6
Zweiter Arbeitsmarkt	10	0,2	0	0,0	10	1,1	8	0,2	2	0,1	11	0,6	6	0,2
SGB III (ALG I)	16	0,3	10	0,2	6	0,7	13	0,4	3	0,2	5	0,3	0	0,0
Tagessatzzahlung	61	1,2	0	0,0	61	6,9	54	1,7	7	0,4	45	2,4	49	1,6
SGB II (ALG II, Sozialgeld)	2 961	58,5	2 465	59,0	496	56,1	1 915	58,8	1 046	58,0	1 303	70,1	1 485	47,3
SGB XII (Sozialhilfe)	770	15,2	671	16,1	99	11,2	462	14,2	308	17,1	206	11,1	690	22,0
Rente	260	5,1	164	3,9	96	10,9	172	5,3	88	4,9	132	7,1	71	2,3
1-Euro-Job	12	0,2	3	0,1	9	1,0	12	0,4	0	0,0	1	0,1	7	0,2
Arbeit in Haft	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	1	0,0
Sonstiges Einkommen	388	7,7	381	9,1	7	0,8	216	6,6	172	9,5	14	0,8	445	14,2
ohne Einkommen	319	6,3	250	6,0	69	7,8	199	6,1	120	6,7	59	3,2	210	6,7

1 Anteil an den Personen mit (gültigen) Angaben zum jeweiligen Merkmal. – 2 Nur erwachsene Personen ab 18 Jahren bzw. ohne Altersangaben.

Risikogruppen zu identifizieren und können so als Grundlage für ein zielgerichtetes sozialpolitisches Handeln herangezogen werden.

Männer, Jüngere und Ausländer überrepräsentiert

Zu den überdurchschnittlich gefährdeten Personengruppen zählen insbesondere Männer, Jüngere sowie Ausländerinnen und Ausländer – die beiden letztgenannten Gruppen sehr wahrscheinlich aufgrund der nach wie vor großen Anzahl von anerkannten Flüchtlingsfamilien – häufig mit (jungen) Kindern – die sich nach wie vor in kommunaler Unterbringung befinden und bisher keinen Wohnraum über den freien Markt beziehen konnten.

Flüchtlingsfamilien oft mit jungen Kindern

Die Altersgruppen bis 50 Jahre sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überre-

Freie Träger melden mehrheitlich alleinstehende Personen

präsentiert. Werden nur die freien Träger betrachtet und somit der Einfluss der anerkannten Flüchtlinge ausgeklammert, sind mit dem Lebensalter steigende Fallzahlen bis hin zur Gruppe der 50- bis 65-Jährigen zu beobachten – insbesondere bei Männern. Mehrheitlich handelt es sich um alleinstehende Personen ohne Kinder; bei Meldungen der freien Träger ist dies mit einem Anteil von fast 90 Prozent fast ausschließlich der Fall.

Selten aktive Teilnahme der Betroffenen am Erwerbsleben

Die betroffenen Menschen nehmen nur in den wenigsten Fällen an einem aktiven Erwerbsleben teil, sondern beziehen ihr Einkommen primär aus Leistungen des Sozialgesetzbuches. Immerhin jede bzw. jeder Zwanzigste gibt zudem an, über keine eigene Einkommensquelle zu verfügen und somit von Dritten abhängig zu sein. Die polizei- bzw. ordnungsrechtliche Unterbringung erfolgt überwiegend in Obdachlosen- und anderen Unterkünften und selten mittels Normalwohnungen. Sehr häufig beläuft sich die (bisherige) Unterbringungsdauer auf mehrere Jahre.

Jeder zehnte gemeldete Wohnungsnotfall lebt „auf der Straße“

Für die Mehrheit der von freien Trägern gemeldeten Personen ist ebenfalls eine Unterbringung und zwar in Form von stationärem oder betreutem Wohnen sowie Übernachtungseinrichtungen und Notschlafstellen sichergestellt. In den eher urban geprägten kreisfreien Städten spielt zudem von Familie und Bekannten bereitgestellter Wohnraum eine Rolle. Für jede zehnte Person gestaltet sich die Lage besonders prekär, da zum Stichtag der Erhebung keinerlei Unterkunft zur Verfügung stand und sie somit „auf der Straße“ leben mussten.

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege“.

Info

In der März-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes erschien Teil I des Beitrags „Wohnungsnotfallberichterstattung Rheinland-Pfalz“ mit den Schwerpunkten Konzeption, Praxistest und Weiterentwicklung.

Rheinland-Pfalz: Weinland Nummer eins

In zehn Jahren deutlicher Zuwachs der betrieblichen Rebfläche

Von Dr. Pascal Kremer

Rheinland-Pfalz ist mit 63 600 Hektar Rebfläche das mit Abstand bedeutendste weinanbauende Bundesland in Deutschland. Rund elf Prozent bzw. 6 800 Hektar der rheinland-pfälzischen Rebfläche werden nach ökologischen Regelungen bewirtschaftet. Gegenüber 2010 hat sich diese Fläche fast verdoppelt. Sechs der insgesamt 13 deutschen Anbaugebiete gehören zu Rheinland-Pfalz: Rheinhessen, Pfalz, Mosel, Nahe, Mittelrhein und Ahr. Die insgesamt 6 500 Betriebe mit einer durchschnittlichen Rebflächenausstattung von 9,8 Hektar ernteten rund 6,1 Millionen Hektoliter Weinmost. Im Jahr 2010 bewirtschaftete ein durchschnittlicher Betrieb mit Rebflächen noch 6,8 Hektar. Der durchschnittliche Zuwachs an Rebflächen je Betrieb beträgt seit 2010 rund 45 Prozent. Gleichzeitig ist die Zahl der Betriebe um 31 Prozent bzw. 2 880 Betriebe zurückgegangen.

Neues Weinrecht stärkt Qualitätsgedanken

Stärkere Herkunftsprofilierung

Der Weinbau in Rheinland-Pfalz sieht sich aktuell mit grundlegenden Veränderungen konfrontiert. Zum einen wurde 2021 das Zehnte Gesetz zur Änderung des Weingesetzes als auch die neue Weinverordnung verabschiedet. Zusammen bilden sie den Ordnungsrahmen für eine stärkere Herkunftsprofilierung deutscher Weine. Damit wurde die Anpassung an geltendes EU-Recht und der Übergang vom „germanischen" (Einteilung nach gewachsener Qualität bzw. Mostgewicht) zum „romanischen" Bezeichnungsmodell, welches die Herkunft der Trauben in den Mittelpunkt stellt, vollzogen. Für die Qualität und Bezeichnung deutscher Weine ist nach den neuen weinrechtlichen Regelungen zukünftig entscheidend, woher die Trauben stammen. Der Grundsatz lautet: „Je enger die Herkunft, desto höher die Qualität". Dieser Leitsatz wird in Form einer differenzierten Herkunftspyramide umgesetzt: Darin bildet der „Deutsche Wein" die Basis, gefolgt von den Landweinen mit einer geschützten geografischen Angabe (g. g. A.) und den darüber liegenden Qualitäts- oder Prädikatsweinen mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung (g.U.). Innerhalb der g.U.-Weine gibt es eine weitere vierstufig aufgebaute Herkunftspyramide. Darin bilden Weine die Basis, deren Trauben aus dem gesamten Anbaugebiet stammen

können. Auf der nächsten Stufe stehen die Weine aus einer abgegrenzten Region, nach altem Recht die sogenannten „Bereiche" und „Großlagen". Der nächsten Stufe werden die Ortsweine zugeordnet. Die Trauben der Ortsweine stammen aus einer einzigen Gemeinde oder einem Ortsteil. Die Spitze der Qualitätspyramide stellen die Lagenweine dar. Auf dem Etikett der Lagenweine können auch kleinere geografische Einheiten wie im Weinlagenregister eingetragene Katasterlagen oder Gewannnamen angegeben werden.[1]

Schutzgemeinschaften gestalten weinrechtlichen Ordnungsrahmen aus

Die Mindestanforderungen an Weine der jeweiligen Stufe sind in der Weinverordnung geregelt. Schutzgemeinschaften, sprich durch die Landesregierung anerkannte Organisationen zur Verwaltung herkunftsgeschützter Weinnamen, können in den Produktspezifikationen strengere Anforderungen festlegen. In allen sechs rheinland-pfälzischen Anbaugebieten sind die Schutzgemeinschaften durch das fachliche zuständige Ministerium in Rheinland-Pfalz anerkannt worden. Damit ist mit dem Ziel der Erhöhung der Selbstverwaltung die Verantwortung für die Verwaltung der Herkunftsbegriffe g.U. und g. g. A. von der Landesregierung an die Weinwirtschaft übergegangen.

Klimawandel und Weinbau

Neben den vorgenannten ordnungsrechtlichen Veränderungen ist der Weinbau als vom Jahreswitterungsverlauf entscheidend beeinflusster Wirtschaftsbereich direkt mit den Veränderungen durch den Klimawandel konfrontiert. Dieser beeinflusst neben den pflanzenphänologischen Phasen der Reben auch grundlegend pflanzenbauliche Maßnahmen (z. B. Pflanzenschutz, Wassermanagement in den Rebanlagen), aber auch die Sorteneignung und damit -zusammensetzung in den Weinanbaugebieten des Landes. Tendenziell verschieben sich die Pflanzenwachstumsstadien nach vorne, die Ernte findet im Mittel früher statt, und die Variabilität steigt von Jahr zu Jahr. Die tendenziell steigenden Temperaturen beeinflussen jedoch nicht nur die Abläufe im Wingert, sondern auch in der Kellerwirtschaft.

Die Zahlen aus der Landwirtschaftszählung 2020 ermöglichen eine detaillierte Situationsaufnahme und Abschätzung der anhaltenden Tendenzen in den Betrieben mit Rebfläche. So ist es möglich, das Ausmaß des Strukturwandels in der Landwirtschaft im Allgemeinen und in den Weinbau treibenden Betrieben im Speziellen zu erkennen und zu untersuchen. Zudem liefern die Daten der Landwirtschaftszählung zahlreiche Informationen als Grundlage zur Planung und Evaluierung des politischen Ordnungsrahmens.

Weinbau von zentraler Bedeutung für die Landwirtschaft

Mehr als ein Drittel der Betriebe haben Produktionsschwerpunkt im Weinbau

Die hohe Bedeutung des Weinbaus für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft kann am Anteil der betriebswirtschaftlich auf den Weinbau ausgerichteten Betriebe erkannt werden: Im Jahr 2020 hatten 35 Prozent der Betriebe im Weinbau ihren Produktionsschwerpunkt; zehn Jahre zuvor waren es noch 42 Prozent. Zurückzuführen ist dieser anteilige Rückgang bei der Betriebstypisierung nach der Betriebswirtschaftlichen Ausrichtung (BWA) auf den relativ stärkeren Betriebszahlenrückgang bei den Weinbaubetrieben im Vergleich zu den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt.

1 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz: Das neue Herkunftsprinzip. https://mwvlw.rlp.de/de/themen/weinbau/weinbezeichnung/ [abgerufen am: 8.3.2022].

60 Prozent der Einzelunternehmen mit Rebfläche werden im Haupterwerb geführt

Rechtsformen im Weinbau

Im Jahr 2020 hatten von den insgesamt 6 500 Betrieben mit Rebfläche knapp 5 100 die Rechtsform „Einzelunternehmen". Dies entspricht einem Anteil von 78 Prozent. Zehn Jahre zuvor waren es 88 Prozent der damals 9 400 Betriebe mit Rebfläche. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Einzelunternehmen 2020 an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt bei 83 Prozent; im Jahr 2010 waren es noch 90 Prozent. Die restlichen Betriebe werden überwiegend in

Methodische Hinweise

Die Landwirtschaftszählung 2020 erfolgte zum Stichtag 1. März 2020. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Landwirtschaft wie etwa die fehlenden ausländischen Erntehelferinnen und Erntehelfer im Gemüse- und Weinbau sind somit nicht in den Ergebnissen enthalten.

Bei der Landwirtschaftszählung 2020 handelte es sich größtenteils um eine Totalerhebung mit unteren Abschneidegrenzen, wobei einzelne Themenbereiche repräsentativ, sprich in Form einer Stichprobenerhebung erfasst wurden. Bezogen auf die Rebfläche lag die untere Abschneidegrenze bei 0,5 Hektar, wobei die Flächen nach dem Betriebssitzprinzip nachgewiesen werden. Die Daten werden hiernach in der Verwaltungseinheit nachgewiesen, in der sich der Sitz des Betriebs befindet. Bei der Rebflächenerhebung werden alle Betriebe mit einer bestockten oder zur Wiederbestockung vorgesehenen Rebfläche von mindestens 0,1 Hektar einbezogen. Sie wird nach dem Belegenheitsprinzip durchgeführt. Danach werden die Daten in der regionalen Verwaltungseinheit (z. B. Gemeinde) dargestellt, in der sie belegen sind. Unterschiede der Ergebnisse der beiden Erhebungen sind somit methodisch bedingt.

Die sozialökonomische Betriebstypisierung unterscheidet die landwirtschaftlichen Betriebe in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe und beschränkt sich auf die Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die auch als Familienbetriebe bezeichnet werden. Ein Haupterwerbsbetrieb liegt vor, wenn der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen mindestens 50 Prozent beträgt. Nebenerwerbsbetriebe sind dementsprechend alle übrigen Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen.

Ziel der Betriebswirtschaftlichen Ausrichtung (BWA) ist es, die Betriebe nach dem Produktionsschwerpunkt und wirtschaftlicher Betriebsgröße zu kennzeichnen und zu gruppieren, sodass mehr oder weniger homogene Betriebsgruppen entstehen. Die Einteilung der Betriebe erfolgt in verschieden stark differenzierte Betriebsgruppen und -klassen. Dazu werden die Standardoutputs der einzelnen Produktionsverfahren ins Verhältnis zum gesamten Standardoutput des Betriebes gesetzt. Eine spezialisierte Ausrichtung liegt vor, wenn mindestens zwei Drittel des Standarddeckungsbeitrages aus dem jeweiligen Produktionsverfahren stammen. Auf der ersten Stufe werden folgende Hauptausrichtungen unterschieden: Ackerbau, Gartenbau, Dauerkultur, Futterbau (Weidevieh), Veredlung, Pflanzenbauverbund, Viehhaltungsverbund, Pflanzenbau-Viehhaltung. Der Weinbau ist eine Unterposition der BWA „Dauerkultur".

der Rechtsform einer Personengesellschaft geführt. Es dominiert hier die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR).

Sozialökonomische Betriebstypisierung: Haupt- und Nebenerwerb

Bei den Einzelunternehmen erfolgt eine sozialökonomische Betriebstypisierung. Sie unterscheidet zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben. Im Jahr 2020 wurden von den 5 100 Einzelunternehmen mit Rebfläche 60 Prozent im Haupt- und 40 Prozent im Nebenerwerb bewirtschaftet. Zehn Jahre zuvor lagen die Anteile bei 55 bzw. 45 Prozent. In diesem Zeitraum ist die Zahl der Haupterwerbsbetriebe mit Rebfläche absolut um 1 500 Betriebe bzw. 33 Prozent zurückgegangen. Bei den Nebenerwerbsbetrieben beträgt der Rückgang 1 700 Betriebe bzw. 45 Prozent. Knapp 28 Prozent der Betriebe unter zwei Hektar Rebfläche wurden 2020 hauptberuflich geführt (2010: knapp 20 Prozent), bei den Betrieben mit zwei bis fünf Hektar Rebfläche sind es 52 Prozent (2010: 55 Prozent), bei jenen mit fünf bis zehn Hektar rund 77 Prozent (2010: 83 Prozent). Gut 90 Prozent der Betriebe mit zehn Hektar und mehr waren Haupterwerbsbetriebe (2010: 93 Prozent).

Arbeitskräftebesatz im Weinbau deutlich rückläufig

33 800 Arbeitskräfte im Weinbau tätig

Im Weinbau – als arbeitsintensiver Teilbereich der Landwirtschaft – waren 2020 rund 33 800 Arbeitskräfte tätig. Zehn Jahre zuvor waren noch rund 48 000 Personen gezählt worden. Um den unterschiedlichen Beschäftigungsumfang vergleichen zu können, erfolgt eine Umrechnung der Teilzeitbeschäftigten auf Vollarbeitskräfteeinheiten (AK-E). Insgesamt entsprach die Arbeitsleistung der Voll- und Teilzeitbeschäftigten 2020 einer Arbeitsleistung von 15 500 Vollzeitarbeitskräften (–15 Prozent seit 2010). Im Jahr 2020 wurden pro 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in Betrieben mit Rebfläche 12,5 AK-E eingesetzt; 1,2 AK-E weniger als 2010. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte der zunehmende Einsatz arbeitssparender Techniken, wie z. B. Traubenvollerntern, sein.

Vollbeschäftigten-Anteil steigt

Der Vollbeschäftigten-Anteil lag 2020 bei 26 Prozent. Dies entspricht einem Plus von fünf Prozentpunkten im Vergleich zu 2010. Nach wie vor sind die Saisonarbeitskräfte von großer Bedeutung für die Arbeitsleistung im rheinland-pfälzischen Weinbau: Mit 48 Prozent ist ihr Anteil im Vergleich zu 2010 zwar um vier Prozentpunkte gesunken, seit 2016 ist ihre Anzahl jedoch nahezu unverändert. Sie erbrachten 2020 in Summe eine Arbeitsleistung von 2 900 Vollzeitarbeitskräften bzw. 19 Prozent der Arbeitsleistung insgesamt.

Deutlicher Rückgang bei den Familienarbeitskräften

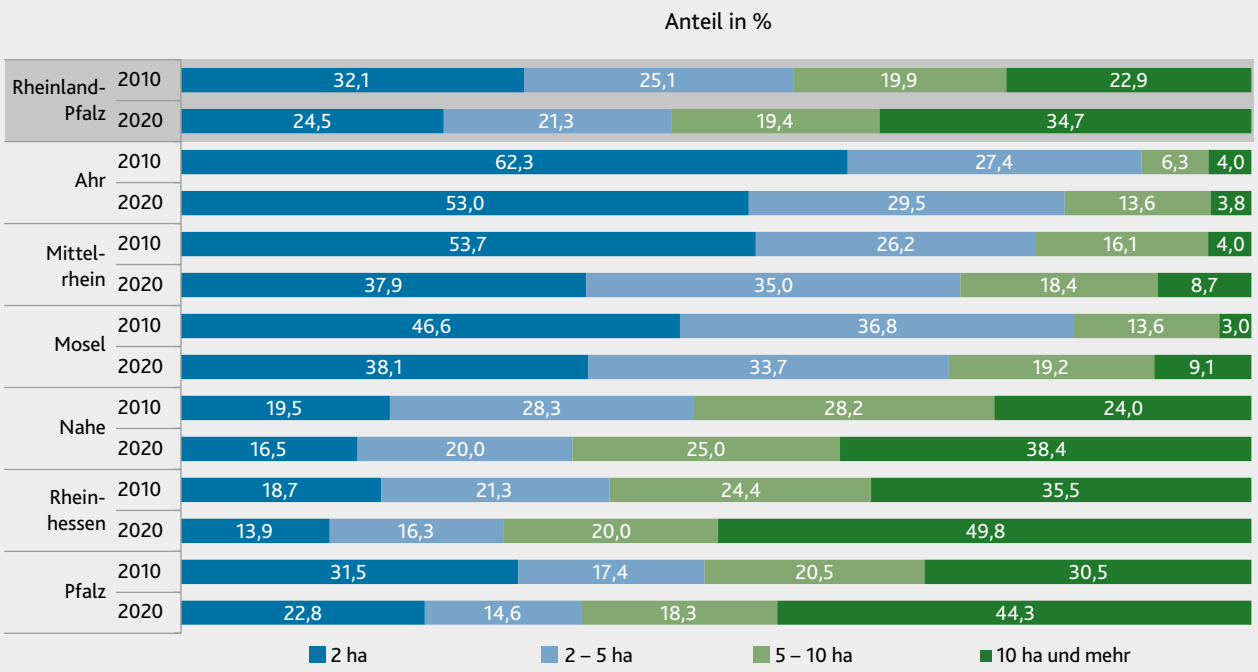
In Einzelunternehmen mit Rebfläche waren 2020 rund 9 900 Familienarbeitskräfte tätig, 44 Prozent weniger als zehn Jahre zuvor. Im Jahr 2010 waren es noch 17 700 Personen. Der Vollbeschäftigtenanteil an den Familienarbeitskräften lag 2020 bei 44 Prozent (+6 Prozentpunkte seit 2010). Insgesamt waren zum Erhebungsstichtag noch 4 400 Familienarbeitskräfte vollbeschäftigt, 2 400 Personen bzw. 35 Prozent weniger als 2010. Bei den ständigen, familienfremden Arbeitskräften zeigt sich ein gegenläufiger Trend: Im Jahr 2010 gehörten 5 600 Personen dieser Beschäftigten-Kategorie an, 2020 bereits 7 800 (+39 Prozent). Ihr Anteil an den Arbeitskräften insgesamt lag 2020 bei 23 Prozent; +11 Prozentpunkte seit 2010 bei steigender Tendenz. Mit 58 Prozent ist der Vollbeschäftigtenanteil dieser Arbeitnehmergruppe stabil, 2020 waren 4 500 der ständigen, familienfremden Arbeitskräfte vollbeschäftigt.

Die Zahl der nicht ständigen, familienfremden Arbeitskräfte ist rückläufig. Im Jahr 2020 gehörten 16 100 Beschäftigte dieser

T1 Arbeitskräfte in Betrieben mit Rebflächen 2010, 2016 und 2020

Merkmal	Einheit	2010	2016	2020
Insgesamt	1 000	48,0	34,3	33,8
vollbeschäftigt	%	20,7	25,7	26,3
Saisonarbeitskräfte	%	51,6	47,0	47,6
Familienarbeitskräfte	1 000	17,7	11,8	9,9
darunter: vollbeschäftigt	%	38,3	43,2	44,0
ständige familienfremde Arbeitskräfte	1 000	5,6	6,4	7,8
darunter: vollbeschäftigt	%	56,8	58,3	58,3
nicht ständige familienfremde Arbeitskräfte	1 000	24,8	16,1	16,1
Vollarbeitskräfte-Einheiten je 100 ha LF	Anzahl	13,7	12,0	12,5

G1 Landwirtschaftliche Betriebe mit Rebfläche 2010 und 2020 nach Größenklassen der Rebfläche



Weniger nicht ständige, familienfremde Arbeitskräfte

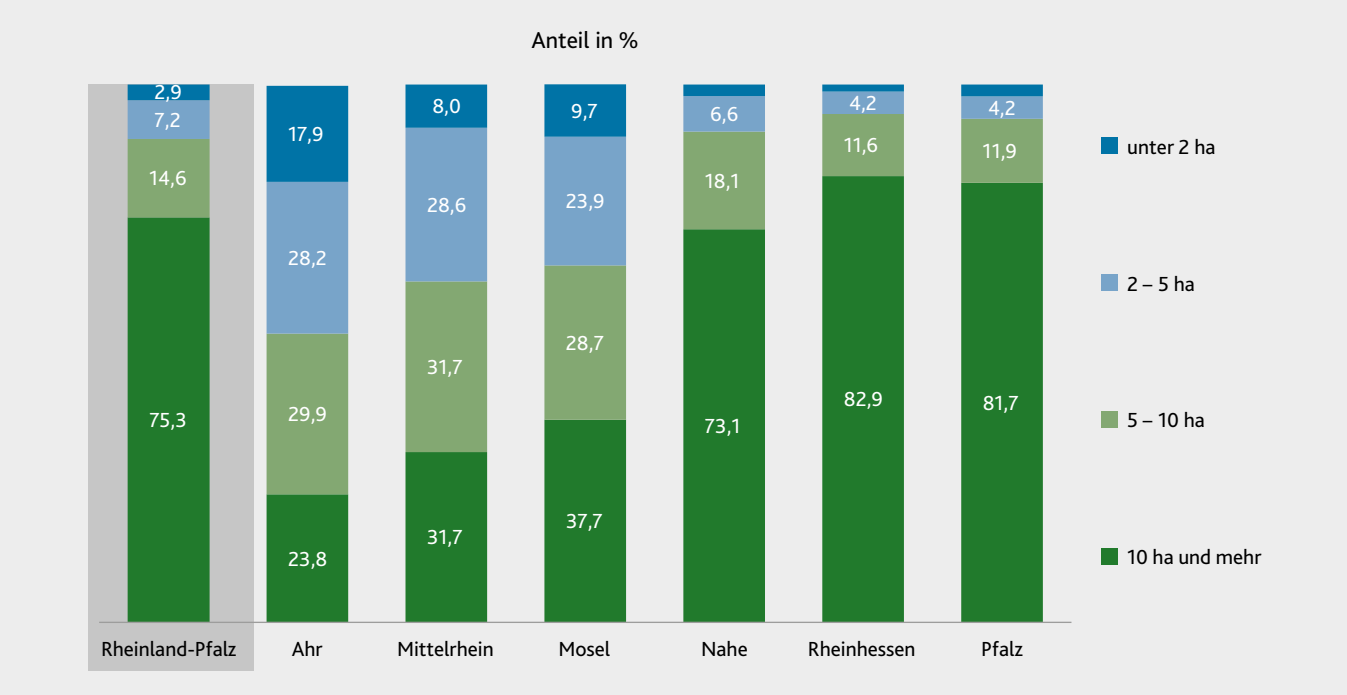
Kategorie an (–35 Prozent seit 2010). Ihr Anteil an den Beschäftigten insgesamt hat im gleichen Zeitraum um vier Prozentpunkte auf 48 Prozent abgenommen.

Rheinhessen – Zuwachs von knapp 500 Hektar Rebfläche seit 2010

Größtes deutsches Weinanbaugebiet

Im flächen- und betriebsstärksten rheinland-pfälzischen Anbaugebiet Rheinhessen wurden im Rahmen der Strukturerhebung insgesamt 2 100 Betriebe mit einer Gesamtrebfläche von 27 000 Hektar erfasst (+500 Hektar seit 2010). Die Zahl der Betriebe ist seit 2010 um 27 Prozent zurückgegangen. Der durchschnittliche rheinhessische Betrieb bewirtschaftete 2020 eine Fläche von 13 Hektar und ist innerhalb von zehn Jahren um 3,7 Hektar bzw. 40 Prozent gewachsen. Rund 1 000 Betriebe und damit

G2 Rebfläche 2020 nach Größenklassen der Betriebe



Anteil der Betriebe mit zehn Hektar und mehr steigt

knapp die Hälfte bewirtschaftete zehn Hektar und mehr Rebfläche. Absolut betrachtet ist dies die einzige Größenklasse mit leichtem Zuwachs. Seit 2010 haben sich die Anteile der einzelnen Betriebsgrößenklassen an den Betrieben mit Rebfläche insgesamt deutlich verschoben: Der Anteil der Betriebe in der Größenklasse zehn Hektar und mehr ist seit 2010 um gut 14 Prozentpunkte angewachsen. In der Größenklasse der Betriebe mit einer Rebfläche unter zwei Hektar ist die Betriebszahl seit 2010 hingegen um 46 Prozent zurückgegangen.

Pfalz – 47 Prozent durchschnittliches Betriebsgrößenwachstum seit 2010

Motto „Zum Wohl. Die Pfalz."

In der Pfalz, dem zweitgrößten rheinland-pfälzischen Weinanbaugebiet, wirtschafteten auf einer Rebfläche von 23 300 Hektar im vergangenen Jahr 2000 Betriebe. Seit 2010 ist deren Zahl um 943 Betriebe zurückgegangen (–32 Prozent). Bezogen auf die Fläche beträgt das Minus 34 Hektar. Im Schnitt bewirtschaftete jeder Betrieb 11,7 Hektar (+3,7 Hektar oder 47 Prozent seit 2010). Auch in der Pfalz bewirtschaftet die anteilig größte Zahl der Betriebe zehn Hektar und mehr Rebfläche (900 Betriebe). Diese Größenklasse ist anteilig seit 2010 um fast 14 Prozentpunkte angewachsen. Lediglich noch 455 Betriebe verfügten 2020 über eine Rebfläche unter zwei Hektar (–51 Prozent seit 2010).

Mosel – Rebfläche rückläufig

Anteilig deutlichster Rückgang bei den Betrieben

Im rheinland-pfälzischen Teil des Weinanbaugebiets Mosel waren 2020 insgesamt fast 1 800 Betriebe mit Rebfläche ansässig, 908 Betriebe weniger als 2010. Mit –34 Prozent war dies der prozentual stärkste Rückgang der Betriebszahl unter den rheinland-pfälzischen Weinanbaugebieten. Die Betriebe bewirtschaften 2020 insgesamt eine Rebfläche von 8 200 Hektar.

Das Anbaugebiet hat mit –200 Hektar seit 2010 den größten Rückgang an Rebfläche zu verzeichnen. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag bei 4,6 Hektar. Sie ist seit 2010 um 1,5 Hektar bzw. 48 Prozent gestiegen. Speziell die Zahl der kleinen Betriebe unter zwei Hektar Rebfläche sind weniger geworden (–574 Betriebe bzw. –46 Prozent). Der Anteil dieser Betriebe ist um 8,5 Prozentpunkte geschrumpft. Die Zahl der Betriebe mit zehn Hektar Rebfläche und mehr hat sich seit 2010 auf 160 Betriebe verdoppelt.

Nahe – Durchschnittlicher Betrieb bewirtschaftet zehn Hektar

Zehn Hektar Rebfläche je Betrieb

Die 424 im Weinbaugebiet Nahe beheimateten Betriebe bewirtschafteten 2020 eine Rebfläche von 4 255 Hektar. Im Durchschnitt entspricht dies zehn Hektar je Betrieb, sodass die Nahe zu den größer strukturierten Weinanbaugebieten in Rheinland-Pfalz zählt. Seit 2010 ist die Betriebszahl um 27 Prozent zurückgegangen, die Rebfläche um 43 Hektar angestiegen. Im Mittel sind die Betriebe um 2,8 Hektar bzw. 38 Prozent gewachsen. Anteilig gab es hier in der Größenklasse der Betriebe mit zehn und mehr Hektar Rebfläche einen Zuwachs von gut 14 Prozentpunkten seit 2010, während in den anderen erfassten Größenklassen die Betriebszahlen deutlich rückläufig waren. Beispielsweise verzeichnet die Größenklasse zwei bis fünf Hektar ein Minus von 8,3 Prozentpunkten.

Ahr – 53 Prozent der Betriebe bewirtschaften unter zwei Hektar Rebfläche

Kleine Betriebe dominieren

An der Ahr bewirtschafteten 2020 insgesamt 132 Betriebe durchschnittlich 3,1 Hektar Rebfläche. Seit 2010 ist die Zahl der Betriebe um ein Viertel zurückgegangen. Die verbleibenden Betriebe sind um 0,7 Hektar bzw. 22 Prozent größer geworden. Die Ahr verfügt in Rheinland-Pfalz über den größten Anteil von Betrieben mit einer Rebfläche unter zwei Hektar: Im März 2020 wurden in dieser Größenklasse 70 Betriebe (53 Prozent) statistisch nachgewiesen. Dennoch ist auch an der Ahr der Anteil dieser Kleinbetriebe an den im Weinanbaugebiet insgesamt ansässigen Betrieben seit 2010 deutlich rückläufig (–9,3 Prozentpunkte). Die Betriebe zwischen fünf und zehn Hektar Rebfläche verzeichnen ein anteiliges Plus von 7,4 Prozentpunkten.

Mittelrhein – 31 Prozent Rückgang bei der Betriebszahl seit 2010

„Klein, aber fein"

Das Weinanbaugebiet Mittelrhein ist bezogen auf die Betriebszahl das kleinste Weinanbaugebiet in Rheinland-Pfalz. Insgesamt 103 Betriebe bewirtschafteten 2020 durchschnittlich 4,1 Hektar Rebfläche. Die Rebfläche ist seit 2010 um 28 Hektar zurückgegangen. Seit 2010 haben 46 Betriebe bzw. 31 Prozent die Produktion eingestellt. Die übrigen Betriebe verzeichneten ein durchschnittliches Rebflächenplus von 1,1 Hektar. Die Zahl der Betriebe mit einer Rebfläche unter zwei Hektar hat sich hier mehr als halbiert (2020: 39 Betriebe). Ihr relativer Anteil an den Betrieben mit Rebfläche insgesamt ist um 16 Prozentpunkte zurückgegangen.

Öko-Weinbau regional konzentriert

Öko-Weinbau im Aufwind

In Rheinland-Pfalz bewirtschafteten im Jahr 2020 von den insgesamt 6 500 Betrieben 477 Betriebe Rebflächen nach ökologischen Regelungen. Dies entspricht einem Anteil von 7,3 Prozent. Rund 6 900 Hektar bzw. knapp elf Prozent der 63 600 Hektar der im Rahmen der Landwirtschaftszählung 2020 insgesamt erfassten Rebflächen wurden ökologisch bewirtschaftet.

T2 Betriebe mit Rebflächen und ökologischer Weinbau 2020 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Betriebe mit Rebflächen	
	insgesamt	ökologischer Weinbau
Alzey-Worms	1 005	97
Südliche Weinstraße	960	86
Mainz-Bingen	901	75
Bernkastel-Wittlich	717	•
Trier-Saarburg	627	•
Bad Dürkheim	591	60
Bad Kreuznach	460	23
Cochem-Zell	349	•
Neustadt a. d. Weinstr., St.	164	18
Ahrweiler	132	•
Landau in der Pfalz, St.	130	•
Worms, St.	115	•
Germersheim	83	•
Mayen-Koblenz	52	•
Mainz, St.	44	•
Donnersbergkreis	44	•
Rhein-Pfalz-Kreis	36	6
Rhein-Hunsrück-Kreis	29	•
Rhein-Lahn-Kreis	18	•
Neuwied	17	•
Trier, St.	14	–
Koblenz, St.	13	•
Rheinland-Pfalz	6 501	477

Mehr Öko-Betriebe und -Fläche

Seit 2010 hat damit die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe um 47 Prozent, die ökologisch bewirtschaftete Rebfläche um 85 Prozent bzw. ihr Anteil an der Rebfläche insgesamt um fünf Prozentpunkte zugenommen.

In absoluten Zahlen befanden sich 2020 die meisten ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Landkreis Alzey-Worms (97 Betriebe) gefolgt von den Kreisen Südliche Weinstraße und Mainz-Bingen mit 86 bzw. 75 Betrieben. Mit knapp 17 Prozent wirtschaftete im Rhein-Pfalz-Kreis der größte Anteil der Betriebe ökologisch, gefolgt vom Landkreis Bad Dürkheim mit zehn Prozent. Mit gut 1700 Hektar ökologisch bewirtschafteter Rebfläche stellt der Landkreis Alzey-Worms den Spitzenwert im Land. Es folgen die Landkreise Südliche Weinstraße mit 1300 Hektar und Bad Dürkheim sowie Mainz-Bingen mit jeweils knapp 1200 Hektar ökologisch bewirtschafteter Rebfläche. Der höchste Anteil ökologisch bewirtschafteter Rebfläche wurde in Neustadt an der Weinstraße festgestellt: Knapp 15 Prozent wurden dort 2020 ökologisch bewirtschaftet. Es folgen die Landkreise Bad Dürkheim mit 14 Prozent und Südliche Weinstraße mit zwölf Prozent.

T3 Betriebe, Pachtflächen und Prachtpreise für Rebflächen 2020 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Landwirtschaftliche Betriebe[1]	Pachtfläche[1]	Pachtpreis je ha
	Anzahl	ha	EUR
Ahrweiler	79	174	2 650
Bernkastel-Wittlich	337	683	1 685
Cochem-Zell	150	250	1 583
Bad Dürkheim	432	4 411	1 242
Südliche Weinstraße	665	5 195	1 090
Rhein-Pfalz-Kreis	26	119	1 068
Trier-Saarburg	286	805	1 058
Landau i. d. Pfalz, St.	103	615	1 044
Mayen-Koblenz	28	60	1 028
Mainz, St.	38	185	1 004
Neustadt a. d. Weinstr., St.	132	1 088	971
Koblenz, St.	6	16	954
Alzey-Worms	726	5 885	950
Neuwied	13	33	924
Worms, St.	80	1 194	915
Germersheim	46	331	900
Mainz-Bingen	594	4 449	855
Rhein-Lahn-Kreis	7	9	855
Donnersbergkreis	26	158	786
Rhein-Hunsrück-Kreis	9	21	724
Bad Kreuznach	279	1 426	656
Trier, St.	7	13	409
Rheinland-Pfalz	4 069	27 119	1 032

1 Nur Betriebe mit Angabe des Pachtentgelts.

Pachtpreise für Rebflächen regional

Pachtpreise deutlich angestiegen

In Rheinland-Pfalz wurden 28 400 Hektar Rebfläche gepachtet. Dies entspricht einem Anteil von knapp 45 Prozent. Zum Vergleich: Bezogen auf die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche lag der Pachtanteil mit 448 600 Hektar bei rund 64 Prozent.

Der Pachtanteil beim Rebland ist seit 2010 um sechs Prozentpunkte gestiegen. Das durchschnittliche Pachtentgelt je Hektar Rebland lag 2020 bei 1 032 Euro, ein Plus von 20 Prozent binnen zehn Jahren. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 lag das durchschnittliche Pachtentgelt je Hektar Ackerland bei 248 Euro, je Hektar Dauergrünland bei 110 Euro. Die mit Abstand höchsten Pachtpreise werden mit 2 650 Euro je Hektar Rebland im Landkreis Ahrweiler gezahlt. Es folgen die Mosel-Kreise Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell mit 1 685 bzw. 1 583 Euro je Hektar. Im Landkreis Alzey-Worms, wo mit 5 885 Hektar die meiste Pachtfläche verortet ist, wurde 2020 ein Pachtzins von 950 Euro je Hektar gezahlt. Trier bildet mit 409 Euro je Hektar das Schlusslicht bezogen auf den Pachtpreis.

Höchste Pachtpreise im Landkreis Ahrweiler

T4 Ausgewählte Merkmale landwirtschaftlicher Betriebe mit Rebflächen 2020 nach Anbaugebieten

Merkmal	Einheit	Rheinland-Pfalz	Anbaugebiete					
			Ahr	Mittelrhein	Mosel	Nahe	Rheinhessen	Pfalz
Betriebe sowie durchschnittliche Betriebsgröße								
Insgesamt	Anzahl	6 501	132	103	1 765	424	2 079	1 998
unter 2 ha		1 595	70	39	672	70	289	455
2 – 5 ha		1 384	39	36	594	85	338	292
5 – 10 ha		1 264	18	19	339	106	416	366
10 ha und mehr		2 258	5	9	160	163	1 036	885
Durchschnittliche Betriebsgröße	ha	9,8	3,1	4,1	4,6	10,0	13,0	11,7
Anteil an Betrieben mit Rebfläche im Weinanbaugebiet insgesamt – Veränderung zu 2010								
Unter 2 ha	Prozentpunkte	-7,6	-9,3	-15,8	-8,5	-3,0	-4,8	-8,7
2 – 5 ha		-3,8	2,1	8,8	-3,2	-8,3	-5,1	-2,8
5 – 10 ha		-0,4	7,4	2,3	5,6	-3,2	-4,4	-2,2
10 ha und mehr		11,8	-0,2	4,7	6,1	14,4	14,3	13,8
Rebfläche nach Größenklasse der Betriebe								
Insgesamt	ha	63 606	408	423	8 176	4 255	27 030	23 315
unter 2 ha		1 868	73	34	795	92	353	521
2 – 5 ha		4 574	115	121	1 955	281	1 129	972
5 – 10 ha		9 270	122	134	2 345	771	3 131	2 767
10 ha und mehr		47 894	97	134	3 082	3 110	22 416	19 054
Veränderung zu 2010								
Zahl der Betriebe	%	-30,7	-24,6	-30,9	-34,0	-26,8	-27,4	-32,1
Durchschnittliche Betriebsgröße	ha	3,0	0,7	1,1	1,5	2,8	3,7	3,7
	%	44,9	27,6	35,7	47,7	38,0	40,4	47,0
Rebfläche	ha	256	-16	-28	-209	43	501	-34

Weinbau im Wandel

Tendenzen halten an

Die Zahlen aus der Landwirtschaftszählung 2020 belegen, dass der Strukturwandel auch vor den weinanbauenden Betrieben nicht Halt macht. Im Gegenteil: Mit 45 Prozent durchschnittlichem Rebflächenzuwachs je Betrieb seit 2010 ist die Strukturveränderung deutlich stärker ausgeprägt als bei den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt. Hier beträgt der durchschnittliche Flächenzuwachs gut 27 Prozent binnen zehn Jahren. Diese, seit Beginn der agrarstatistischen Zeitreihen anhaltende Tendenz ist ungebrochen und es zeigen sich keine Indizien, dass diese Entwicklung endet. Die Ergebnisse weisen jedoch auch nach, dass der Strukturwandel in den einzelnen Weinanbaugebieten des Landes unterschiedlich ausgeprägt ist und in unterschiedlichem Maße voranschreitet.

Strukturwandel regional unterschiedlich ausgeprägt

Dr. Pascal Kremer, Geograf, leitete das Referat „Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt, Energie“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2019	2020			2021				2022
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 089 [1,2]	4 096 [1,2]	4 100	4 098	4 098	4 107	4 108	4 106	-
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	461 [1,2]	477 [1,2]	484	484	485	499	501	501	-
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 736	1 576	1 116	1 802	475	1 674	1 035	1 741	-
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 098	3 136	2 939	3 209	2 859	3 283	3 014	3 279	-
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,1	9,2	8,7	9,2	8,2	9,4	8,9	9,4	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 968	4 098	4 232	5 479	5 163	4 293	4 499	5 049	-
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	11,7	12,0	12,6	15,7	14,8	12,3	13,3	14,5	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	9	11	13	10	11	6	13	7	-
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,4	4,4	3,1	3,8	1,8	4,3	2,1	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-870	-962	-1 293	-2 270	-2 304	-1 010	-1 485	-1 770	-
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,6	-2,8	-3,8	-6,5	-6,6	-2,9	-4,4	-5,1	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	12 440	10 786	11 160	9 159	9 945	14 372	11 820	9 657	-
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	6 347	5 052	5 111	3 821	4 510	7 145	6 068	4 453	-
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 837	9 367	9 629	8 119	8 086	12 159	9 714	9 226	-
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 921	3 809	3 669	3 612	3 224	4 020	3 974	4 506	-
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 603	1 418	1 531	1 040	1 859	2 213	2 106	431	-
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 922	13 203	13 587	12 860	13 111	13 815	12 983	12 780	-

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2018	2019	2020				2021		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 412	1 435	1 441	1 429	1 454	1 447	1 445	1 454	1 478
* Frauen	1 000	656	667	673	667	678	677	674	677	689

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung.– 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2018	2019	2020				2021		
		30.06.		31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.
* Ausländer/-innen	1 000	155	170	173	174	181	178	183	190	195
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	410	422	427	423	429	431	429	434	439
* darunter Frauen	1 000	334	342	347	343	347	349	347	350	354
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	14	13	14	15	11	13	15	15
* produzierendes Gewerbe	1 000	434	442	440	436	441	436	436	436	443
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	312	319	319	316	322	320	316	319	326
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	227	225	225	223	228	228	230	233	237
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	425	435	444	440	448	451	450	450	457

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Arbeitslose	Anzahl	117 912	112 137	122 614	120 163	116 108	103 157	100 439	97 675	95 369
* Frauen	Anzahl	51 857	50 284	54 172	53 662	52 152	45 351	44 534	43 592	42 719
Männer	Anzahl	66 055	61 853	68 442	66 501	63 955	57 806	55 905	54 083	52 649
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	55 862	48 647	56 537	53 211	49 674	43 984	41 815	40 005	38 516
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	62 051	63 490	66 077	66 952	66 434	59 173	58 624	57 670	56 853
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,2	5,0	5,4	5,3	5,2	4,6	4,5	4,3	4,2
* Frauen	%	4,9	4,7	5,1	5,0	4,9	4,3	4,2	4,1	4,0
* Männer	%	5,5	5,2	5,7	5,6	5,3	4,8	4,7	4,5	4,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,0	4,3	4,7	4,5	4,4	3,6	3,5	3,4	3,3
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,2	3,2	3,1	3,3	2,6	2,5	2,6	2,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,9	4,9	5,3	5,2	5,1	4,7	4,6	4,4	4,4
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,4	5,5	5,9	5,8	5,6	5,3	5,2	5,0	4,9
* Ausländer/-innen[9]	%	13,1	12,1	13,7	13,4	12,5	11,1	10,8	10,4	9,9
Deutsche	%	4,2	4,0	4,3	4,3	4,1	3,7	3,6	3,5	3,5
* Kurzarbeiter/-innen[10]	Anzahl	104 908	...	105 923	91 451	83 665	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[11]	Anzahl	30 971	37 337	32 844	33 883	34 690	43 624	45 052	46 156	46 667

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[12]	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	229 300	...	225 991	229 886	230 283	209 717	209 208	209 338	...
* darunter Frauen	Anzahl	113 854	...	112 432	114 184	114 261	104 570	104 193	104 129	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	153 669	...	152 344	155 268	155 929	140 109	140 152	140 294	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	62 673	...	60 122	60 857	60 854	56 698	56 030	56 046	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	60 655	...	58 143	58 869	58 872	54 888	54 247	54 261	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ab September 2021 werden Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit nun zu den Ausländern gezählt und nicht mehr unter "keine Angabe" erfasst. - 10 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 11 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 12 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	554	...	575	650	1 002	579	613	592	625
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	489	...	527	562	907	495	500	491	512
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	...	4	6	4	3	3	2	3
Unternehmen	Anzahl	70	...	37	70	77	86	92	77	78
private Haushalte	Anzahl	480	...	534	574	921	490	520	513	544
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 173	...	935	1 538	1 832	1 428	1 741	1 352	1 764
* Umbauter Raum	1 000 m^3	730	...	659	886	1 241	828	906	818	965
* Wohnfläche	1 000 m^2	135	...	122	168	229	159	177	152	182
Wohnräume	Anzahl	5 308	...	4 655	6 531	9 018	6 224	6 820	6 005	6 966
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	253	...	233	315	448	319	367	328	406
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	104	...	109	94	140	142	120	114	138
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	13	...	8	12	14	18	18	20	10
Unternehmen	Anzahl	68	...	68	72	94	74	64	61	80
private Haushalte	Anzahl	23	...	33	10	32	50	38	33	48
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	29	...	2	9	38	4	85	2	13
* Umbauter Raum	1 000 m^3	839	...	715	845	1 146	646	487	1 023	1 194
* Nutzfläche	1 000 m^2	168	...	88	106	152	96	85	107	126
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	120	...	75	100	129	180	104	113	139
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 382	...	1 154	1 790	2 091	1 668	2 047	1 571	2 042
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 140	...	5 507	7 522	10 327	7 212	7 972	7 021	8 044

Landwirtschaft

	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 443	11 053	11 502	10 867	12 257	10 805	10 467	10 011	12 021
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 604	1 376	1 546	1 446	1 621	1 281	1 318	1 220	1 581
darunter										
* Kälber	t	9	7	7	7	13	8	4	6	6
* Jungrinder	t	8	9	10	16	20	12	11	7	11
* Schweine	t	9 791	9 640	9 925	9 391	10 585	9 483	9 121	8 766	10 410
* Eiererzeugung[2]	1 000	19 395	21 737	21 183	21 899	24 722	20 672	22 682	22 117	23 426

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 044	1 021	1 000	1 015	1 020	1 025	1 005	1 019	1 025
* Beschäftigte[4]	Anzahl	257 903	255 993	253 359	254 214	255 216	256 647	255 578	256 420	257 390
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 098	31 790	31 606	32 278	35 457	29 469	32 478	31 925	35 259
* Entgelte	Mill. EUR	1 127	1 157	1 049	1 063	1 101	1 178	1 093	1 128	1 161
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 021	8 263	6 671	7 407	8 927	8 858	9 240	9 637	10 934
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	3 844	4 549	3 920	4 170	4 968	4 495	5 287	5 485	6 235
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 006	2 276	1 761	2 198	2 709	2 710	2 364	2 686	2 826
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	86	71	77	92	85	91	95	123
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 086	1 352	919	962	1 157	1 567	1 498	1 370	1 751
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 092	2 543	2 233	2 352	2 780	2 650	3 012	3 118	3 449
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	980	1 106	790	1 153	1 365	1 348	1 301	1 579	1 494
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 905	4 658	3 831	4 297	5 027	4 948	5 189	5 500	6 027
Exportquote[6]	%	55,6	56,4	57,4	58,0	56,3	55,9	56,2	57,1	55,1
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	95,3	119,9	110,9	118,2	140,6	132,9	131,9	130,5	134,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,3	112,9	125,2	123,6	139,7	116,9	123,6	116,6	121,8
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	87,5	125,1	100,6	118,8	152,8	137,1	122,0	136,2	126,6

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	176,8	199,3	234,0	226,5	195,4	186,8	247,5	227,5	277,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	90,1	122,7	82,8	86,3	94,3	177,5	193,6	157,9	203,6
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	102,2	112,2	126,8	123,0	142,4	108,4	117,3	114,4	116,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	79,1	130,1	89,6	133,3	171,4	137,8	126,4	160,9	113,1
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	170	170	171	171	170	170	171	171	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	10 084	10 083	10 066	10 042	10 041	10 168	10 163	10 151	10 136
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 228	1 246	1 281	1 266	1 409	1 136	1 321	1 240	1 375
* Entgelte[3]	Mill. EUR	48	49	42	44	44	46	45	44	46
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	353	311	465	423	446	382	444	368	395
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	340	296	450	408	420	367	427	353	371
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	22 582	23 927	24 024	24 027	24 096	23 703	24 002	24 079	24 163
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 297	2 384	1 573	1 920	2 799	1 902	1 802	2 127	2 655
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	440	432	300	375	502	365	364	431	491
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	754	831	701	809	1 025	634	669	749	902
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 103	1 121	571	736	1 271	904	769	948	1 263
darunter Straßenbau	1 000 h	591	596	254	330	665	474	344	464	668
* Entgelte	Mill. EUR	80	85	69	67	83	86	78	75	85

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	365	363	190	246	341	480	209	281	379
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	73	68	29	45	71	87	47	67	83
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	125	135	86	118	133	177	77	99	139
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	166	160	76	83	137	215	85	115	157
darunter Straßenbau	Mill. EUR	82	83	34	38	67	114	37	53	77

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	385	485	383	379	488	487	484	480	499
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	16 524	18 926	16 635	16 235	18 767	18 816	19 137	18 985	19 750
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 859	5 610	4 949	4 712	5 610	5 606	5 652	5 571	5 745
* Entgelte	Mill. EUR	149	170	148	155	160	166	168	184	171
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	537	588	527	706	445	552	609	747	506

Handel[5]

Großhandel[p, 6]	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Beschäftigte	2015=100	102,5	103,1	102,1	101,1	102,7	104,0	103,3	103,5	103,7
* Umsatz nominal[7]	2015=100	109,9	117,6	95,2	101,3	127,4	123,1	117,0	110,4	140,1
* Umsatz real[7]	2015=100	106,8	107,8	91,4	96,3	119,7	110,2	102,2	93,7	113,9

Einzelhandel[p, 8]										
* Beschäftigte	2015=100	105,4	105,4	105,0	104,9	105,1	105,9	104,6	104,2	104,4
* Umsatz nominal[7]	2015=100	118,3	120,0	95,3	97,6	132,0	136,0	110,1	108,8	133,2
* Umsatz real[7]	2015=100	112,4	111,5	89,9	91,4	123,9	124,6	100,2	98,2	117,4

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Beschäftigte	2015=100	108,4	106,0	107,4	106,6	106,9	106,2	105,4	105,3	105,3
* Umsatz nominal[3]	2015=100	115,7	120,3	83,0	99,6	138,9	120,4	105,1	107,9	138,6
* Umsatz real[3]	2015=100	108,3	109,6	77,4	92,6	128,3	106,3	92,2	93,5	119,3

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	84,7	78,7	66,2	62,9	63,1	83,3	77,6	80,9	84,6
* Umsatz nominal[3]	2015=100	76,8	74,7	26,6	26,4	32,5	70,1	62,5	67,8	82,4
* Umsatz real[3]	2015=100	67,8	64,3	23,5	23,2	28,5	59,6	53,1	57,2	69,3

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	458	408	56	65	88	252	207	266	410
* darunter von Auslandsgästen	1 000	70	57	9	9	11	36	27	39	54
* Gästeübernachtungen	1 000	1 287	1 184	263	302	374	739	633	751	1 073
* darunter von Auslandsgästen	1 000	218	177	32	38	45	109	86	114	154

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 777	1 561	1 283	1 109	1 106	1 577	1 447	1 309	1 186
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 203	1 079	752	551	674	967	854	811	705
* Getötete Personen	Anzahl	13	11	5	3	6	10	8	10	8
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	6	5	3	1	3	4	3	4	6
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	-	-	1	-	-	3	-
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	1	1	2	-	-	-
Fußgänger	Anzahl	1	1	-	1	-	4	5	3	2
* Verletzte Personen	Anzahl	1 546	1 361	973	683	860	1 238	1 092	1 068	890

1 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
schwer verletzte Personen	Anzahl	291	257	140	105	150	183	151	166	136
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	132	98	83	63	75	98	92	99	73
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	71	69	11	7	31	21	18	11	13
Radfahrer	Anzahl	49	55	19	10	22	25	20	15	21
Fußgänger	Anzahl	27	20	19	19	11	27	17	24	16

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 034	11 070	8 175	9 277	15 250	11 220	9 110	10 013	13 347
darunter										
Krafträder	Anzahl	992	882	187	516	1 430	342	345	658	1 478
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	9 583	8 680	6 630	7 162	11 754	9 457	7 550	8 015	10 127
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	975	909	1 081	1 344	835	776	888	1 073
Zugmaschinen	Anzahl	380	413	385	381	612	333	348	386	581

Personenbeförderung

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	47 670	53 808	47 805	46 254	51 647	52 112	55 209	56 046	...
Personenkilometer[3]	Mill.	510	546	506	508	492	518	577	595	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Güterempfang	1 000 t	1 053	1 031	884	1 015	879	829	1 087	1 055	1 069
* Güterversand	1 000 t	858	838	735	857	758	679	696	769	789

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 445	4 071	3 840	4 049	4 224	4 692	4 311	4 707	4 895
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	324	313	274	307	304	364	298	379	365
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 061	3 716	3 530	3 700	3 872	4 244	3 914	4 201	4 384

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Rohstoffe	Mill. EUR	27	29	19	26	27	28	28	27	26
* Halbwaren	Mill. EUR	152	144	145	153	158	190	168	175	198
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 883	3 543	3 365	3 521	3 687	4 027	3 718	4 000	4 161
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	988	906	823	1 003	946	1 194	1 102	1 401	1 305
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 895	2 637	2 542	2 518	2 741	2 833	2 616	2 598	2 856
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 002	2 707	2 525	2 714	2 900	3 268	2 872	3 190	3 391
darunter in/nach										
EU-Länder (28)	Mill. EUR	2 688	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 416	2 195	2 091	2 266	2 406	2 642	2 384	2 602	2 802
Belgien	Mill. EUR	202	185	215	173	187	213	220	222	281
Luxemburg	Mill. EUR	54	50	42	43	46	54	50	41	49
Dänemark	Mill. EUR	50	45	41	41	45	52	46	50	53
Finnland	Mill. EUR	32	29	25	26	29	36	30	29	27
Frankreich	Mill. EUR	447	392	364	404	429	449	447	451	500
Griechenland	Mill. EUR	44	78	82	76	82	96	80	132	29
Irland	Mill. EUR	35	27	26	15	16	19	24	27	19
Italien	Mill. EUR	251	218	208	245	255	299	263	336	340
Niederlande	Mill. EUR	270	247	265	250	226	296	268	287	333
Österreich	Mill. EUR	181	171	130	155	188	207	154	181	193
Schweden	Mill. EUR	79	66	58	66	72	77	67	68	71
Spanien	Mill. EUR	212	176	151	196	185	207	179	226	231
Portugal	Mill. EUR	27	25	33	45	45	33	26	25	27
Großbritannien	Mill. EUR	272	213	180	163	180	227	173	209	203
* Afrika	Mill. EUR	126	97	97	84	92	116	136	123	133
* Amerika	Mill. EUR	624	583	597	566	548	623	615	669	699
darunter nach USA	Mill. EUR	431	415	409	391	371	423	445	418	507
* Asien	Mill. EUR	651	640	565	650	619	643	644	679	620
darunter nach China	Mill. EUR	200	227	186	194	224	191	189	179	192
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	42	43	55	35	64	42	43	46	51

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 272	2 951	2 938	3 008	3 074	3 895	3 636	3 463	3 917
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	283	308	305	285	322	339	323	303	392
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 756	2 518	2 498	2 564	2 570	3 282	3 038	2 857	3 217
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	38	32	31	35	36	37	50	33	38
* Halbwaren	Mill. EUR	255	204	211	185	221	279	316	264	370
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 463	2 283	2 256	2 344	2 312	2 966	2 671	2 560	2 810

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2019	2020		2021				2022	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	579	501	454	461	509	702	621	666	767
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 883	1 782	1 802	1 883	1 803	2 264	2 050	1 895	2 042
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 421	2 127	2 112	2 029	2 234	2 774	2 520	2 298	2 704
darunter aus										
EU-Ländern (28)	Mill. EUR	2 174	-	-	-	-	-	-	-	-
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 071	1 804	1 752	1 765	1 892	2 408	2 162	1 963	2 326
Belgien	Mill. EUR	234	198	210	186	227	273	262	268	291
Luxemburg	Mill. EUR	50	42	36	44	37	43	43	32	46
Dänemark	Mill. EUR	23	40	44	39	40	57	49	48	52
Finnland	Mill. EUR	14	13	21	11	15	13	15	12	16
Frankreich	Mill. EUR	293	272	273	266	301	336	294	299	351
Griechenland	Mill. EUR	17	15	12	14	29	13	8	42	11
Irland	Mill. EUR	99	45	32	41	16	84	51	58	65
Italien	Mill. EUR	221	200	165	166	205	277	256	175	280
Niederlande	Mill. EUR	289	248	262	240	220	284	264	247	309
Österreich	Mill. EUR	127	138	164	137	143	147	160	143	132
Schweden	Mill. EUR	36	26	24	30	28	31	28	25	31
Spanien	Mill. EUR	208	144	117	123	141	292	270	134	156
Portugal	Mill. EUR	20	21	19	24	25	33	26	29	29
Großbritannien	Mill. EUR	103	92	109	35	73	72	77	59	85
* Afrika	Mill. EUR	56	50	55	44	48	47	78	71	120
* Amerika	Mill. EUR	278	247	219	268	250	354	308	305	362
darunter aus USA	Mill. EUR	213	189	182	229	209	291	254	240	298
* Asien	Mill. EUR	507	516	541	657	533	711	715	776	714
darunter aus China	Mill. EUR	239	260	258	304	275	406	400	430	387
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	7	8	8	7	6	12	10	13

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 611	2 800	3 194	2 803	3 373	2 742	3 273	3 151	3 101
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	428	463	497	422	539	479	506	509	512
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 827	2 072	1 882	2 259	1 708	2 129	2 087	2 031
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 265	2 305	3 008	2 325	2 397	3 437	2 999	2 415	2 538
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	354	341	430	364	381	482	462	339	397
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 454	1 448	1 909	1 431	1 449	2 356	1 848	1 572	1 597

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2020	2021					2022		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Insgesamt	Anzahl	280	452	451	489	661	443	364	376	464
davon										
* Unternehmen	Anzahl	52	42	37	38	63	53	42	36	61
* Verbraucher	Anzahl	146	294	322	348	424	257	222	239	291
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	66	97	71	92	150	109	89	88	87
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	16	20	21	11	24	24	11	13	25
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	65	81	318	122	68	57	60	114	68

Handwerk[2]

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Beschäftigte[3]	2020=100[4]	99,3	98,5	x	x	98,1	98,0	99,7	98,3	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2020=100[6]	100,0	100,8	x	x	81,2	101,3	104,3	116,6	...

Preise

	Einheit	2020	2021				2022		
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	105,3	108,6	107,1	107,6	108,1	111,7	114,2	115,1	116,3
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	106,0	107,0	106,7	106,8	106,9	108,1	108,3	108,5	108,7

Verdienste[7]

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 186	4 328	3 858	3 919	3 867	3 970	4 017	4 053	...
* Frauen	EUR	3 761	3 894	3 528	3 548	3 527	3 602	3 661	3 698	...
* Männer	EUR	4 360	4 506	3 993	4 072	4 008	4 121	4 164	4 199	...
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 891	8 054	7 020	7 072	7 039	7 151	7 164	7 189	...
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 932	5 041	4 561	4 611	4 566	4 652	4 697	4 740	...
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 569	3 695	3 321	3 379	3 308	3 416	3 475	3 505	...
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 888	2 997	2 707	2 757	2 698	2 809	2 828	2 868	...
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 450	2 522	2 371	2 369	2 283	2 369	2 453	2 458	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 391	4 542	3 917	4 034	3 943	4 103	4 113	4 149	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 039	4 194	3 761	3 857	3 830	3 789	3 825	3 930	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 567	4 726	4 026	4 152	4 112	4 225	4 229	4 279	...
* Energieversorgung	EUR	5 790	5 869	5 156	5 130	5 153	5 299	5 214	5 212	...
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 846	3 882	3 580	3 652	3 562	3 622	3 637	3 642	...
* Baugewerbe	EUR	3 744	3 891	3 494	3 586	3 307	3 655	3 699	3 676	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 048	4 181	3 818	3 842	3 816	3 878	3 952	3 989	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 826	4 006	3 511	3 491	3 401	3 547	3 708	3 724	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 100	3 199	2 905	2 961	2 934	2 960	2 999	3 100	...
* Gastgewerbe	EUR	1 977	2 029	2 164	(1 871)	(1 395)	1 631	2 379	2 375	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 396	5 527	4 955	4 994	5 026	5 093	5 158	5 187	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 645	5 666	4 847	4 861	4 894	4 875	4 954	4 963	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(4 408)	4 592	3 859	(4 056)	(3 969)	4 031	(4 047)	(4 107)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 969	5 234	4 462	4 609	4 624	4 669	4 702	4 783	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 914	3 105	2 854	2 876	2 801	2 954	3 008	3 033	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 175	4 248	4 070	4 070	4 096	4 128	4 128	4 128	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 752	4 848	4 645	4 659	4 694	4 703	4 692	4 728	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 192	4 279	3 995	4 034	3 970	4 037	4 044	4 084	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	2 939	2 918	2 882	(2 633)	(2 273)	(2 482)	3 117	3 160	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 871	3 930	3 670	3 718	3 591	3 678	3 732	3 777	...

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2019	2020			2021				2022
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	126 521	120 254	121 456	121 852	123 861	124 993	127 152	127 965	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 028	7 893	7 586	7 260	7 836	7 658	7 822	7 268	...

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2019	2020			2021				2022
		Durchschnitt		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 990	7 715	7 774	7 769	7 786	7 561	7 487	7 165	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	106 504	104 646	106 096	106 823	108 239	109 774	111 843	113 532	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	120 662	117 565	118 828	118 999	121 013	122 220	124 234	125 171	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 091	109 870	111 115	111 247	113 250	114 535	116 732	117 688	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	7 571	7 695	7 713	7 752	7 763	7 685	7 502	7 483	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 860	2 689	2 628	2 853	2 848	2 773	2 918	2 794	...
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	123 655	129 485	131 266	133 504	134 822	134 646	137 653	138 529	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	79 307	87 046	89 074	90 972	92 738	93 083	96 046	96 165	...
Termineinlagen	Mill. EUR	16 087	15 329	15 186	15 545	15 147	14 741	14 917	15 662	...
Sparbriefe	Mill. EUR	2 251	1 907	1 870	1 772	1 638	1 505	1 458	1 410	...
Spareinlagen	Mill. EUR	26 011	25 203	25 136	25 215	25 299	25 317	25 232	25 292	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	121 699	127 638	129 474	131 613	133 021	132 836	135 790	136 322	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	118 494	123 943	126 041	127 164	129 363	129 059	131 459	131 609	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 205	3 695	3 433	4 449	3 658	3 777	4 331	4 713	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 957	1 847	1 792	1 891	1 801	1 810	1 863	2 207	...

Steuern

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 263	5 354	2 514	6 877	4 158	5 311	2 733	9 925	5 273
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 411	1 820	1 511	1 705	860	1 063	1 121	2 425	954
Lohnsteuer	Mill. EUR	995	1 023	1 335	703	802	893	1 392	818	841
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	191	200	579	-	-	-	661	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	199	268	21	638	-5	67	54	747	46
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	94	220	27	79	29	59	29	57	32

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	21	32	59	7	10	19	96	6	7
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	23	47	-	-	-	89	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	103	277	69	278	24	25	-450	797	27
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-18	-16	-	-	-	-473	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 852	3 534	1 003	5 172	3 298	4 248	1 611	7 500	4 320
Umsatzsteuer	Mill. EUR	515	579	748	403	410	566	952	363	566
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 337	2 955	256	4 769	2 889	3 682	659	7 137	3 754
Zölle	Mill. EUR	223	254	234	233	266	265	328	284	329
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	29	50	16	30	19	93	28
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	2	4	4	3	11	5	11	8
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	59	46	25	46	12	19	13	82	20
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	100	75	96	110	234	175	96
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	27	25	22	-28	26	29	142	69	26
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	56	64	57	71	51	58	72	72	50
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	17	16	15	22	15	19	17	21	15
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	9	2	1	2	10	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	4	2	2	2	1	2	2

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	651	955	595	722	673	713	866	1 570	1 545
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	6	4	4	5	6	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	148	151	163	135	143	161	162	140	151
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	479	785	406	564	514	536	682	1 407	1 369
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	20	14	20	20	12	10	16	19	21

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2020	2021	2020		2021				2022
		Durchschnitt		3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 157	1 475	1 034	1 759	660	1 239	1 334	2 668	1 544
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	428	730	370	490	497	490	633	1 299	1 295
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	463	484	400	899	7	491	430	1 007	72
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	93	91	75	211	-4	82	87	199	1

	Einheit	2020	2021				2022			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 136	1 386	1 119	1 184	982	1 343	1 340	930	1 255
Landessteuern	Mill. EUR	104	110	100	75	96	110	234	175	96
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	526	725	574	672	287	449	368	1 015	327
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	348	493	219	261	379	514	267	278
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	85	114	9	271	-2	29	23	317	19
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	110	12	40	12	20	15	29	14
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	9	14	26	3	5	8	42	3	3
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	51	139	35	139	12	12	-225	399	14
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	497	541	441	436	573	781	703	-260	777
Umsatzsteuer	Mill. EUR	334	374	470	323	256	359	604	-295	359
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	162	167	-28	113	317	422	99	35	418
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	3	0	19	2	24	0	39
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	1	0	8	1	10	0	16
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 140	2 631	1 079	3 462	2 073	2 630	1 166	5 082	2 655
Bundessteuern	Mill. EUR	87	49	29	50	16	30	19	93	28
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	614	811	649	751	369	457	445	1 094	409
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 764	398	2 661	1 670	2 141	678	3 895	2 178
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	3	0	19	2	24	0	39

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Mai 2022

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im April 2022
Kennziffer: C2013 202201

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2021
Kennziffer: C3053 202144

Aquakultur in Rheinland-Pfalz 2021
Kennziffer: C3113 202100

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im März 2022 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202203

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im März 2022
Kennziffer: E1033 202203

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2021
Kennziffer: E1043 202100

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im März 2022
Kennziffer: E1113 202203

Bauhauptgewerbe im März 2022 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202203

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke im März 2022
Kennziffer: E4023 202203

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen 2021
Kennziffer: F2023 202100

Baugenehmigungen im März 2022
Kennziffer: F2033 202203

Baufertigstellungen 2021
Kennziffer: F2053 202100

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe Im März 2022
Kennziffer: G1023 202203

Aus- und Einfuhr im März 2022
Kennziffer: G3023 202203

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im März 2022
Kennziffer: G4023 202203

Verkehr

Binnenschifffahrt im Februar 2022
Kennziffer: H2023 202202

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2020 – Voranmeldungen
Kennziffer: L4013 202000

Das körperschaftsteuerpflichtige Einkommen und seine Besteuerung 2017
Kennziffer: L4063 201700

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Februar 2022
Kennziffer: Z1013 202202

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Mai 2022
Kennziffer: Z2201 202205

Broschüre: Rheinland-Pfalz heute 2022

Faltblatt: Landwirtschaft und Weinbau 2022

Faltblatt: Tourismus 2022

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kulturindikatoren kompakt – Ausgabe 2022
Kennziffer: B5045 202201

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: @ Kadmy – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2022

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.